



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 126. Sitzung - endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 19. Januar 2017, 11.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Tagesordnungspunkt

Zeugenvernehmung

Seite

- Gerhard Schindler
(Beweisbeschluss Z-13)

4

* Hinweis:

Der Zeuge Schindler hat keine Korrekturwünsche übermittelt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Sensburg, Prof. Dr. Patrick Schipanski, Tankred Lindholz, Andrea Warken, Nina	Marschall, Matern von Ostermann, Tim, Dr. Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Lischka, Burkhard Zimmermann, Jens, Dr.
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, André, Dr.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Fischer, Sebastian D. Schrot, Jacob Wehrl, Wolfgang, Dr.
SPD	Ahlefeldt, Johannes von Dähne, Harald, Dr. Hanke, Christian Diego Weiß, Benjamin
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kant, Martina



Nur zur dienstlichen Verwendung

Beauftragte von Mitgliedern der Bundesregierung

Bundeskanzleramt	Jipp, Daniel Heinemann, Martin Kämmerer, Marie Metscher, Andreas Wolff, Philipp Neist, Dennis Pachabeyan, Maria
Bundesministerium des Innern	Blidschun, Jürgen Arthur Brandt, Karsten, Dr. Darge, Tobias, Dr. Hofmann, Christian Kiehn, Eva
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Krüger, Philipp-Lennart
Bundesministerium für Verteidigung	Theis, Björn Voigt, Björn Rauch, Rüdiger
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd
Auswärtiges Amt	Müller-Berner, Kai Stephen
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Bruske, Petra Kirchner, Heino Unterlöhner, Ulrike, Dr.
Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	Hecheltjen, Martin, Dr.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 11.35 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 126. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Vertreter der Öffentlichkeit, der Presse und der Medien darf ich an dieser Stelle ganz herzlich begrüßen. Ich freue mich, dass Sie auch von dieser Sitzung wieder intensiv, ausgiebig und detailliert, sprich, in anderen Worten: immer richtig, Bericht erstatten. Ich freue mich, dass die üblichen Gesichter da sind; das ein oder andere neue habe ich auch gesehen.

Bevor wir in die eigentliche Tagesordnung eintreten, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen:

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig; hieran hat sich auch nichts geändert. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Zeugenvernehmung

Gerhard Schindler,
(Beweisbeschluss Z-13)

K. M.,
(Beweisbeschluss Z-87)

B. R.
(Beweisbeschluss Z-133)

Der Beweisbeschluss Z-13 stammt vom 08.05.2014, der Beweisbeschluss Z-87 vom 07.05.2015 und der Beweisbeschluss Z-133 vom 22.09.2016. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksachen 18/843 und 18/8683 - durch Vernehmung der

Zeugen Gerhard Schindler, Bundesnachrichtendienst, Präsident des Bundesnachrichtendienstes a. D., B. R. vom Bundesnachrichtendienst, Sachgebietsleiter in der Nachrichtensbearbeitung, und K. M., Sachbearbeiter T2AB des Bundesnachrichtendienstes.

Zunächst wird unser Zeuge Gerhard Schindler öffentlich und anschließend sofort nichtöffentlich vernommen. Im Anschluss findet die nicht-öffentliche Vernehmung des Zeugen B. R. und des Zeugen K. M. statt. Und letztendlich findet danach noch die öffentliche Vernehmung des Zeugen K. M. ganz am Ende statt. So hat es der Ausschuss eben in der Beratungssitzung beschlossen.

Vernehmung des Zeugen Gerhard Schindler

Begrüßen darf ich als Allererstes unseren Zeugen Herrn Gerhard Schindler. Ganz herzlichen Dank, dass Sie erneut zu uns gekommen sind; ich freue mich darüber sehr.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Schindler, Sie haben den Erhalt der Ladung am 18. November 2016 bestätigt. Noch mal herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Herr Schindler, Sie wurden bereits am 21. Mai 2015 und am 17. Juni 2015 vom Ausschuss vernommen. Also werden Ihnen die jetzt kommenden Hinweise und Belehrungen erinnerlich sein. Nichtsdestotrotz muss ich sie noch einmal sagen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Das sollte auch in den beiden Sitzungen davor hoffentlich so passiert sein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge nickt)

Sie haben dann zwei Wochen Zeit, falls dies gewünscht ist, mögliche Korrekturen oder Ergänzungen am Protokoll vorzunehmen. Ich hoffe, dass das bisher, bei den anderen beiden Vernehmungen, gut geklappt hat. Wenn ja, habe ich eine gewisse Hoffnung, dass es auch diesmal gut klappt.

Herr Schindler, vor Ihrer Vernehmung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren, wenn so etwas in Betracht kommen könnte.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann und die Sitzung dann in nichtöffentlicher bzw. eingestufte Weise fortsetzen kann und Ihnen dann die entsprechenden Fragen stellen kann. - Gibt es hierzu Ihrerseits Fragen?

Zeuge Gerhard Schindler: Keine.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen, der sich zu den vergangenen Sitzungen nicht weiter geändert hat. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen.

Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes auch heute die Gelegenheit, ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben. Danach werde ich Sie befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für ihre Fragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, jeweils eine Fraktion nach der anderen.

Ich lege dann auch direkt los, wenn es okay ist, und darf Sie bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Gerhard Schindler: Mein Name ist Gerhard Schindler, ehemaliger Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Alter: 64 Jahre. Und jetzt weiß ich gar nicht mehr, was Sie noch gefragt haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ladungsfähige Anschrift. Ich gehe davon aus: noch über den Bundesnachrichtendienst.

Zeuge Gerhard Schindler: Genau, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz genau. Wunderbar. - Dann hätten Sie jetzt die Gelegenheit für ein Eingangsstatement, also im Zusammenhang zum Untersuchungsgegenstand vorzutragen, ohne unterbrochen zu werden. Wünschen Sie dies?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein. Im Interesse der Beschleunigung verzichte ich darauf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist doch ein Wort, an das wir uns auch halten. Wir probieren auch, im Wege der Beschleunigung unsere



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fragen möglichst präzise zu stellen und direkt zur Sache zu kommen.

Und so mache ich es auch und würde mit den Fragen beginnen und mit dem Themenkomplex Selektoren. Damit haben wir uns in den letzten Monaten intensiv beschäftigt. Auch Sie sind am 21. Mai ja schon eingehend zum Thema Selektoren befragt worden. Können Sie uns noch einmal die einzelnen Prüfungsschritte, die BND-eigene Selektoren in der Abteilung TA durchlaufen haben, darstellen? Die BND-eigenen Selektoren, darum geht es mir.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich hoffe, ich habe Ihre Frage richtig verstanden, Herr Vorsitzender. - Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, dass ein Selektor für die eigene Erfassung in die Steuerung eingestellt wird. Entweder kommt ein solcher Selektor von der Fachabteilung, weil die Abteilung durch die Maßnahme X oder Y eine Telefonnummer oder eine E-Mail-Adresse erhalten hat, und beauftragt dann die Abteilung Technische Aufklärung, diesen Selektor in die Steuerung einzustellen. Nach meiner Erinnerung - aber ich weiß es jetzt nicht mehr so genau - gibt es dazu auch ein Formblattverfahren. Das wird in der Abteilung Technische Aufklärung noch mal geprüft, einerseits auf technische Verwertbarkeit - ist die Telefonnummer richtig? ist die E-Mail-Adresse richtig geschrieben? -, aber auch im Sinne eines Qualitätsmanagements: Gibt es die beispielsweise schon, also, wird da eine doppelte Erfassung gemacht?. Und vor allen Dingen muss in dieser Eingabemaske, die dann später in der Abteilung TA gebraucht wird, um diesen Selektor zur Steuerung einzustellen, auch der Bezug zum Auftragsprofil der Bundesregierung hergestellt werden. Das ist nach einer Ziffernaufteilung. Also, Ziffer 1.1 oder 1.7 muss dort angegeben werden, damit eben festgestellt wird, dass dies auftragskonform ist. Und dann wird dieser Selektor eingestellt in die Steuerung.

Zweiter Weg ist, wenn die Abteilung Technische Aufklärung selbst einen Selektor generiert, also der nicht von der Fachabteilung kommt, sondern - - weil im Wege einer Zielvereinbarung mit der Abteilung Technische Aufklärung das Gebiet Mali oder Militär im Land X oder Y als Auftrag

pauschal gegeben wird. Und dann generiert die Abteilung TA selbst solche Selektoren, die aber die gleichen Prüfungsschritte dann beinhalten, also insbesondere noch mal die Auftragskonformität mit dem Auftragsprofil der Bundesregierung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie kann das dann sein, dass so viele Selektoren eingesteuert waren, bei denen man auf den ersten Blick sagen würde: „Das kann doch nicht Auftragsprofil sein“? Ich rede jetzt gerade von EU-Institutionen etc. Wie ist das dann zustande gekommen? Oder hat das jeweils individuell eine Begründung im Auftragsprofil gehabt?

Zeuge Gerhard Schindler: Es ist leider so, dass ja neben dem Anklicken des Bezuges zum Auftragsprofil der Bundesregierung in aller Regel keine weitere Dokumentation erfolgte. Das bedeutet, es ist sehr schwer, von heute rückwärts zu schauen: Warum ist im Jahre 1998 ausgerechnet dieser Selektor im Nachbarland der Bundesrepublik Deutschland eingestellt worden? Da gibt es zwar eine Nummer, die auf das Auftragsprofil verweist, aber es ist eben keine weitere Dokumentation vorhanden. Und deshalb ist es in vielen Fällen schwer im Nachhinein erklärbar, warum jetzt ausgerechnet diese E-Mail-Adresse oder diese Telefonnummer gesteuert worden ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich gehe jetzt da mal gar nicht in Details, sondern mache mal direkt einen Schritt zur Schlussfolgerung. Wäre es da nicht sinnvoll, wenn man sagt - also, das ist jetzt meine Interpretation; ich will Ihnen nichts in den Mund legen -: „Gut, wir haben über Jahre vielleicht ein System gepflegt, wo man irgendwann feststellt, da ist viel drin, wo man im Endeffekt punktgenau eigentlich nicht mehr sagen kann, was ist es, ist es aktuell“? Ich habe das oft immer mit so einer Art E-Mail-Verteiler verglichen, den man irgendwie mal vor acht Jahren angefangen hat, und jetzt sich fragt: Wer sind denn die E-Mail-Adressen, die dadrin sind? - Wäre es da nicht sinnvoll, zu sagen: „Wir setzen unheimlich viel Engagement darein und bringen das mal auf einen superaktuellen Stand, dass der Bundesnachrichtendienst da ein Tool hat,“- nenne ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

das jetzt mal untechnisch - „was wirklich verifiziert ist“? Wäre das so ein Ansatz als Lehre daraus? Das hätte ja einen unheimlichen Wert auch - - als so ein Haufen mit Durcheinander, wo man vielleicht was findet, was noch aktuell ist, aber auch vielleicht manches, was anno tuck ist.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Also, ich würde Sie gerne wiederholen, nur mit meinen Worten, weil ich genau derselben Auffassung bin. Es hat sich eben herausgestellt, als eine Lehre dieser ganzen Diskussionen, dass ebendieser Bestand im Grunde genommen keine Pflege erhalten hatte. Also, wenn im Jahre 1980 eine Telefonnummer eingestellt worden ist, dann war die Wahrscheinlichkeit eher, dass sie bis zum Jahre 2005, 06, 07, 08 oder heute drin bleibt, als dass sie durch irgendeine Maßnahme herausgenommen wird, auch wenn sie seit neunzehnhundert-x kein einziges Ergebnis in der Erfassung erbracht hat. Rein technisch hat das ja auch nicht geschadet, weil die Maschine, die kann endlos viele Telefonnummern und E-Mail-Adressen oder andere technische Merkmale aufnehmen. Aber Sie haben völlig Recht: In der Qualität ist es zweifelhaft, ein solches Verfahren durchzuführen.

Wir haben ja bereits vor Snowden in der Abteilung Technische Aufklärung darüber diskutiert, dass man ein solches Qualitätsmanagement einführen müsste. Das war aber jetzt nicht, weil wir uns besonders den Kopf zerbrochen haben über X oder Y, sondern es ging einfach um die Kapazität, also: Weniger ist mehr, als wenn man riesige Datenhaufen dort hält. Und so sind ja im Mai 2013 erste Überlegungen angestellt worden, wie wir ein solches Qualitätsmanagement einführen können. Als ich dann die Unternehmensberatung - will jetzt den Namen nicht nennen - beauftragt habe, die Abteilung Technische Aufklärung in mehreren Schritten zu untersuchen, dann war ein wichtiger Punkt nämlich, genau ein solches Qualitätsmanagement in der Abteilung TA einzuführen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie haben ja viel gemacht im Bundesnachrichtendienst: Transparenzoffensive und auch gerade dieser Bereich TA, den ich für den sensibelsten und

wichtigsten halte, auch gerade bei unserem Untersuchungsgegenstand. Ich meine, es gibt Abteilungen, die sind auch spannend, aber die sind nicht so Gegenstand unserer Untersuchung. Was hat Sie dazu bewogen, das anzupacken? Ich halte das für richtig, dass Sie das gemacht haben. Vielleicht - mal sagen -, wäre Snowden später gekommen, hätten wir einen gewissen Teil, wenn das jetzt weitergegangen wäre, was Sie angestoßen haben, vielleicht gar nicht so erlebt hier. Weiß ich nicht. Aber was hat Sie denn damals, vor Snowden, dazu bewogen, das zu machen?

Zeuge Gerhard Schindler: Es war eine Frage der Ressourcen. Ich habe ja versucht, bei meinem Amtsantritt im Grunde genommen jede Organisationseinheit des Bundesnachrichtendienstes einmal zu besuchen, und war also - beispielsweise im Jahre 2012 - viel in Referaten, viel in der Abteilung Technische Aufklärung. In diesen Gesprächen wurde immer wieder deutlich, dass wir personell an unsere Grenzen stoßen. Und das hat mich bewogen, beispielsweise - was jetzt nichts damit zu tun hat - zu sagen: Der Bundesnachrichtendienst ist in seinem Auftrag zu breit aufgestellt. - Die weltweite Aufklärung halte ich für überprüfbar. Ich wüsste jetzt nicht, warum Lateinamerika Aufgabengebiet des Bundesnachrichtendienstes sein soll; aber da wird Personal und Ressourcen reingesteckt. Und genauso bei der Technischen Aufklärung wurde mir deutlich, dass, wenn wir uns konzentrieren - weniger, aber richtige Steuerung machen -, das besser ist für die Auftragsbefüllung. Und deshalb haben wir das damals diskutiert und auch so angestoßen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hatten Sie den Eindruck, immer im Bilde zu sein, was in der Abteilung TA passiert? Geht mir jetzt ein bisschen um den Kommunikationsfluss aus Abteilungen nach oben.

Zeuge Gerhard Schindler: Also ich fühlte mich regelmäßig gut unterrichtet. Wenn wir jetzt den Sachverhalt rückwärts betrachten, hätte ich mir an der einen oder anderen Stelle auch gewünscht, auch darüber informiert worden zu sein. Aber insgesamt war das ein sehr kollegiales und ein sehr offenes Verhältnis, und ich bin da



Nur zur dienstlichen Verwendung

den Kollegen und Kolleginnen immer noch dankbar für dieses gute Verhältnis.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es geht mir auch jetzt gar nicht darum, irgendwie eine konkrete Person in ein schlechtes Licht zu rücken, sondern eher um eine strukturelle Frage, weil ich glaube - das gilt für alle hier im Untersuchungsausschuss; wir haben zumindest oft mal den Eindruck gewonnen -, dass die Kommunikation nach oben eben entweder nicht klappt, zur Amtsleitung und dann auch gegebenenfalls in die Abteilung 6 des Kanzleramtes, oder - das wäre die Alternative - sie eben so geführt wird, dass hinterher nicht klar wird: Ist das gemeldet worden, ist das berichtet worden oder eben nicht? Und das ist natürlich für die politische Kontrolle eine sehr missliche Lage. Es kann mal was schief laufen - läuft überall was schief, läuft auch wahrscheinlich hier im Untersuchungsausschuss mal was schief -; aber dann muss man eben gucken: „Wo ist es schiefgelaufen, und wie kann man es abstellen?“, und dann ist es auch gut. Aber wenn im Grunde dann ganz oft gesagt wird: „Das weiß ich nicht, da war ich nicht mit beschäftigt“, und im Grunde war keiner dafür verantwortlich - sprich: dass man es hinterher auch nicht abstellen kann -, dann ist das eine unglückliche Situation.

Deswegen meine Frage: Gab es aus Ihrer Sicht da irgendwie etwas strukturell zu verbessern, dass einfach der Informationsfluss punktgenauer oder aggregierter läuft, dass man sagt: „Speziell in der Abteilung TA kann man nachsteuern“? Weil ich sehe die Abteilung TA als eine der wichtigsten derzeit in der Umstrukturierung im Bereich SIGINT an; das ist die Zukunft. Deswegen ist vielleicht der Fokus besonders auf TA. Aber dann muss auch unheimlich sensibel geschaut werden: „Läuft da alles richtig?“, wenn man da PS an den Boden bringen will.

Zeuge Gerhard Schindler: Also ich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich suche halt irgendwas - - Was können wir noch als Verbesserung erkennen?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, also ich glaube schon, dass man auch von der Ablauforganisation Verbesserungen einbringen kann; deshalb hat ja diese Unternehmensberatung den Auftrag, das vorzuschlagen. Ich glaube auch - und das ist ja eine Frage der Führung -, dass es wichtig ist, eine vernünftige Fehlerkultur in einer Organisation zu haben.

Und ich glaube schon, dass die Fehlerkultur im Bundesnachrichtendienst verbesserungsfähig war am Anfang, also 2012. Das liegt aber auch daran, dass viele andere Untersuchungsausschüsse Fehler festgestellt haben und dann in aller Regel die kleinsten Mitarbeiter dafür verantwortlich gemacht worden sind und die Führungspersonen immer gut wegekamen. Und da entwickelt sich natürlich so eine gewisse Zurückhaltung. Mein Bemühen war es, diese Fehlerkultur zu öffnen und eine bessere einzuführen. Und ich behaupte jetzt einfach mal: Das ist mir auch in großen Teilen gelungen.

Wenn Sie Organisationsprobleme ansprechen, dann finde ich: Das wichtigste organisatorische Problem bei der Abteilung TA sind die Außenstellen. Ich halte es für falsch, dass die Außenstellen inhaltlich Bearbeitungen machen. Deshalb halte ich auch das Umzugskonzept für falsch, weil die inhaltliche Bearbeitung muss zentralisiert werden. Denn es ist völlig klar - das weiß jeder, der Organisationslehre gemacht hat -, dass Außenstellen die Neigung haben, sich zu verselbstständigen. Und viele der Probleme, die wir hier erörtert haben oder noch erörtern, haben mit dieser Außenstellenstruktur zu tun. Und deshalb glaube ich, es ist wichtig, dass die inhaltliche Bearbeitung in einer Einheit konzentriert wird. Die Außenstellen können erhalten bleiben, technisch - also die Antennen kann man ja nicht weg bewegen -, aber die inhaltliche Bearbeitung, die muss konzentriert werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist interessant. - Dann kommen wir doch mal zu einem konkreten Beispiel: Oktober 2013. Da geht es um die europäischen Interessen, also die EU-Selektoren. Da hatten Sie im Oktober, wenn ich es richtig weiß, 2013 ja die Weisung erteilt: Vorsicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit EU-Selektoren! Die machen wir jetzt nicht mehr. - Erwinnere ich das richtig?

Zeuge Gerhard Schindler: Na ja, „Vorsicht mit EU-Selektoren!“, habe ich so nicht gesagt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Entschuldigung. Ja, das ist richtig.

Zeuge Gerhard Schindler: Klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich weiß nicht genau, was Sie gesagt haben; ich war nicht dabei. Aber irgendwie habe ich gehört, da gebe es die Weisung, die mündliche Weisung, keine EU-Selektoren mehr zu steuern. War das so?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, es waren EU und NATO.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, es ging um sogenannte Partner, und diese Weisung habe ich - das genaue Datum weiß ich jetzt nicht mehr - so um den 28. Oktober herum erteilt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum - jetzt im Sinne von Nachvollziehbarkeit etc. - nur mündlich bei so einem sensiblen Bereich? Wäre da nicht eine schriftliche Weisung, damit es die Sachbearbeiter in Außenstellen wirklich verstehen, besser gewesen?

Zeuge Gerhard Schindler: Also ich habe in den seltensten Fällen schriftliche Weisungen erteilt, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Gerhard Schindler: - sondern das muss man sich so vorstellen: Wir machen eine Besprechung, und der Auftrag ist: erstens, zweitens, drittens und Ende.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich schreibe das mit.

Zeuge Gerhard Schindler: Und dann gibt es immer einen, der mitschreibt, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mhm. - Ist das bei den Abteilungsleitern?

Zeuge Gerhard Schindler: - beim BND meistens zwei.

(Heiterkeit)

Und dann wird die Weisung umgesetzt.

(Christian Flisek (SPD):
Praktisch!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War das eine Abteilungsleiterbesprechung dann? Oder wie muss man sich das vorstellen?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich kann mich ganz genau nicht mehr erinnern. Ich glaube - aber ich bin mir nicht ganz sicher -, dass es telefonisch war, indem ich eine hier bekannte Person angerufen habe und ihr das mitgeteilt habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also sprich: Nur eine Weisung gegenüber TA.

Zeuge Gerhard Schindler: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also nicht bei einer Abteilungsbesprechung, wo die ganzen Abteilungsleiter drinsitzen, sondern gegenüber TA.

Zeuge Gerhard Schindler: Nur gegenüber TA.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aha, okay. Ja, das war mir jetzt wichtig, weil das ist dann was anderes. So. Aha. - Ist das dann irgendwann mal nachvollzogen worden, ob TA das auch richtig umgesetzt hat?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also es war ja schon ein Knackpunkt.

Zeuge Gerhard Schindler: Danach kam ja Bewegung in dieses System, indem, nach meiner Erinnerung, mich der damalige Abteilungsleiter



Nur zur dienstlichen Verwendung

mehrfach unterrichtet hat über den Fortschritt einer Weisung, die er quasi auf der Basis meiner mündlichen Weisung dann als Handlungsleitlinie - oder wie immer man das nennen will - in seine Abteilung hineingeben wollte. Also: Die Länder ja, die Länder nein oder die Länder nur nach Zustimmung des Abteilungsleiters oder des Präsidenten. - Also, es wurde so eine Art Weisungsentwurf diskutiert und auch mit mir diskutiert. Insofern wusste ich: Die Abteilung arbeitet daran, meine Weisung sehr konkret und sehr genau umzusetzen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Abteilungsleiter, derjenige, dem Sie das damals gesagt haben, war Pauland, richtig?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, ich hatte den nachfolgenden, also den Herrn, der bei Ihnen bekannt ist unter D. B. - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War denn der damals nicht noch Unterabteilungsleiter?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum haben Sie den Unterabteilungsleiter angerufen und nicht den Abteilungsleiter?

Zeuge Gerhard Schindler: Weiß ich nicht mehr. Wahrscheinlich war Pauland nicht da oder - - Wie auch immer.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, es gab jetzt keinen Grund?

Zeuge Gerhard Schindler: Es gab jetzt keinen Grund, an - - Also, normalerweise habe ich den Abteilungsleiter angerufen. Also, es ist - - Wenn ich Abteilungsleiter wäre, würde ich mir ja auch sagen: Wieso ruft der jetzt den anderen an?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, deswegen frage ich ja, was - -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Gerhard Schindler: Nein. Also, es muss irgendeinen Grund gegeben haben: nicht da, nicht erreichbar, wie auch immer. Und ich wollte das loswerden und habe dann einfach den Nächsten angerufen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Vielleicht war Pauland krank. Da gab es, glaube ich, Zeiten, wo Pauland krank war.

Zeuge Gerhard Schindler: Genau. Ich glaube, das war das, die Zeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe mir jetzt die Zeiten auch nicht alle aufgeschrieben. Ich wollte es nur mal wissen, weil es kam mir so ein bisschen außergewöhnlich vor, -

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - dass man den Unterabteilungsleiter anruft.

Zeuge Gerhard Schindler: Mhm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wäre ich Abteilungsleiter, hätte ich auch gesagt: Hey, was machst du denn da?

Zeuge Gerhard Schindler: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Aber Pauland hat Sie dann danach unterrichtet? Oder war das dann auch D. B.?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, es gab da mehrere solcher Unterrichtungen, und das war aus meiner Sicht immer Herr Pauland.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Der ist dann quasi wieder ins Bild gekommen, und dann war er - -

Zeuge Gerhard Schindler: Der ist gekommen, hat auch noch mal nachgefragt: Wie muss man das verstehen? - Also es ging ja dann um die Erarbeitung einer solchen Richtlinie, und das lief ganz gut.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was hat Sie am 28. Oktober 2013 entschlossen [sic!], dann diese Weisung zu geben? Was war der Auslöser?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, „28. Oktober“ mit einem kleinen Fragezeichen. Ich bin mir nicht ganz sicher. Kann auch der 27. gewesen sein oder -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich weiß es auch nicht.

Zeuge Gerhard Schindler: - der 29.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich müsste es auch nachschlagen.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. - Es war ja - - Am 24. Oktober, wenn ich mich recht erinnere, hat unsere Bundeskanzlerin ja den Satz getätigt:

„... unter Freunden ... geht ... nicht“.

(Christian Flisek (SPD):
Was?)

- Bitte?

(Christian Flisek (SPD):
Was „unter Freunden geht
nicht“?)

- Aufklären unter Freunden.

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Ausspähen! - Dr.
Jens Zimmermann (SPD):
Aufklären!)

Und Tage später bin ich dann unterrichtet worden, dass wir doch in einer Reihe von Ländern Ziele gesteuert haben, die man als - jetzt untechnisch - „Freunde“ bezeichnen könnte. Aber den Begriff „Freund“ gibt es im Nachrichtendienst nicht. Und - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie das erst Tage später so realisiert, oder haben Sie schon, als die Kanzlerin das gesagt hat, gedacht: „Oh Mann, da hat sie sich aber weit aus dem

Fenster gehängt, hätten wir sie besser konkreter unterrichtet“? Oder wie muss man sich das vorstellen?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich habe es ja auch in den Nachrichten gesehen. Da hatte ich mir jetzt keine Sorgen oder so gemacht, nach dem Motto: „Gott, was ist das jetzt?“, oder so, sondern - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber wussten Sie, als sie das sagte, schon: „Oh, wir steuern doch auch EU“?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, dass wir EU- oder NATO-Ziele steuern, ist ja völlig in Ordnung. Also, ein Terrorist aus Frankreich kann selbstverständlich gesteuert werden, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Gerhard Schindler: - oder eine Firma aus Schweden kann selbstverständlich gesteuert werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sind auch nicht unsere Freunde. Mhm.

Zeuge Gerhard Schindler: Insofern ist das erst mal überhaupt kein Problem.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Gerhard Schindler: Botschaft wäre ein Problem? Französische zum Beispiel.

Zeuge Gerhard Schindler: Kommt drauf an. Also grundsätzlich erst mal nicht; das ist nicht verboten. Die Frage ist nur nach der Sinnhaftigkeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Verboten ist ja gar
nichts!)

Zeuge Gerhard Schindler: Also, deshalb habe ich mir da keine weiteren Gedanken gemacht. - Wir haben dann, ich glaube - ich weiß es nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

mehr -, ein oder zwei Tage später darüber gesprochen. Und es gab nach meiner Erinnerung auch eine Liste oder eine Übersicht - ich habe die später nie mehr gesehen - von drei, vier Seiten oder so was, wo Botschaften beispielsweise aufgelistet waren von EU- und NATO-Staaten, und in dieser Sammlung kam mir das dann doch ein Stück weit ungeheuer vor.

Deshalb habe ich dann, einen Tag später oder zwei Tage später den Chef des Bundeskanzleramtes, Pofalla, darüber unterrichtet und habe ihm aber auch vorgeschlagen, dass wir das abstellen. Er hatte das auch so dann angewiesen. Und dann bin ich - jetzt hätte ich schon fast gesagt „nach Hause gefahren“ - ins Büro gefahren, und ich habe dann diese Weisung erteilt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, sprich: Irgendwas muss dieser kurze, knappe Satz der Kanzlerin ja bewirkt haben, dass man noch mal genau hingeschaut hat: „Was ist da im Köcher drin?“, und hat festgestellt: Da sind Dinge gesteuert, die nicht nur den französischen Terroristen betreffen, sondern auch andere Institutionen, Einrichtungen etc., die man jetzt doch besser mal rausnimmt. - Das ist die logische Kette.

Zeuge Gerhard Schindler: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Hätte die Kanzlerin das nicht gesagt, wäre es genauso passiert? Wäre man da genauso sensibel gewesen? Oder - -

Zeuge Gerhard Schindler: Ich glaube, dass wir - - Ich hatte ja eingangs versucht, darzustellen, dass wir bereits im Mai 2013 uns Gedanken über die Neustruktur und ein Qualitätsmanagement gemacht haben. Das wäre allerdings erst - - Also, die Planung war nicht: „Hauruck, jetzt machen wir die Abteilung TA flott“, sondern die Planung war, dass wir uns erst mit dem Umzug nach Berlin befassen und wenn Pullach so steht, wie es bleibt, dass dann die dortigen Organisationseinheiten - das ist ja zu 80 Prozent die Abteilung TA - ebenfalls einer Prüfung der Ablauf- und Aufbauorganisation unterzogen werden sollten. Und ich bin eigentlich sicher, dass uns dann spätestens bei dieser Prüfung das aufgefallen wäre.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Na, gut, dass wir die Kanzlerin haben; kommt auch noch in diesen Untersuchungsausschuss. - Ein Fragenbereich, den will ich nur ankratzen; das kommt darauf an, was Sie dazu in öffentlicher Sitzung sagen können. Wahrscheinlich werden wir den ganzen Teil in spätere nichtöffentliche oder eingestufte Sitzungen verlagern müssen. Aber vielleicht um sich mal ranzutasten: Können Sie etwas zur Kooperation mit britischen Nachrichtendiensten hier sagen? Wenn ja, was? Gab es die?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, der BND arbeitet mit vielen Nachrichtendiensten zusammen, unter anderem auch mit den britischen Nachrichtendiensten, und da gab es mehrere Kooperationen. Ich selbst habe großen Wert darauf gelegt, dass wir mit anderen Diensten gemeinsame Operationen und gemeinsamen Erkenntnisaustausch pflegen, weil ich das für sehr wichtig halte in der Globalisierung der heutigen Zeit. Und so gab es auch Zusammenarbeit mit den britischen Diensten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat man da gemeinsam Kabelerfassung betrieben?

Zeuge Gerhard Schindler: „Betrieben“? Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sondern?

Zeuge Gerhard Schindler: Es wurde ein Projekt - -

(MR Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da meldet sich Herr Wolff.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, ich weiß. Es wurde ein Projekt diskutiert, das aber nicht zum Zuge kam.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So geht es uns ähnlich; wir handhaben es meistens anders.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Er guckt gar nicht hin, aber weiß es schon!)

- Herr Wolff, ganz kurz. - Entschuldigung, Herr Schindler, dass ich Sie unterbreche.

MR Philipp Wolff (BK): Ich glaube, der Zeuge hat das schon selber erkannt.

Zeuge Gerhard Schindler: Klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Frage ist sowieso: „Wer weiß mehr?“, nicht?

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Herr Schindler.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, es gab kein realisiertes Projekt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Okay, zu den Details von nicht realisierten Projekten, wenn es denn nicht realisierte gegeben hätte oder hat, müsste ich wahrscheinlich später fragen.

Zeuge Gerhard Schindler: Na, das kommt drauf an.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Gut. - Ist Ihnen denn bekannt, dass irgendein Projekt nicht realisiert wurde?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Über das, was wir gerade gesprochen haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah, okay.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann gab es doch eins!)

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe es nicht verstanden.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann gab es doch eins!)

- Nein, das nicht realisiert wurde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie sagen, mit welchem britischen Dienst das nicht realisiert wurde?

Zeuge Gerhard Schindler: Das würde ich jetzt nicht öffentlich sagen, weil die -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Gerhard Schindler: - britischen Kollegen sind da ziemlich empfindlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na klar. - Können Sie ungefähr den Zeitraum sagen, wo da eine Nichtrealisierung zur Nichtrealisierung führte? Von welchen Jahren reden wir? Kann man das sagen?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich weiß es jetzt leider gar nicht. Also, das war in der Anfangsphase meiner -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Amts- -

Zeuge Gerhard Schindler: - Amt- - Dienstzeit. Also, ich glaube, irgendwann, so vielleicht 2013 muss das wohl so um den Dreh gewesen sein, wo man - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ich gucke da, ob wir noch im Untersuchungszeitraum sind; deswegen frage ich. Da sind wir da noch, nicht? - Okay.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, also meine Dienstzeit ist ja Untersuchungszeitraum. Insofern -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: - liegt man da richtig.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber das Projekt ist ja die Frage. Ist das Projekt im Untersuchungszeitraum, über das wir hier nicht detailliert reden können? Aber anscheinend ist es das dann.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das hätte ja hinten quasi rausfallen können, wenn es etwas später gewesen wäre. Okay. - Dass das Projekt nicht durchgeführt wurde, hat das mit diesem Untersuchungsausschuss zu tun? Kann man das - -

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich will mal ganz klar sagen: Also, dass durch den Untersuchungsausschuss alle - eben Bundesnachrichtendienst und bei anderen Diensten - ein Stück weit sensibler in dieser Frage geworden sind, das, glaube ich, ist so. Aber das jetzt zu messen, ob das jetzt ausschlaggebend war, das kann ich jetzt nicht so bestätigen, sondern nach meiner Erinnerung war es einfach daran, dass die Konditionen für uns dann am Schluss nicht mehr gepasst haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich sage mal so: Eine höhere Sensibilität, auch durch diesen Untersuchungsausschuss, ist ja gar nichts Verkehrtes. Ich meine, man macht ja auch sensible Tätigkeiten, man greift in Rechte von Bürgerinnen und Bürgern ein, und das muss sich ja auch irgendwie legitimieren durch eine Rechtfertigung. Und von daher finde ich die höhere Sensibilisierung völlig berechtigt. Und wenn der Untersuchungsausschuss dazu beigetragen hat, finde ich das nicht problematisch, sondern positiv.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe es ja auch nicht -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein.

Zeuge Gerhard Schindler: - negativ gemeint.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich komme ja noch zur zweiten Sache. - Was ich natürlich nicht gut fände: wenn der Bundesnachrichtendienst

dienst dadurch in seiner Handlungsfähigkeit geschwächt wird, weil man sich Sorgen macht im Amt: „Was darf man jetzt?“, und Unklarheiten herrschen. Da muss Klarheit herrschen, damit der Bundesnachrichtendienst auch seine Aufgaben machen kann. Hatten Sie den Eindruck, dass der Bundesnachrichtendienst nach Einsetzung des Untersuchungsausschusses so ins Schwimmen kommt: „Was dürfen wir überhaupt noch? Was ist legitim? Was ist legal?“? War man da in so einer Gott-wir-wissen-ja-gar-nicht-mehr-was-wir-dürfen-Situation, oder war man schon standfest, sattelfest und hat gesagt: „Klar, das müssen wir jetzt mal untersucht haben; das ist auch gut für uns“? Wie war denn die Stimmung so?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich bin sehr sicher, dass am Anfang genau diese Verunsicherung eingetreten ist; das kann man ja auch gut nachvollziehen. Also, wenn jemand kein Jurist ist und war früher Zeitsoldat, kommt dann zum Bundesnachrichtendienst und ist dann Bearbeiter für X oder Y in der technischen Aufklärung, schaut sich die Nachrichten an und hört dann wüste Theorien im Dienst und so, dass er dann sagt: „Also, ich überlege mir jetzt dreimal, was ich jetzt hier mache“, das ist der Fall. Das ist aber ganz wichtig, dass man dann in der Führung noch mal klar- und deutlich macht: Wir haben einen Auftrag. Wir werden diesen Auftrag unbeirrt durchführen. - Und verantwortlich dafür ist nicht der Sachbearbeiter, sondern der Präsident. Und das habe ich auch versucht deutlich zu machen. Und ich glaube, das haben wir auch am Schluss ganz gut in den Griff gekriegt. Aber diese Phase der Verunsicherung, die gab es ganz sicher. Und ich hoffe, dass sie vorbei ist; aber ich weiß es nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich meine, wir bieten ja Stabilität und einen festen Anker für den BND. Wie hat das denn die Abteilung 6 im Kanzleramt gehandhabt? Hat die Ihnen Sicherheit gegeben, oder hat die noch mal zusätzlich Druck ausgeübt?

Zeuge Gerhard Schindler: Na ja. Also, die Abteilung 6 ist ja die Fach- und Dienstaufsicht, was ich ja jahrelang im Bundesinnenministerium für das Bundeskriminalamt und für das Bundesamt



Nur zur dienstlichen Verwendung

für Verfassungsschutz gemacht hatte. Insofern habe ich großes Verständnis dafür, dass nachgefragt wird, dass Vorlagen erbeten werden, dass man auch mal kritisch nachfragt; das ist ja überhaupt kein Problem. Aber ich hatte nicht das Gefühl, dass dort irgendwie ein Schwarzer-Peter-Spiel betrieben wird, sondern ich fand das im Großen und Ganzen in Ordnung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, so eine Sorge: „Oh, lass das nicht die Abteilung 6 wissen; sonst haben wir wieder Schwierigkeiten“, so eine Stimmung haben Sie nicht im BND wahrgenommen.

Zeuge Gerhard Schindler: Na gut, dass das Bundeskanzleramt natürlich erst mal selbst schaut: „Waren wir unterrichtet als Bundeskanzleramt?“ - dann hat man ja immer eine andere Situation, als wenn man nicht unterrichtet ist -, und das war schon der Fall. Also, das wurde geprüft und geschaut - also „was?“ und so -, und wir schauten auch in unsere Akten, ob es einen Vermerk oder eine Vorlage ans Kanzleramt gibt. Aber, wie ich schon sagte: Ich halte diese Prüfung für legitim.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und auch speziell bei dem Projekt, wo wir gerade rumeiern, mit den Briten, sehen Sie so eine Situation nicht und erinnern sich auch nicht daran, im Verhältnis zur Abteilung 6.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, wenn Sie die Frage jetzt noch einmal konkretisieren können, weil ich nicht genau weiß, was Sie meinen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, so im Sinne von - in Anführungsstrichen - „Lasst das mal besser nicht die Abteilung 6 hören oder wissen“.

Zeuge Gerhard Schindler: Ach so, das meinen Sie.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So hatte ich es eben, glaube ich, formuliert: allgemein, -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, ja. Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - im Verhältnis.

Zeuge Gerhard Schindler: Nein. Also, bei diesem Projekt wurde ja die Dienst- und Fachaufsicht unterrichtet über das beabsichtigte Projekt. Es ging bei dem, was Sie wahrscheinlich ansprechen, lediglich darum, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt meldet sich, glaube ich, Herr Wolff.

Zeuge Gerhard Schindler: - dass diese Unternehmung durch mich erfolgt und nicht durch den Partnerdienst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

MR Philipp Wolff (BK): Ich bitte tatsächlich darum, dass wir zu dem Projekt ausschließlich in eingestufte Sitzung Angaben machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich bin da auch mit dem Projekt weitestgehend durch, weil alle anderen Fragen bei mir gehen so ins Detail, dass wir das hier nicht weiter vertiefen können. Ich wäre jetzt auch an der Stelle erst mal fertig, weil die anderen Fragen, die gehen dann auch wieder in Details; da würde ich erst mal hören, was die Fraktionen für Fragen haben. - Ich bedanke mich ganz herzlich -

Zeuge Gerhard Schindler: Gerne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - für die Antworten. - Und wir würden jetzt zu den Fragen der Fraktionen kommen. Und es beginnt Frau Kollegin Renner mit den Fragen für die Fraktion Die Linke.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Schindler, ich möchte mit einer ganz allgemeinen Frage beginnen. Wenn wir jetzt den Bericht des PKGr nehmen oder aber auch die Feststellung hier im Untersuchungsausschuss oder auch das, was öffentlich zu den BND-Selektoren bekannt geworden ist - also Verstoß gegen deutsche und europäische Interessen -: Wer trägt Ihrer Meinung nach die Verantwortung dafür, dass solche Selektoren gesteuert wurden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich weiß jetzt nicht, was Sie genau meinen. Aber eins ist klar: Der Präsident trägt immer die Verantwortung, also ich.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es auch eine Verantwortung im Bundeskanzleramt?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ehrlich gesagt, das wäre mir egal. Ich trage die Verantwortung - und fertig.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Uns ist es aber nicht egal!)

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber uns als denjenigen, die die Exekutive kontrollieren sollen, ist das nicht egal, wer am Schluss es auf seine Schulter nimmt, sondern wer für derartiges Fehlverhalten Verantwortung trägt, im politischen Sinne.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, da müssen Sie am besten das Bundeskanzleramt fragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sehen Sie eine Verantwortung beim Bundeskanzleramt?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich sehe nur eine Verantwortung bei mir.

Martina Renner (DIE LINKE): Honorig. - Wer hat Sie denn eigentlich informiert? Also, welche Personen haben Sie zu dieser Selektorenproblematik informiert? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich habe viele Gespräche geführt, auch davor zu anderen Themen. Insofern fällt es mir jetzt schwer, punktgenau zu sagen: Das war Person X oder Y. - Aber ich glaube, das waren, sagen wir, die üblichen Verdächtigen, die Sie hier schon mehrfach hatten. Und insofern war das dieser Kreis.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie die noch mal nennen?

Zeuge Gerhard Schindler: Na ja, das waren der Herr W. K. öfter und dann der Abteilungsleiter und aber auch der -

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Pauland.

Zeuge Gerhard Schindler: - D. B. Ja, das waren so die - -

Martina Renner (DIE LINKE): Und wer das erste Mal mit dieser Problematik nach der Aussage der Kanzlerin bei Ihnen in der Tür stand oder in Ihrer Telefonleitung auftauchte, wer war das?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich weiß es nicht mehr so genau, aber es könnte dieser Per- - Also, es waren sicherlich entweder einer von diesen dreien oder mehrere. Also, ich bin mir nicht sicher, ob es ein Einzelgespräch war oder ob wir in einer größeren Runde dagesessen haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Das Abweichen vom Prinzip der Verschriftlichung von Weisungen: Würden Sie sagen, das war unter Ihnen spezifisch, oder ist das generell im Amt üblich?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Also, ich würde jetzt erst mal bestreiten, dass es ein Prinzip der Verschriftlichung gibt. Das können Sie handhaben, wie Sie es als Führungsstil glauben, dass es richtig ist. Also, während meiner Amtszeit jedenfalls - ich habe jetzt keine Liste, wo das analytisch gezählt worden ist - habe ich überwiegend mündliche Weisungen erteilt.

Martina Renner (DIE LINKE): Die werden in irgendeiner Form dennoch protokolliert?

Zeuge Gerhard Schindler: Na ja, meistens gibt es ja von der Besprechung ein Besprechungsprotokoll oder eine Ergebnisniederschrift, oder aber man ruft jemanden an, und auf der anderen Seite der Leitung sagt der: Alles klar, ich habe es verstanden; machen wir. - Und in aller Regel machen dann die betreffenden Leute einen Vermerk: Eben hat mich der Präsident angerufen und hat mir die Weisung erteilt.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wenn es jetzt personelle Wechsel gibt, zum Beispiel an der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Spitze von Abteilungen oder in Referaten, wie erfährt dann zum Beispiel der Nachfolger, dass es eine bestimmte Weisungslage gibt? Also, ich bin immer davon ausgegangen, dass exekutive Behörden, insbesondere dort, wo zum Beispiel Grundrechtseingriffe vorgenommen werden, eine Dokumentationspflicht haben; war bisher meine naive Annahme.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Erstreckt sich diese Dokumentationspflicht nicht insbesondere dahin gehend, wo über diese Selektoren in Kommunikationsvorgängen eingegriffen wird? Also, gerade die Selektorenproblematik ist doch eine, wo ich sage: Da müsste explizit auch eine Dokumentationspflicht vorliegen.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, nach meinem Kenntnisstand - ich bin ja nur ein bescheidener Jurist - gibt es eine solche Dokumentationspflicht nirgendwo. Im Übrigen - nur noch mal zur Klarstellung -: Da wurde nicht in Grundrechte eingegriffen; das sind Ausländer gewesen, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ach so.

Zeuge Gerhard Schindler: - insofern keine Grundrechtsträger. Und daher ist dieser Ansatz insofern nicht ganz richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Da haben wir einfach juristisch unterschiedliche Auffassungen, ob - -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, also - -

Zeuge Gerhard Schindler: Genau. Es gibt eine Mehrheitsmeinung und eine Minderheitsmeinung und - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ich glaube, nach unserer Anhörung zum BND-Gesetz dürfen wir von uns behaupten, wir vertreten die Mehrheitsmeinung.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, von den dreien, die Sie gehört haben, ganz sicher. Ja.

(Heiterkeit)

Deshalb gibt es halt eine solche Dokumentationspflicht nicht. Und ich hatte ja eben versucht, Frau Abgeordnete, zu erklären, dass ich ja das gute Gefühl hatte, dies wird umgesetzt, weil ja mehrere Besprechungen danach ja über eine generelle schriftliche Weisung in der Abteilung TA diskutiert haben, die eben noch mal für den einzelnen Bearbeiter klarstellt, was Handlungsleitlinie sein soll. Ich hatte ja von der Verunsicherung gesprochen. Und damit diese Sicherheit wieder eintritt, war es ganz richtig, dass eine solche schriftliche Weisung erteilt wird, die dann auch in Bad Aibling, in Rheinhausen und wo auch immer vorliegt und der Bearbeiter sicher sein kann, dass er richtig handelt.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie hatten schon angedeutet, über welche zwei Verfahren BND-eigene Selektoren kreiert wurden und in welchen Fällen Sie sich auch eben auf Ziele in Europa richten konnten. War Ihnen denn auch bekannt, dass unter den Selektoren sogenannte Wildcards waren, oder wissen Sie, was das ist?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, es wäre mir sehr recht, wenn Sie es mir noch mal erklären.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Das machen wir ganz einfach: Wir haben hier alle eine Adresse, die endet mit „bundestag.de“. Und wenn ich die Wildcard „@bundestag.de“ steuere, ohne vorher zum Beispiel „André Hahn“ oder „Martina Renner“ zu schreiben, dann steuere ich alle E-Mail-Adressen, die diese Endung „bundestag.de“ verwenden, angefangen von der Verwaltung über die Abgeordneten bis hin zum Präsidenten, zum Mitarbeiter und Ähnliches, also von der Pforte bis zu Herrn Professor Lammert.

(MR Philipp Wolff (BK) be-
gibt sich zum Zeugen und
berät sich mit diesem)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und diese Wildcard-Steuerung ist in vielen Fällen in diesen BND-eigenen Selektoren aufzufinden, auch dort, wo sie sich gegen andere europäische Institutionen richtet, also keine zielgerichtete Steuerung eines einzelnen Mitarbeiters - Beispiel: im französischen Außenministerium -, dem ich vielleicht unterstelle, dass er sich an Proliferation beteiligt, sondern das komplette Haus wird durchgesteuert. Wussten Sie dies?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, über einzelne - - Also, ich habe ja - -

Martina Renner (DIE LINKE): Also, nein, es geht mir nicht ums französische - - Es geht mir nicht um ein Beispiel.

Zeuge Gerhard Schindler: Nein?

Martina Renner (DIE LINKE): Wussten Sie, dass Wildcards gesteuert werden?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich bin mir nicht sicher, ob wir jemals im Bundesnachrichtendienst über dieses Problem gesprochen haben - jedenfalls mit mir. Aber wenn es so gewesen wäre, muss ich sagen: Also, wenn es einen Grund dafür gäbe, ist es ja ein ganz vernünftiges Verfahren.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil man alles nimmt, Full Take.

Zeuge Gerhard Schindler: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Perfekt.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Besser mehr als weniger.

Zeuge Gerhard Schindler: Na, das kommt auf das Ziel an.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, wenn Sie das Ziel haben, die militärische Entwicklung im Land X aufzuklären, -

Martina Renner (DIE LINKE): In Frankreich.

Zeuge Gerhard Schindler: - und Ihnen gelingt es, das Verteidigungsministerium zu steuern, dann ist es doch besser, als wenn Sie einen Pförtner steuern.

Martina Renner (DIE LINKE): Und ein ganzes Parlament?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, mir ist jetzt kein Fall bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Mir aber.

Zeuge Gerhard Schindler: Wenn es so was gäbe, hätte es einen Grund haben müssen. Es musste ja immer das Auftragsprofil - -

Martina Renner (DIE LINKE): Das Parlament ist feindlich gegen die Bundesrepublik Deutschland gesonnen, oder was ist der Grund?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich weiß es nicht. Aber Sie müssen ja das Auftragsprofil der Bundesregierung bei der Steuerung abbilden. Und da wird es sicherlich damals einen Grund gegeben haben, wenn es denn diesen Fall gäbe, warum man das gemacht hat. Ob das dann sinnvoll war, richtig war - -

Martina Renner (DIE LINKE): Aber so ein Fall ist Ihnen, als man Ihnen die Problemfälle vorgetragen hat, nicht mitgeteilt worden, dass man zum Beispiel komplett Parlamente anderer Staaten steuert.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich habe ja die Liste später gesehen -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: - und habe jetzt im Moment keinen - - Vielleicht wenn wir konkret darüber reden, macht es bei mir klick; aber jetzt im Moment - -

Martina Renner (DIE LINKE): Darf ich nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Ah ja, aber können wir ja nachher. Aber jetzt im Moment fällt es mir nicht ein.

Martina Renner (DIE LINKE): Noch einmal ganz kurz einen Switch, weil wir das auch nicht klären konnten mit allen Zeugen, die wir bisher hatten zu den NSA-Selektoren, eine Nachfrage noch mal: Die NSA-Selektoren: Was war Ihr Kenntnisstand? Wurden die ausschließlich in Bad Aibling gesteuert oder auch in anderen Außenstellen? Sie sprachen ja eben diese Außenstellenproblematik an.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Also, nach meinem Kenntnisstand wurden die NSA-Selektoren ausschließlich in Bad Aibling gesteuert.

Martina Renner (DIE LINKE): Und andere Selektoren außerhalb der NSA von US-amerikanischen Diensten? Gab es zum Beispiel eine Steuerung in Rheinhausen? Wissen Sie das?

Zeuge Gerhard Schindler: Nach meinem Kenntnisstand nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, NSA-Selektoren, CIA-Selektoren oder sonstige Selektoren, alle nur, wenn überhaupt, in Bad Aibling.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, NSA-Selektoren in Bad Aibling. Mir ist nicht bekannt, dass der Bundesnachrichtendienst während meiner Amtszeit CIA-Selektoren gesteuert hätte.

Martina Renner (DIE LINKE): Dass diese in Rheinhausen gesteuert wurden, wissen Sie nicht oder können Sie ausschließen?

Zeuge Gerhard Schindler: Wer kann schon was ausschließen?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

Zeuge Gerhard Schindler: Aber nach meinem Kenntnisstand kann ich es ausschließen.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei den BND-Selektoren, als man Ihnen diese Problematik vorgestellt hat, waren da auch solche dabei, die sich

auf Bundesbürger oder bundesdeutsche Institutionen oder bundesdeutsche Firmen richteten?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann die letzte Frage.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, in der Anfangsphase nicht, sondern wir haben ja dann versucht, diese Problematik aufzuarbeiten; das ist das, was der Vorsitzende ja angesprochen hat. Beim BND fehlte ein Qualitätsmanagement im Sinne von: Ich drücke auf den Knopf und weiß, wie viele Selektoren ich gesteuert habe; ich weiß, wie viele Firmen das sind; ich weiß, wie viele Privatpersonen oder wie viele staatliche Organisationen. - Dies alles gab es zu meiner Zeit leider nicht. Ich wage die Behauptung: „Bis jetzt immer noch nicht“, weil das dauert ja, bis so was gemacht wird. Aber ein solches Qualitätsmanagement wäre gut gewesen; denn es hätte uns erspart, mühsam Selektor für Selektor durchzuarbeiten und dann zu versuchen, ein Bild zu schaffen. Und bei diesem Bild, was ich dann im Nachhinein, also durch weitere Aufarbeitung, gewonnen habe, dann war das so, wie Sie es geschildert haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ganz herzlichen Dank. - Und wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion in der ersten Fragerunde, zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Herr Schindler, -

Zeuge Gerhard Schindler: Hallo!

Christian Flisek (SPD): - guten Tag! Ich würde Sie einfach mal fragen wollen: Wie war das Verhältnis in Ihrer Amtszeit als BND-Präsident in Bezug auf die parlamentarische Kontrolle der Dienste?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich glaube, gut.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ich meine, das wird Sie jetzt nicht überraschen, dass ich Sie mal mit einem Zitat konfrontiere, das Sie bei einer Podiumsdiskussion anlässlich des Snowden-Films von Oliver Stone in einem Gespräch mit dem *BILD-Digital*-Chef Julian Reichelt abgegeben haben. Ich darf Sie da mal zitieren, ja?

Zeuge Gerhard Schindler: Mhm.

Christian Flisek (SPD): Da heißt es:

„Die parlamentarische Kontrolle ist grottig! ... Bevor ich Präsident des BND wurde, war ich ja naiv. Ich habe immer gedacht, das Parlament ist der Akteur, der Kontrolleur.“

Die Realität aber sehe ganz anders aus. Hinter den verschlossenen Türen des Parlamentarischen Kontrollgremiums dürfe der BND in seinen regelmäßigen Briefings selbst die Tagesordnung bestimmen.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, das Zitat kommt nicht von mir, dass der BND selbst die Tagesordnung bestimmen kann. Sie haben mich gefragt, wie das Verhältnis war: Das Verhältnis war gut. Die Frage, ob das System der parlamentarischen Kontrolle gut ist, das ist eine andere Frage, wie die Fragen - -

Christian Flisek (SPD): Aber das haben Sie ja als „grottig“ bezeichnet.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Also, ich würde diesen Begriff jetzt nicht wiederholen, aber - -

Christian Flisek (SPD): Aber das Zitat stammt von Ihnen.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Ich finde in der Tat, dass das System verbessert werden muss. Und es ist ja auch verbessert worden durch die Änderungen - -

Christian Flisek (SPD): Das wissen wir alles; haben wir ja gemacht. Also, das brauchen Sie hier jetzt gar nicht referieren. Aber jetzt noch mal die

Frage: In Ihrer Amtszeit, gab es so die - - Fasse ich das richtig zusammen, so nach dem Motto: „Worüber der BND nicht reden will, darüber muss er auch nicht reden“? War das so das Prinzip?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.

Christian Flisek (SPD): Nein?

Zeuge Gerhard Schindler: Das Problem bei der Frage „parlamentarische Kontrolle“ liegt darin, dass aus meiner Sicht der aktive Teil bei der Bundesregierung ist. Um bei diesem aktiven Teil vorzutragen, wenn Sie zehn Probleme haben oder zwanzig und Sie können aber nur drei vortragen, dann liegt plötzlich die Verantwortung beim Dienst und bei der Bundesregierung, was man vorgetragen hat und was nicht. So. Und - -

Christian Flisek (SPD): Das verstehe ich jetzt nicht. Also, wenn Sie zwanzig Probleme haben, die alle schwerwiegende, besondere Vorkommnisse sind, was wollen Sie mir jetzt sagen? Dass nur ein Zeitfenster von zwei Stunden zur Verfügung ist und man dann entscheiden muss, welche drei Probleme man dann -

Zeuge Gerhard Schindler: Genau.

Christian Flisek (SPD): - dem Parlament vorträgt, oder?

Zeuge Gerhard Schindler: So ist das.

Christian Flisek (SPD): Aha. Wenn das so wäre, das wäre wirklich grottig.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, so ist es.

Christian Flisek (SPD): Das ist interessant. Das heißt, im Prinzip entscheiden Sie dann, wenn Sie zwanzig wirklich vorzutragende Probleme hätten, dass nicht alle zwanzig vorgetragen werden, sondern sozusagen es noch mal einen Filter gibt, einen politischen Filter, der entscheidet, was eigentlich zum Parlament kommt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ein „besonderes Vorkommnis“, da ist ja die Frage: Wie wird es definiert? So. Und dann, wenn man von einer weiten Definition ausgeht, wovon ich gerne ausgehe, weil ich sage: „Wir haben nichts zu verbergen und können das gerne dem Parlament berichten“, dann müssen Sie ja aber aus Zeitgründen von zehn oder zwanzig Punkten eine Priorisierung vornehmen, und die Verantwortung für diese Priorisierung liegt dann beim Dienst. Und das halte ich nicht für gut.

Christian Flisek (SPD): Und was ist der Grund, dass man das so macht? Zeit?

Zeuge Gerhard Schindler: Da müssen Sie das Parlamentarische Kontrollgremium fragen.

Christian Flisek (SPD): Ja, ich stelle mir das jetzt mal so vor: Ich meine, wenn Sie berichten müssen über Dinge, wo Sie aufgrund der Gesetzeslage - Sie sind Beamter - verpflichtet wären, es zu melden, und wenn Sie jetzt sagen: „Na ja, gut; jetzt haben wir vielleicht eine PKGr-Sitzung angesetzt, die dauert zwei Stunden, und jetzt kommen wir vielleicht nicht dazu, alle zwanzig Punkte vorzutragen“, also ich käme auf die Idee, vielleicht den Rest dann in einem schriftlichen Bericht vorzutragen. Aber dass man dann sagt: „Ich trage überhaupt nicht vor“! Also insofern: Ich will es jetzt nachvollziehen. Also, wenn Sie jetzt zum Urteil kommen: „Das ist alles grottig“, ich meine, das ist - - Also, ich sage es Ihnen ganz offen, auch wenn Sie das als Privatmann gesagt haben: Das ist in meiner Bewertung - - Als ich das gehört habe, ich wäre fast vom Stuhl gefallen, nicht? Für einen ehemaligen BND-Chef, der noch vor kurzem im Amt war, dieses Verhältnis als „grottig“ zu bezeichnen, auch wenn Sie es heute nicht mehr wiederholen würden.

Zeuge Gerhard Schindler: Das ist doch kein Verhältnis; das ist das System.

Christian Flisek (SPD): Na ja, gut. An dem Sie an wesentlicher Stelle mitgewirkt haben. Und wenn Sie mir jetzt sagen, dass Sie gewisse Dinge noch nicht einmal präsentieren und berichten, obwohl Sie eigentlich von Gesetzes wegen dazu verpflichtet wären - -

Zeuge Gerhard Schindler: Da würde ich Ihnen widersprechen wollen. Die Frage ist immer: Wie definiere ich ein besonderes Vorkommnis? - So. Und bei der Frage einer weiten Definition, die ich gerne vornehme würde, stellt sich dann die Problematik: Das können Sie alles nicht vortragen. - Das bedeutet, Sie müssen also die Definition enger fassen. Und bei der Engerfassung haben Sie plötzlich die Verantwortung für die Dinge, die vorgetragen werden und die nicht vorgetragen werden.

Christian Flisek (SPD): Gut.

Zeuge Gerhard Schindler: Die Verantwortung trage ich gerne; das ist überhaupt kein Problem; aber ich finde es nicht gut. Ich glaube, es müsste ein aktiveres Kontrollsystem geben. Und deshalb begrüße ich ja die Änderung des parlamentarischen Kontrollgesetzes.

Christian Flisek (SPD): Als aufgrund Ihrer Weisung, Ihrer mündlichen Weisung, am 28. Oktober 2013 Tausende von BND-eigenen Selektoren deaktiviert worden sind: Kein besonderes Vorkommnis?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Also, es ist die Frage, ab welchem Zeitpunkt man so etwas berichtet. Und wenn Sie ins parlamentarische Kontrollgesetz - -

Christian Flisek (SPD): Ja, wenn Sie mich fragen, sofort.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Wenn Sie ins parlamentarische Kontrollgesetz reingucken: Da steht drin, dass die Bundesregierung berichtet und nicht der Bundesnachrichtendienst.

Christian Flisek (SPD): Aber offensichtlich haben Sie es ja auch nicht dem Bundeskanzleramt berichtet.

Zeuge Gerhard Schindler: Doch. Ich war doch, nachdem es mir mitgeteilt worden ist, entweder am gleichen Tag oder am nächsten Tag beim Chef des Bundeskanzleramtes.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Und haben die Deaktivierung dieser Tausenden BND-Selektoren dem Chef des Bundeskanzleramtes berichtet?

Zeuge Gerhard Schindler: Vorschlagen und dann umgesetzt.

Christian Flisek (SPD): Wer war das damals?

Zeuge Gerhard Schindler: Das war der Bundesminister Pofalla.

Christian Flisek (SPD): Pofalla. Und der hat dann gesagt: Machen Sie das.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und Herr Pofalla ist nach Ihrer Auffassung dann derjenige, der das dem PKGr hätte mitteilen müssen.

Zeuge Gerhard Schindler: Nicht Herr Pofalla, sondern die Bundesregierung.

Christian Flisek (SPD): Die Bundesregierung. - Wie erklären Sie sich denn dann, dass der Nachfolger von Herrn Pofalla, Herr Bundesminister Altmaier, im März 2015 bei seinem Besuch in Pullach offensichtlich über genau diese Maßnahmen ziemlich überrascht war? Und wir reden ja jetzt nicht über einen Zeitraum von einem Monat, zwei Monaten; wir reden über einen Zeitraum von fast - überschlägig - anderthalb Jahren.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, ich verstehe jetzt Ihre Frage nicht. Ich weiß jetzt nicht, warum jemand überrascht ist.

Christian Flisek (SPD): Aber Sie waren ja bei den Gesprächen dabei, oder? Und Sie werden sich ja wohl lebhaft - -

Zeuge Gerhard Schindler: Im März 2015 war ich da - -

Christian Flisek (SPD): Das waren ja unmittelbar die Ereignisse, die zu Ihrer Ablösung geführt haben. Also, ich gehe mal davon aus, dass Sie die zumindest noch irgendwie in Erinnerung haben.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich kenne keine Ereignisse, die zu meiner Ablösung geführt haben, weil die Bundesregierung keine benannt hat.

Christian Flisek (SPD): Ja. Haben Sie auch nie darüber jetzt mal reflektiert - oder? -, was der Grund sein könnte?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Gerhard Schindler: Und ich weiß nicht, wie Sie dazu kommen, dass der Bundesminister Altmaier überrascht war oder es - -

Christian Flisek (SPD): Also, ich habe den Eindruck gehabt in den Gesprächen, die ich geführt habe, dass er sehr überrascht war angesichts der Tatsache, dass dort offensichtlich im Bereich der BND-Selektoren erhebliche Löschungen noch mal stattgefunden haben und nach seiner Aussage das Bundeskanzleramt über dies nicht informiert war. Das heißt, wir haben, um es mal deutlich zu sagen, zwischen dem, was die Kanzlerin im Oktober sagte, dann Ihrer mündlichen Weisung, dieser Löschungsaktion im Bereich der BND-Selektoren, was Sie zusammen mit Herrn Pofalla eventuell noch abgesprochen haben, und diesem Besuch im März 2015 in Pullach und den dann folgenden Maßnahmen, die ja unter anderem auch Ihre Ablösung beinhaltet haben, auch wenn Sie da vielleicht keine Kausalität sehen mögen, ein schwarzes Loch, und zwar auch in Ihrem Dienst. Irgendwie habe ich den Eindruck, man hat da was gelöscht, und zwar möglichst schnell, aber gemeldet wurde nichts, gar nichts.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, mir fällt es schwer, Ihnen zu folgen.

Christian Flisek (SPD): Na ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Selbstverständlich fanden regelmäßige Gespräche statt, und selbstverständlich wurde auch berichtet. Ob jetzt insgesamt zum Umfang berichtet worden ist: „Es sind 100 gelöscht worden oder 200 oder 1 000“, das weiß ich jetzt nicht mehr. Aber dass es das gibt und dass wir löschen und dass wir sogar



Nur zur dienstlichen Verwendung

diese gelöschten Selektoren im Nachhinein untersuchen, weil wir selbst wissen wollten: „Was ist da eigentlich gesteuert worden?“, weil es ein solches Qualitätsmanagement vorher nicht gab, dieser Umstand war bekannt.

Christian Flisek (SPD): Gut. Gehen wir es jetzt noch mal an. Also, Sie stimmen mir zu, dass im Nachgang Ihrer Weisung innerhalb des Dienstes während Ihrer Amtszeit im Bereich der BND-Selektoren es zu erheblichen Löschungen kam.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, es kam zu Löschungen. Ich weiß nicht, was Sie unter „erheblich“ meinen.

Christian Flisek (SPD): Na ja, aber wir reden ja nicht über eins, zwei, sondern es -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Christian Flisek (SPD): - sind Tausende Selektoren gelöscht worden

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Deaktiviert worden!)

- deaktiviert worden, wie auch immer.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Christian Flisek (SPD): Gut.

Zeuge Gerhard Schindler: Sukzessive.

Christian Flisek (SPD): Sukzessive. - Und Sie stimmen mir auch zu, dass das Kontrollgremiumgesetz vorsieht, dass die Bundesregierung den Mitgliedern des PKGr proaktiv zu berichten hat.

Zeuge Gerhard Schindler: So steht es im Gesetz.

Christian Flisek (SPD): Genau. Und jetzt haben Sie diesen Vorgang der Bundesregierung gemeldet. Haben Sie das Herrn Pofalla gemeldet?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Christian Flisek (SPD): Auch was dort stattfand, dass Tausende Selektoren sukzessive deaktiviert worden sind?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein. Zu dem Zeitpunkt, als ich das Herrn Pofalla gemeldet habe, war der Umfang der Selektoren überhaupt nicht bekannt.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie fortlaufend berichtet? Haben Sie Herrn Altmaier informiert?

Zeuge Gerhard Schindler: Herrn Altmaier habe ich nicht informiert.

Christian Flisek (SPD): Warum nicht?

Zeuge Gerhard Schindler: Warum? Also, er hat das Amt übernommen, und ich gehe davon aus, dass er unterrichtet wird über wichtige Vorgänge. Und wenn jemand geglaubt hat, das sei ein wichtiger Vorgang, da wird er ihn unterrichtet haben.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie irgendjemanden im Bundeskanzleramt informiert darüber, Herrn Heiß beispielsweise?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich kann mich nicht mehr genau erinnern; deshalb fällt es mir sehr schwer. Aber wir haben einen Bericht gefertigt; der nannte sich Sachstandsbericht. Und in diesem Sachstandsbericht wurde auch ab einer gewissen Phase regelmäßig über diese sogenannte Quarantäneliste - das ist die Liste der deaktivierten Selektoren - berichtet.

Christian Flisek (SPD): Von wann ist dieser Sachstandsbericht?

Zeuge Gerhard Schindler: Das weiß ich nicht mehr.

Christian Flisek (SPD): In etwa, zeitlich. Ist das unmittelbar nach der Weisung? Ist das ein Dokument, das fortgeschrieben wurde?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, bevor ich jetzt was Falsches sage: Weiß ich nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Kann das sein, dass er aus dem Frühjahr 2015 stammt?

Zeuge Gerhard Schindler: Es gibt bestimmt einen Bericht - der wurde ja ständig fortgeschrieben - aus dem Frühjahr 2015.

Christian Flisek (SPD): Wie kann das sein, Herr Schindler, dass das PKGr und auch dieser Ausschuss, nachdem diese Weisung von Ihnen erteilt wurde und Tausende BND-Selektoren deaktiviert worden sind - sukzessive - - dass das so lange gedauert hat, bis Mitglieder dieser beiden Gremien davon überhaupt Kenntnis erlangten? Wo liegt der Grund Ihrer Ansicht nach?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, dieses Gremium hatte ja nicht den Auftrag dazu; der damals eingesetzte Untersuchungsbeschluss sah das nicht vor. Insofern ist das völlig in Ordnung, dass Sie nicht unterrichtet worden sind.

Das Parlamentarische Kontrollgremium: Kann man sich die Frage stellen, ob es in einer Phase zwischen der Information im Mai 2015 und davor einen Punkt gegeben hätte, wo man sagen kann: Ja, hier wäre es angezeigt gewesen, das PKGr zu unterrichten.

Christian Flisek (SPD): Also zwischen Herbst 2013 und Frühjahr 2015. Wir reden über diesen Zeitraum.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, genau.

Christian Flisek (SPD): Und Sie sind der Ansicht, darüber kann man diskutieren? Oder - -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Weil die Frage ist: Was ist ein besonderes Vorkommnis? Wie schwerwiegend ist das? - Und ich glaube, dass man erst im März 2015 im Bundesnachrichtendienst bei der Aufarbeitung so weit war, dass man den Umfang überhaupt erkannte. Ich hatte ja eben versucht, darzustellen: Die Außenstellenstruktur, die - - eben auch gelöscht haben, die nicht an ein zentrales System angebunden sind. Insofern war es keine einfache Sache, da einen Gesamtüberblick zu erhalten.

Christian Flisek (SPD): Nun, ich sage es Ihnen so: Gesetzeslage ist „proaktiv unterrichten“. Angesichts der Tatsache, dass die Selektorenproblematik damals bereits auf den Tisch schlug, handelt es sich für mich um alles andere als ein proaktives Berichten an die zuständigen Gremien, wenn man sozusagen diese Zeit verstreichen lässt, um irgendwas, was auch immer, an Übersicht zu gewinnen. Weil was Sie damals schon sehen konnten und wussten, ist, dass es in Bezug auf die hier im Feuer stehende Problematik nicht unerhebliche Teile der BND-eigenen Selektoren betrifft. Maßnahmen wurden eingeleitet. Und ich sage Ihnen ganz offen: Ja, diese Amtsführung ist grottig. - Aber da ist nicht die parlamentarische Kontrolle grottig, sondern es ist eben genau der Punkt im BND, der dazu führt, dass so etwas nicht berichtet wird.

Ich meine, ich frage mich: Warum hat Herr Altmaier im März 2015 eine Selektorenprüfgruppe eingesetzt? Warum hat er das gemacht, wenn sozusagen anderthalb Jahre, wenn das zutrifft, was Sie hier sagen, innerhalb des BND die Zeit genutzt wurde, um alles aufzuarbeiten? Warum hat der das dann in die Wege geleitet?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich weiß gar nicht, von was Sie sprechen. Ich kenne keine Selektorenprüfgruppe von Herrn Altmaier.

Christian Flisek (SPD): Okay. Kennen Sie nicht; sehr gut. - Ich wollte Sie mal fragen, noch mal auch das berühmte Kanzlerinzitat im Oktober 2013: War das für Sie eine politische Richtungsentscheidung neuer Qualität? Was war das, als die Kanzlerin gesagt hat: „Ausspähen unter Freunden, das geht nicht“? Weil unmittelbar danach gab es ja eine ganze Reihe von Aktionen, Maßnahmen, Weisungen. War das eine neue Qualität, oder hat man gesagt: „Jetzt müssen wir da genau hinschauen“?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Ich habe ja eben versucht, darzustellen, dass meine Unterrichtung, dass es so etwas in einem größeren Umfang gibt, nach dem Zitat der Kanzlerin stattgefunden hat. Insofern glaube ich, dass das ein Stück weit sensibilisiert hat. Eine neue Qualität sehe ich darin nicht, weil es den Begriff „Freund“ oder



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Partner“ im nachrichtendienstlichen Sinne nicht gibt. Wir haben das Auftragsprofil der Bundesregierung, und das ist der Auftrag, und das wird abgearbeitet.

Christian Flisek (SPD): Was mich halt wundert, ist: Die Kanzlerin hat bereits in ihrem Sommerinterview im Sommer 2013 was ganz Ähnliches gesagt: Das macht man nicht unter Partnern. - Und ich stelle mir die Frage ganz offen angesichts der Informations- und Kenntnislage, die man im Dienst hatte, auch wenn Sie mit der Kategorie „Freund“ und „Partner“ nichts anfangen können - was ich nachvollziehen kann im Übrigen; also, das ist jetzt keine Kritik -, ob man angesichts dieser Lage, die man vorgefunden hat, dieser politischen Lage - Snowden-Veröffentlichungen, drohender Untersuchungsausschuss - - Hat man da die Kanzlerin nicht ins offene Messer laufen lassen, indem man mal nicht sehr deutlich dem Kanzleramt signalisiert hat, was die eigentliche Praxis in Bezug auf NSA- und BND-Selektoren ist?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, das halte ich für - - so eine Annahme für verwegen. Also, trifft nicht zu. Niemand hat im Bundesnachrichtendienst die Kanzlerin ins offene Messer laufen lassen. Und wir haben selbst im Zuge der Aufarbeitung auch - - Und das - -

Christian Flisek (SPD): Entschuldigung. Ich muss jetzt einhaken.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Christian Flisek (SPD): Wenn die Kanzlerin bereits im Sommer in ihrem Sommerinterview sagt: „Man macht so was nicht unter Partnern“, das ist ja ziemlich - - also, das ist im Prinzip die Vorwegnahme des Oktoberzitats. So. Wenn sie das sagt - und sie steckt auch als Kanzlerin gerade in dieser Zeit mitten im Wahlkampf - und man weiß, dass im eigenen Hause höchst problematisch BND-eigene Selektoren, aber auch NSA-Selektoren scharfgestellt sind, die eben sich nicht nur auf Terrorverdächtige in EU- und NATO-Staaten beziehen, sondern eben auch darüber hinaus Institutionen und Personen ins Visier

nehmen, ist es dann nicht allerhöchste Eisenbahn, unverzüglich, also ohne schuldhaftes Zögern, an das Kanzleramt heranzutreten und zu sagen: „Liebe Leute, seid vorsichtig mit euren Äußerungen dort oder was immer ihr der Regierungschefin empfiehlt, zu sagen, weil bei uns ist die Situation etwas anders“?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Das wäre dann die letzte Frage.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, das, was Stand der Aufarbeitung des Bundesnachrichtendienstes war, ist auch dem Kanzleramt berichtet worden.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann wäre die Fragezeit um. - Dann geht es weiter zum Bündnis 90/Die Grünen. Herr von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hallo, Herr Schindler! Da schließe ich direkt an: Ist denn schon vorher was dem Bundeskanzleramt berichtet worden?

Zeuge Gerhard Schindler: Nach meinem Kenntnisstand nicht. Also: „Melden macht frei.“ Das, was wir festgestellt haben, wurde auch geprüft, aber proaktiv oder so was, nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie bleiben bei der zeitlichen Abfolge, dass erst auf dieses Zitat, das bei Reuters am 24.10.2013 lief, im BND reagiert wurde.

Zeuge Gerhard Schindler: Nach meinem Kenntnisstand: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben erst im Oktober nach der Bundestagswahl davon erfahren.

Zeuge Gerhard Schindler: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe vorhin nicht ganz verstanden, wie es gelaufen ist. Sie haben *Tagesschau* geguckt und haben gedacht: „Mensch, das ist ja jetzt eine ganz andere Sachlage“, oder hat Sie jemand aus dem Dienst kontaktiert und gesagt: „Da gibt es ein Problem“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Die zweite Variante war der Fall.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es hat Sie Herr D. B. kontaktiert und gesagt: Es gab ein Problem.

Zeuge Gerhard Schindler: Das hatte ich ja eben versucht darzustellen, dass ich nicht mehr genau die Situation in Erinnerung habe, ob es nur eine Person war, die mich unterrichtet hat, oder zwei oder mehrere und ob Herr D. B. dabei war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir würde nur ein Name reichen. Es geht mir nicht darum, wie viele es waren, sondern erst mal, wer dabei war.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, nach meiner Erinnerung, schätze ich, waren es Herr W. K. und Herr D. B., einer oder beide.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das war am 24. oder am 25. oder am 26.?

Zeuge Gerhard Schindler: Also bestimmt nicht am Tag danach, sondern wahrscheinlich zwei, drei Tage später.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die sagten: „Wir haben ein Problem“, oder hatten die schon eine Liste in der Hand?

Zeuge Gerhard Schindler: Das weiß ich nicht mehr. Ich weiß auf jeden Fall, dass in einer Besprechung eine solche Liste existierte, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: - die ich mir dann auch angesehen hatte. Die kam auch nicht in dem Sinne - um das noch mal deutlich klarzustellen -:

„Wir haben ein Problem, weil wir etwas Ungesetzliches machen, weil wir etwas Fehlerhaftes machen“, sondern sie haben nur auf die Problematik hingewiesen, dass doch eine beachtliche Anzahl von EU- und NATO-Zielen gesteuert wird im Bundesnachrichtendienst und das unter dem Gesichtspunkt der politischen Äußerung der Kanzlerin möglicherweise -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Problem ist.

Zeuge Gerhard Schindler: - ein Problem werden könnte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und -

Zeuge Gerhard Schindler: Unter diesem Gesichtspunkt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - haben Sie diesen - -

Zeuge Gerhard Schindler: Nicht unter dem Gesichtspunkt: Wir tun hier etwas ... (akustisch unverständlich)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich verstanden. Aber haben Sie dieses politische Problem gesehen?

Zeuge Gerhard Schindler: Sonst hätte ich es nicht Herrn Pofalla berichtet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Und wie haben Sie es genau Herrn Pofalla berichtet?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, ich bin hingefahren und habe es ihm gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hingefahren ins Bundeskanzleramt.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann war das?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Das weiß ich eben nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie einen Kalender, wo Sie das nachgucken können?

Zeuge Gerhard Schindler: Wir haben im Kalender nachgeschaut, und wir glauben, dass es der 28. war. Allerdings hatte ich mehrere Besprechungen mit Herrn Pofalla, und - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist mir auch aufgefallen.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil wir haben den Kalender von Herrn Pofalla. Und da stehen Sie häufiger drin. Das ist ja vielleicht auch sinnvoll. Aber zum Beispiel haben Sie sich am 24. einmal morgens und einmal abends mit Herrn Pofalla getroffen. Ist das üblich, dass man zweimal am Tag ins Bundeskanzleramt fährt und sich trifft, oder war da irgendwas los?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, das ist sicher nicht die Regel; aber es ist auch nicht eine totale Ausnahme.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Denn sozusagen das erste Treffen ist morgens um 9.30 Uhr und das zweite ist um 18 Uhr, direkt nach der Aussprache dieses Satzes von Frau Merkel. Nein, der ist ja dann - - Doch, genau an dem Tag. Die dpa-Meldung kam um 18.18 Uhr; da saßen Sie gerade zusammen. Aber den Ausspruch hat sie ja schon vorher gemacht. Haben Sie vielleicht schon am 24. über diese Problematik geredet?

Zeuge Gerhard Schindler: Nach meiner Erinnerung nicht, weil ich ja erst diese Liste - - Also, ich sehe die Liste noch vor mir. Wie ich sie gesehen hatte, ich sage: Okay, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja

Zeuge Gerhard Schindler: - das muss ich jetzt Herrn Pofalla berichten. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass am 24. die Liste schon existierte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist halt die interessante Frage, weil Herr Flisek hat ja recht. Wenn Frau Merkel schon im Juni [sic!], am 19.07., sagt: „Das fällt in die Kategorie dessen, was man unter Freuden nicht macht; das geht nicht“ - hat sie gesagt in dem Sommerinterview -, könnte man ja denken, vielleicht hat man im BND schon darauf reagiert und mal angefangen, Listen zusammenzustellen. Das schließen Sie aber aus.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, es ist ja so, dass die Abteilung TA groß ist und dass an der ein oder anderen Stelle möglicherweise schon eine Liste im Entstehen war; das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich selbst habe diese Liste auf jeden Fall nach dem Zitat der Kanzlerin erstmalig gesehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das Zitat gibt es eben auch im Juni [sic!]. Also, nach dem Zitat im Juni haben Sie es erstmalig gesehen oder erst im August?

Zeuge Gerhard Schindler: Im Oktober.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Oktober.

Zeuge Gerhard Schindler: Oktober.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erst im Oktober.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor der Bundestagswahl haben Sie nie eine Liste gesehen. Sie wussten nicht, dass zu Selektoren gearbeitet wird, dass es da ein Problem gab.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wer war denn noch dabei, bei diesem Treffen?

Zeuge Gerhard Schindler: Bei welchem?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als man sich im Bundeskanzleramt mit Herrn Pofalla austauschte über diese Problematik.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, nach meiner Erinnerung war der Abteilungsleiter 6 noch dabei.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Heiß.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und noch jemand?

Zeuge Gerhard Schindler: Daran kann ich mich nicht erinnern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Maaßen.

Zeuge Gerhard Schindler: Welcher Maaßen?

(Heiterkeit - Martina Renner (DIE LINKE): Welcher Maaßen! - Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Berechtigte Frage! Man hört gar nichts mehr voneinander!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß gar nicht. Ich habe ihn jetzt auch schon länger nicht mehr gesehen, aber - -

(Heiterkeit)

Zeuge Gerhard Schindler: Ach so. Sie meinen der Sens- - Nein. Warum sollte der dabei sein? Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil der im Kalender am 28. steht, 14 bis 15 Uhr bei Herrn Pofalla: „Gespräch mit Herrn Schindler, Herrn Fritsche, Herrn Heiß, Herrn Maaßen und Herrn Heusgen.“

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine interessante Runde, wenn es um Selektoren ginge.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich glaube - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das erinnern, oder schreiben die da einfach Namen wahllos rein?

Zeuge Gerhard Schindler: Da wird es um einen anderen Inhalt der Besprechung gegangen sein. Wir hatten ja viele Besprechungen zu der damaligen Zeit, auch mit vielen Personen, unterschiedlichen Personenkreisen; insofern kann es dieses Gespräch gegeben haben.

Fest steht eins: Als ich Herrn Pofalla über die eigene Erfassung des Bundesnachrichtendienstes unterrichtet habe, war es ein kleiner Kreis. Auf jeden Fall war da nicht Herr Maaßen dabei, nicht Herr Heusgen und wer auch immer, sondern es war der Abteilungsleiter 6 dabei und vielleicht noch ein Mitarbeiter oder kein Mitarbeiter; aber das war es auch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie noch mal: Herr Pofalla, Herr Heiß, -

Zeuge Gerhard Schindler: Ich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Sie und eventuell ein Mitarbeiter.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese drei plus Mitarbeiter.

Zeuge Gerhard Schindler: Auf jeden Fall nicht dieser Kreis, den Sie da eben genannt haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Okay. - Dann gab es da offensichtlich noch einen Termin, der hier nicht im Kalender steht.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, das ist auch durchaus möglich. Es gibt ja Gepflogenheiten: Großer Kreis, Ende der Besprechung, und danach setzt man das in einer kleinen Runde weiter fort.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber dann bleibt der Kalender halt irreführend, wer mit wem wann spricht; aber klar. Also, das kann gewesen sein: Man hatte vorher eine große Runde, -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und dann hat man das in einer kleinen fortgesetzt.

Zeuge Gerhard Schindler: Genau. Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und alles im Bundeskanzleramt, nicht?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was Sie am 24. zweimal im Bundeskanzleramt gemacht haben, das können Sie so nicht erinnern.

Zeuge Gerhard Schindler: Es wird um die NSA gegangen sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Um die Selektoren der NSA oder -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - auch um die Selektoren der NSA?

Zeuge Gerhard Schindler: Wir hatten viele Besprechungen zu diesem Thema, und deshalb ist mein Gefühl, das wird auch darum gegangen sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat man eigentlich beim Übergang - weil Sie das ja begleitet haben, Herr Schindler - den neuen Kanzleramtschef in den Stand gesetzt, den Herr Pofalla am Ende bezüglich der Selektorenproblematik hatte? Hat es da mal so eine Runde gegeben: „Selektorenprobleme, Update“?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, wenn sie im Kanzleramt stattgefunden hat: ohne mich. Das weiß ich nicht; keine Ahnung. Aber ob ich jetzt in einer Besprechung dabei war, um Herrn Bundesminister Altmaier upzudaten, das fällt mir jetzt nicht ein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können das nicht erinnern.

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und war dann diese Eskalation, die es im März 2015 gegeben hat, für Sie überraschend oder folgerichtig, weil offensichtlich niemand Herrn Altmaier informiert hat, was die Probleme sind?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich weiß gar nicht, von welcher Besprechung Sie immer sprechen. Einer setzt eine Projektgruppe ein - Sie sprechen von Eskalation. Das war eine ganz normale Unterrichtung des Bundesministers, aus der wir Folgerungen gezogen haben, die wir dann auch umgesetzt haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Schindler, das Bundeskanzleramt hat eine Presseerklärung rausgegeben als Reaktion auf das, was Herr Altmaier sozusagen da vorgefunden hat bei den NSA-Selektoren, bei dem der BND schwerer Versäumnisse und organisatorischer Probleme bezichtigt worden ist. Wenn sich das einordnet in den normalen Umgang zwischen den beiden Häusern in Ihrer Erinnerung, also



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann ist wirklich etwas verschoben. Also deswegen: Es gab da eine Eskalation, und ich glaube, Sie erinnern sie sehr gut. Und ich würde gerne den Grund dafür erfahren. Und ich wäre sehr dankbar, wenn Sie das einmal aus Ihrer Perspektive schildern würden.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, in der Besprechung gab es keine Eskalation. Dass dann später eine solche - - Also, von schweren Versäumnissen ist da nicht die Rede; die Presseerklärung lautet ein bisschen anders.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Erhebliche Defizite!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, erhebliche Defizite. Bitte schön. Ich kann sie auch noch mal vorlesen.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, dann machen Sie es doch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können wir das in die nächste Fragerunde vertagen; -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ungern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - denn wir sind schon deutlich über die Zeit? Dann ist auch die Pressemeldung vorliegend. Und wir würden jetzt erst mal - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie liegt vor; ich kann sie jetzt direkt vorlesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja klar. Aber wollen wir das nicht in der nächsten Runde machen, weil wir sind schon bei über zehn Minuten? Ich würde das vorschlagen. Das machen wir in Ruhe, knüpfen an dem Punkt wieder an und

machen jetzt mit der Fraktion CDU/CSU weiter. Und es beginnt Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Guten Tag, Herr Schindler! Ich würde bei Ihrem Gespräch im Kanzleramt gern noch mal nachhaken. Also, es war nicht so, dass Sie gesagt haben: „Ich brauche da jetzt unbedingt einen Termin“, Sie um einen Termin gebeten haben, um da Herrn Pofalla zu unterrichten, sondern es gab diesen Termin mit den anderen Beteiligten sowieso, und dann haben Sie wahrscheinlich im Nachgang noch mal drüber gesprochen? Habe ich das jetzt so richtig verstanden?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich glaube, dass es so war. Also, ich würde das jetzt nicht sagen: Genau so war es. - Aber nach meiner Erinnerung war das ein solcher Fall, weil wir uns ja ohnehin regelmäßig getroffen haben, und da braucht man keinen zusätzlichen Termin mehr.

Nina Warken (CDU/CSU): Und der Termin am 28. mit den anderen Beteiligten, Herrn Maaßen usw.: Hat man da vielleicht die bevorstehende Reise zu den No-Spy-Gesprächen in Amerika dann besprochen, die wohl am nächsten Tag dann gestartet ist?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, wir haben ja ständig über NSA, das Verhältnis zu den Amerikanern und über No Spy und alles gesprochen. Und das wird es wohl gewesen sein.

Nina Warken (CDU/CSU): Und gab es denn ein Protokoll zu diesem Termin, also jetzt zu dem Termin konkret, oder üblicherweise zu den Terminen, oder wird das generell nicht gemacht, dass da das Kanzleramt oder wer auch immer dann Protokolle erstellt?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, vonseiten des Bundesnachrichtendienstes wurde kein Protokoll erstellt. Ob auf der Seite des Kanzleramtes jemand mitgeschrieben hat, ein Protokoll gemacht hat, weiß ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): So etwas ist Ihnen dann nicht zugegangen -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): - im Nachgang oder so? - Mhm. - Welche Verabredungen haben Sie denn bei dem Gespräch mit Herrn Pofalla dann getroffen, um, sage ich mal, die Umsetzung der Weisung zu kontrollieren, nachzuhalten? Wurde da gebeten, wieder zu berichten? Oder wie ist man da auseinandergegangen?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein. Da gab es jetzt keine Vereinbarung eines - was weiß ich? - Kontrollmechanismus, sondern klar war: Es wird gelöscht. - Also nicht „gelöscht“ im Sinne von „nie mehr erkennbar“, sondern von „rausnehmen aus der aktiven Steuerung“, also Deaktivierung. Und das war es. Ich weiß noch, dass wir uns über einen Punkt unterhalten haben. Das würde ich jetzt nicht in der öffentlichen Sitzung sagen; aber es ging dann um ein konkretes Land, wo ich nicht vorgeschlagen hatte, dass es rausgenommen wird aus der aktiven Steuerung. Und das wurde aber dann so entschieden.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Dann komme ich da nachher noch mal darauf zu sprechen. - Wie war das denn üblicherweise bei vergleichbaren Vorgängen? Wurde dann verabredet, wie man da nachhält, wie man da kontrolliert, oder Ihnen aufgetragen, Sie mögen das so und so machen? Oder war das generell nicht der Fall, dass man da sich schon verabredet hat bei den Gesprächen im Kanzleramt, wie die Rückkopplung stattfindet?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, das kam ja immer auf den Gegenstand der Erörterung an. Also, wenn es hieß: „Also, ich brauche einen Beitrag zum Thema X bis dann“, dann war ja klar: Bis zum Datum musste der Beitrag geliefert werden. - Wenn es eine generelle Regelung war, gab es da - jedenfalls nach meiner Erinnerung - in meiner Amtszeit in den Gesprächen mit dem Kanzleramt keine regelmäßigen Kontrollmechanismen. Später, als wir dann die NSA-Geschichte weiter aufgearbeitet haben, da gab es regelmäßige Berichtspflichten. Das war ja auch sehr vernünftig, damit man immer à jour bleibt; aber zum damaligen Zeitpunkt nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Bei dem konkreten Gespräch: Welche Rolle oder Aufgabe oder Funktion kam denn dem damaligen Abteilungsleiter 6 zu, Herrn Heiß?

Zeuge Gerhard Schindler: Er war der zuständige Abteilungsleiter.

Nina Warken (CDU/CSU): Welche Rolle hat der im Gespräch gehabt? Hatte der irgendwie auch eine Aufgabe bekommen, oder hat der sich irgendwie geäußert? Oder was war seine Rolle? Stiller Zuhörer? Hat der was gesagt dazu?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, da kann ich mich jetzt nicht mehr erinnern, ob er da auch etwas gesagt hat - was er ja auch nicht gebraucht hätte. Also - -

Nina Warken (CDU/CSU): Oder hat der irgendwie den Auftrag gekriegt: „Da haken Sie da noch mal nach“, oder - -

Zeuge Gerhard Schindler: Also, jedenfalls in meiner Anwesenheit kann ich mich an einen solchen Auftrag nicht erinnern.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Unmittelbar danach - das hatten Sie ja auch schon gesagt - gab es eben die mündliche Weisung, wonach Botschaften und Regierungseinrichtungen von EU-/NATO-Staaten zu deaktivieren sind. Und dann haben Sie ja den D. B. und W. K. im Prinzip - - Also, Sie haben bei D. B. ja angerufen im Büro, und W. K. war auch anwesend; so haben wir das ja hier herausgearbeitet. Haben Sie, sage ich mal, bei dem, was Sie den beiden mitgeteilt haben, das eins zu eins weitergegeben, oder haben Sie das noch mal präzisiert, was Sie aus dem Kanzleramt mitbekommen haben?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, wahrscheinlich haben wir auch noch mal zwei, drei Sätze darüber gesprochen. Aber mir ist da jetzt keine große Diskussion in Erinnerung, nach dem Motto: Wir haben noch Randproblem X und Oberproblem Y erörtert. - Also, es ging einfach um die Frage „löschen“.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Mit wem haben Sie denn sonst im BND noch gesprochen, zum Beispiel in Ihrem Leitungsstab? Mit wem haben Sie da über den Besuch im Kanzleramt und wem über die Weisung berichtet?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ganz sicher; nur, ich weiß jetzt nicht, in welchem Rahmen. Also, das ist sehr wichtig - -

Nina Warken (CDU/CSU): Sie haben sicher noch mit jemandem gesprochen.

Zeuge Gerhard Schindler: Das ist sehr wichtig, dass der Leitungsstab unterrichtet ist. Also, wenn - das, was wir ja eben erörtert haben - es mich mal nicht mehr gibt, dann muss das Ding ja weiterlaufen. Und deshalb ist immer ganz klar, dass der Leitungsstab unterrichtet wird.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Und jetzt hatten Sie ja schon vorhin gesagt: Es gab ja regelmäßige Treffen auch mit Herrn Heiß und Herrn Pofalla, auch in dieser Zeit. - Haben Sie dann irgendwann zu einem späteren Zeitpunkt bei einem dieser Treffen dann noch mal gesprochen über das Thema mit den beiden?

Zeuge Gerhard Schindler: Nach meiner Erinnerung nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Gab es keine Nachfragen?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich glaube: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): D. B. hat uns berichtet, dass Sie sich - das haben Sie auch im Prinzip schon so vorhin gesagt - vor dem Gespräch im Kanzleramt, das ja Ende Oktober war, irgendwann im Oktober zum ersten Mal über die BND-eigene Steuerung mit Zielen mit Bezug zu Partnerstaaten berichten ließen, schriftlich und mündlich, und die Initiative ging von Ihnen aus. Und vor Oktober 2013 hatte D. B. nach seiner Kenntnis uns gesagt, haben weder die Leitung des Dienstes noch das Bundeskanzleramt nach dieser Thematik gefragt. Stimmt das, dass Sie vor Oktober solche Überlegungen, Diskussionen gar nicht hatten?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich jedenfalls hatte sie nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Gerhard Schindler: Ob die in der Abteilung diskutiert worden ist, weiß ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Und D. B. hat ja schon seit Frühjahr 2013 seine eigene interne Weisung zur Steuerung von Botschaften und Regierungseinrichtungen erarbeiten lassen. Haben Sie das gewusst?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein. Finde ich aber gut, dass er das gemacht hat.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie wissen aber auch nicht im Nachgang dann, was ihn dazu veranlasst hat. Das entzieht sich wahrscheinlich auch Ihrer Kenntnis.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich schließe - -

Nina Warken (CDU/CSU): Das entzieht sich ja schon der Kenntnis von D. B.

Zeuge Gerhard Schindler: Nein. Ich hatte ja - ich möchte noch mal zurückkommen, was ich vorhin dargelegt habe - in vielen Gesprächen mit der Abteilung TA über die Frage des Ressourceneinsatzes gesprochen. Und für uns Führungsverantwortliche war klar: Es fehlt an allen Ecken und Kanten. - Und ich glaube, eine Ratio war, dass Herr D. B. eben den Personaleinsatz besser organisieren wollte. Und da kommt es eben darauf an: Weniger ist mehr. - Und unter dem Gesichtspunkt, glaube ich, war das auch eine Initiative von ihm.

Nina Warken (CDU/CSU): D. B. hat uns auch gesagt, dass ihm die Abteilung TA berichtet hat, dass eben die Steuerung und Erfassung von Institutionen von Partnerstaaten in bestimmten Fällen, so hat er gesagt, auftragsgerecht und sinnvoll sei und dass ein kategorisches Verbot dem Auftrag nicht gerecht werden würde. Hatten Sie denn diesen Gesichtspunkt auch mit Herrn



Nur zur dienstlichen Verwendung

Pofalla erörtert, dass das so die fachliche Einschätzung der Abteilung ist? Oder haben Sie das einfach - -

Zeuge Gerhard Schindler: Nein. In diesen Feinheiten habe ich das nicht mit Pofalla erörtert.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, Sie haben ihm nicht gesagt: „Oh, vielleicht sollte man doch - - Sie haben vorhin ein Land genannt.“

Zeuge Gerhard Schindler: Es ging um ein Land und nicht um die Differenzierung zwischen Personen oder Institutionen oder sonst etwas.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, Sie haben es nicht infrage gestellt, dass das Verbot vielleicht zu kategorisch sei.

Zeuge Gerhard Schindler: Jedenfalls zum damaligen Zeitpunkt nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Später wurden ja dann auch einige Selektoren wieder reaktiviert, da die pauschale Weisung zu weit gehend war. Und Sie selbst haben ja in Ihrem Eingangsstatement hier im Mai 2015 gesagt, mit Bezug auf NSA-Selektoren damals - Zitat -:

Die Aufklärung europäischer Ziele, wenn sie denn erfolgt wäre, wäre daher kein Gesetzesverstoß, sondern dies ist vielmehr eine Frage der politischen Bewertung.

Und auch der PKGr-Bericht, der ja die BND-eigenen Selektoren untersucht hat und einen offenen Bericht vorgelegt hat, hat ja auch festgestellt, dass mindestens ein Drittel der zunächst deaktivierten Ziele eben rechts- und auftragskonform und die Steuerungen nicht zu beanstanden seien. Meinen Sie, dass mit der weitreichenden Weisung im Oktober 2013 dann vielleicht über das Ziel hinausgeschossen wurde?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ganz sicher ist über das Ziel hinausgeschossen worden. Und deshalb haben wir ja aufgrund - und dann auch - meiner Entscheidung rückwärts wieder viele ehe-

mals deaktivierte Selektoren in die aktive Steuerung hineingenommen, insbesondere im Terrorismusbereich.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben Sie gesagt: aufgrund Ihrer Entscheidung. - Können Sie das vielleicht mal schildern, wie es dann dazu kam? Von wem ging die Initiative aus? Was haben Sie entschieden?

Zeuge Gerhard Schindler: Von der Abteilung ging die Initiative aus. Also, sie hat gesagt: „Passen Sie mal auf: Wenn wir das alles hier löschen“ - oder: „deaktivieren“, um das richtige Wort zu gebrauchen - „dann passiert Folgendes, nämlich: Das ist Terrorismusbereich; das ist Proliferation; hier haben wir einen klaren Auftrag sogar aus dem Auftragsprofil der Bundesregierung, wo dieses Land sogar genannt wird.“ Also, warum man das dann nicht steuert, ist ja dann unlogisch. Und insofern haben wir versucht, diesen ersten Schnellschuss schrittweise wieder zu korrigieren - was wir auch dann realisiert haben.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie dann diese Modifizierung der Weisung wieder Ihrerseits dem Kanzleramt berichtet?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Es hat ja auch schon - so hat D. B. das gesagt, und auch B. R., dass es schon vor Ihrer mündlichen Weisung auf dem Weg eben zu der Erstellung des TA-internen Entwurfs, an dem ja D. B. gearbeitet hat - - mehrere Hundert Deaktivierungen gegeben. Und die Überprüfung und Deaktivierung Hunderter Selektoren bis Oktober 2013 waren nach Bewertung der beiden, also nach Bewertung von D. B. und B. R., ein Routinevorgang, der nicht nach oben gemeldet werden musste. Wie bewerteten Sie diese Einschätzung?

Zeuge Gerhard Schindler: Sehe ich genauso.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, Sie würden es nicht als besonderes Vorkommnis sehen, wenn da mehrere Hundert Selektoren mit kritischem Bezug deaktiviert werden mussten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich wüsste nicht, warum da ein kritischer Bezug ist. Viele waren ganz normal, ohne Kritik, ohne Skepsis eingestellt worden und auch wieder rausgenommen worden. Insofern sehe ich das etwas gelassener.

Nina Warken (CDU/CSU): Na, man hat sich ja Gedanken gemacht.

Zeuge Gerhard Schindler: Und ich finde, im Nachhinein kann man immer gut sagen: „Mensch, das hätten wir mal melden müssen“, oder sonst was. Aber unter damaligen Rahmenbedingungen war das völlig in Ordnung, dass ich nicht unterrichtet worden bin.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber aus irgendeinem Grund wurden sie ja deaktiviert.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich hatte ja versucht, darzustellen, dass wir immer unter dem Gesichtspunkt „Weniger ist mehr“ diskutiert haben. Und wenn mal ein Bearbeiter freie Zeit hatte, wo er eben keine Inhaltsbearbeitung, keine Steuerung bearbeiten musste, dann gehört das zu den Aufgaben dieses Arbeitsplatzes, natürlich auch die Selektoren zu deaktivieren, die drei Jahre lang gesteuert worden sind und kein einziges Ergebnis gebracht haben. Also, das wäre zwar für die Maschine egal gewesen; aber man löscht ja dann eben auch. Und das gehörte zum Routinevorgang.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, Sie meinen, die Deaktivierungen waren dann eher erfolgt, weil man einfach mal ausgemistet hat -

Zeuge Gerhard Schindler: Ganz genau.

Nina Warken (CDU/CSU): - und nicht weil man geguckt hat, was kritisch ist.

Zeuge Gerhard Schindler: Ganz genau; so wie Sie es sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Wann hatten Sie Kenntnis von den Deaktivierungen? Wurde Ihnen das dann später berichtet? Haben Sie es dann wieder weiter nach oben berichtet?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, Sie meinen die Deaktivierung, die vor Oktober 20- -

Nina Warken (CDU/CSU): Genau. Diese mehreren Hundert, die da auch bei der Erstellung der Weisung eben - -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, das habe ich irgendwann mal nach Oktober 2013 erfahren; aber das kann 2014, 2015 gewesen sein. Das spielt aber auch überhaupt keine Rolle mehr, weil wir hatten ja ganz andere Probleme, nämlich die viel größere Anzahl der *jetzt* zu deaktivierenden Selektoren.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Ihre mündliche Weisung wurde ja dann im Nachhinein noch durch verschiedene schriftliche Weisungen dann für sich ersetzt, ergänzt, die der Abteilungsleiter TA erlassen hat, zum ersten Mal im März 14, dann im April 14 und dann noch mit zwei Ergänzungen. Hatten Sie dann von diesen Fortschreibungen der Weisungslage in der Abteilung TA auch Kenntnis?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Also, wir haben sogar vorher darüber gesprochen. Also, ich kann mich gut daran erinnern, dass Herr Pauland mehr oder weniger regelmäßig dieses Thema angesprochen hat, wenn wir zusammen eine Besprechung hatten, um zu sagen: Das ist der Stand der Weisung. - Der hat sich auch manchmal versichert: Ist das auch in Ihrem Sinne, wenn wir es so machen? - Also, in den Grundzügen war ich über diese Weisungen, diese Absicht unterrichtet, und Herr Pauland hat sie dann auch umgesetzt.

Nina Warken (CDU/CSU): Und warum waren die denn notwendig, die weiteren Weisungen?

Zeuge Gerhard Schindler: Weil eben - es war ja, wie Herr Vorsitzender Professor Sensburg gesagt hat - eine totale Verunsicherung in der Abteilung herrschte: Was darf man jetzt eigentlich noch und was nicht? - Und diese Verunsicherung: Um überhaupt den Kolleginnen und Kollegen an der Front ein Stück weit Arbeitssicherheit zu geben, war es wichtig, dass sie eben truppensicher ein Papier hatten, wo sie erkennen könnten: Das darf ich, und das darf ich nicht mehr. - Und nur



Nur zur dienstlichen Verwendung

mündlich zu agieren, das hätte diese Verunsicherung nicht beseitigt. Und daher fand ich das so richtig und so gut, dass Herr Pauland sich sofort auch persönlich da engagiert hatte und diese Weisung erstellt hat.

Nina Warken (CDU/CSU): Wurde da etwas neu oder abweichend geregelt, zur ersten Weisung? Oder - -

Zeuge Gerhard Schindler: Also, genau kann ich mich jetzt an die einzelnen Weisungen nicht mehr erinnern. Aber ich weiß, dass wir uns auch mal korrigiert haben; aber ich weiß nicht mehr, welcher konkrete Fall das war. Aber wir haben versucht, relativ zügig diese Weisung zu erstellen, dann festgestellt aufgrund von Nachfragen aus den Arbeitsbereichen: Ah, da ist noch ein Thema, das müssen wir dann nachbessern. - Aber ich weiß nicht mehr, welches. Und dann haben wir das nachgebessert.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Jetzt haben ja Kanzleramtsminister Altmaier und Staatssekretär Fritsche im März 2015 die Dienststelle in Pullach besucht. Und zu dem Besuch führt auch der PKGr-Bericht etwas aus, nämlich dass dem ChefBK anlässlich dieses Besuchs unter anderem auch dieser Vorgang, also die Steuerung von Personen und TKM aus EU- und NATO-Staaten, erläutert wurde. Was war denn der Hintergrund oder der Anlass des Besuchs?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, der Anlass war ja, dass im März 2015 - ich glaube, es war der 6. März - ja erstmalig im Bundesnachrichtendienst die abgelehnten NSA-Selektoren als Ausdruck vorhanden waren. Vorher war es so, wie der Vorsitzende sagte: Man wusste gar nicht, wie viele waren überhaupt abgelehnt worden; wenn ja: Welche Ablehnungen waren es denn, weil es ja auch überwiegend maschinelle Ablehnungen waren. Und um einen bestimmten Beschluss zu bedienen, den sie gefasst haben, war eine Zusammenstellung der abgelehnten Selektoren erforderlich. Und - ja, man kann es so pathetisch sagen - erstmalig in der Geschichte der Abteilung TA ist dann dieser Ausdruck erstellt worden. Der ist dem Kanzleramt vorgelegt worden. Und das

Kanzleramt hat deshalb, oder Herr Bundesminister Altmaier - ich weiß jetzt nicht, wer da im Einzelnen das agiert hatte -, den Entschluss gefasst, sich vor Ort in Pullach einmal über das Verfahren „Wie kommen die NSA-Selektoren rein? Wie werden sie geprüft? Wie werden sie gesteuert? Wie geht die Erfassung zurück?“ einmal umfassend unterrichten zu lassen. Und bei der Gelegenheit, war für mich klar, sollten wir auch Herrn Bundesminister Altmaier über die eigene Erfassung unterrichten, weil das wäre jetzt aus meiner Sicht gar nicht zu verantworten gewesen, dieses Thema nicht anzusprechen.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie noch Genaueres zum Ablauf des Besuchs sagen?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Also, die kam - - in relativ großer Zahl.

Nina Warken (CDU/CSU): Was meint das, „relativ große Zahl“? 20?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, so 15, 16 oder so was werden es wohl gewesen sein. - Und dann haben wir als Bundesnachrichtendienst versucht, einzelne Stationen darzustellen: Hier kommt der Selektor rein. Was macht dann der Kollege X oder Y? - Der war dann da und hat dann vorgetragen: Ich mache dann erstens, zweitens, drittens. - Und so haben wir versucht, diesen Arbeitsablauf, diesen Geschäftsprozess anschaulich darzustellen. Und dabei gab es natürlich immer wieder Zwischenfragen - zu Recht, weil man ja genau wissen musste, wie das jetzt läuft. Ja, und das war es, so nach meiner Erinnerung.

Nina Warken (CDU/CSU): Was wurde denn dann konkret - weil Sie gesagt haben: es wurde dann auch die eigene Erfassung angesprochen - im Hinblick auf die Gruppenliste vereinbart? Welche Schritte wurden unternommen?

Zeuge Gerhard Schindler: Dass wir die Liste weiter - - Also, wir hatten eine Grobauswertung erstellt. Das mag sich für Sie jetzt seltsam anhören, warum man dann nur eine Grobauswertung macht. Aber da muss man sich vorstellen: ein Ausdruck mit 10 000 einzelnen Dingen, zu sagen: Was steht da eigentlich drin? - Und wenn



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie sagen: „Da muss jetzt mal ausgewertet werden“, das kann nicht einer alleine machen. Das heißt, Sie müssen Blöcke à 250 bilden, und ein Bearbeiter blättert dann Selektor für Selektor durch, um zu sagen: Hm, ist der jetzt kritisch? Was steckt dahinter? - Dann muss das Ergebnis wieder zusammengebracht werden. Und so hatten wir eine Grobauswertung. Und es war klar - - Diese Weisung ist auch erteilt worden.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, bei dem Besuch wurde das beauftragt, das so - -

Zeuge Gerhard Schindler: Eine Feinauswertung zu machen.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Und dann wieder eben zu berichten.

Zeuge Gerhard Schindler: Genau.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Und war dann der Besuch auch ursächlich für die Unterrichtung im PKGr im Mai 2015? Die war ja erst nur rudimentär.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Also, fest stand, nachdem wir die Dimension der abgelehnten NSA-Selektoren gesehen hatten - was früher im BND kein aktives Wissen war -, dass es überhaupt eine solche Ablehnungsdatei gibt; das war mehr oder weniger Untersuchungsergebnis von hier und heute. Also, da hat nicht jemand gesagt: „Hallo, ich weiß; da gibt es eine Ablehnungsdatei“, sondern die musste man erst finden. Und als sie existierte, war klar: Das muss auch dem PKGr berichtet werden, allerdings dann auch wieder ausgewertet. Also, das hätte ja keinen Sinn gemacht, 40 000 Selektoren irgendwie dahin zu stellen und zu sagen: „Das sind jetzt amerikanische Selektoren; die sind abgelehnt worden“, sondern man muss halt mal gucken: Was steht da eigentlich drin? - Und deshalb hat es dann von März bis Mai gedauert.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber eine ausführliche Unterrichtung - das ist mein Kenntnisstand - erfolgte dann ja erst Mitte Oktober 2015.

Zeuge Gerhard Schindler: Wir haben jetzt zwei Dinge, die noch mal klargestellt werden müssen: Die Unterrichtung war über die NSA-Selektoren im Mai 2015, und die Frage der eigenen Erfassung, die ist ebenfalls im Mai 2015 von mir angesprochen worden, allerdings nicht so ausführlich wie die NSA-Selektoren; das sind zwei unterschiedliche Sachen.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, okay. Und wenn das jetzt aber im Mai angesprochen wurde, wurde dann darüber im Oktober ausführlicher berichtet? Oder - -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Also, zweimal; erst mal im Mai und dann noch mal im Oktober.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ausführlich, bitte!)

Nina Warken (CDU/CSU): Und warum dieser Zeitverzug?

Zeuge Gerhard Schindler: Das weiß ich jetzt gar nicht mehr. Also, im Mai gab es die Vorabunterrichtung, und da gab es aber keinerlei Nachfragen im PKGr.

Nina Warken (CDU/CSU): Zum Thema Gruppenliste dann.

Zeuge Gerhard Schindler: Das war ja eher ein Randproblem, sondern es ging insbesondere, zu 99 Prozent, um die NSA-Selektoren.

Nina Warken (CDU/CSU): Genau. Verstanden. - Aber das andere Thema: Haben Sie gesagt: „Und dann aber haben wir noch so eine Gruppenliste gemacht“? Oder was haben Sie dann - -

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich habe eben am 6. Mai 2015 meinen Sprechzettel abgelesen. Normalerweise mache ich das nicht so; aber da war es mir sehr wichtig, weil es mir auf jedes Wort drauf ankam. Und diesen Sprechzettel habe ich noch hier und könnte den auch gerne vorlesen, wenn Sie möchten - was die eigene Erfassung angeht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn Sie das in drei Minuten schaffen, dann geht das.

Nina Warken (CDU/CSU): Wenn Sie das in drei Minuten schaffen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Auch wenn es vier dauert, machen wir das!)

Zeuge Gerhard Schindler: Das war der letzte Punkt - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt meldet sich Herr Wolff; ganz kurz.

MR Philipp Wolff (BK): Ich halte das tatsächlich für einen eingestuften Sachverhalt und bitte darum, dass auch lediglich in eingestufte Sitzung vorzunehmen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich fragen: Warum ist der Sachverhalt eingestuft?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich finde - -

MR Philipp Wolff (BK): Weil das ist ein Sachverhalt, der im PKGr so vorgetragen wurde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, das macht ihn noch nicht zu einem eingestuften Sachverhalt. Da kann man auch über eine Wäsche reden; dann ist es noch nicht eingestuft. Warum ist der jetzt eingestuft?

MR Philipp Wolff (BK): Auch der Inhalt der Sprechzettel im PKGr ist eingestuft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das teile ich nicht. Nur weil es ein Sprechzettel im PKGr ist, ist er noch nicht eingestuft. Der Sachverhalt muss ein eingestufte sein.

MR Philipp Wolff (BK): Ich kenne den Text jetzt nicht.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber Sie sagen einfach, das ist eingestuft!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir alle nicht.

MR Philipp Wolff (BK): Ich gehe aber davon aus - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber das muss der Zeuge entscheiden, und der Zeuge ist ja versiert und, glaube ich, Manns genug, zu überlegen, was Sache ist. Und ich glaube, ich traue Herrn Schindler zu, an den entscheidenden Stellen zu sagen: Nein.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich bin sehr sicher, dass er keinen geheimen Inhalt hat, der Sprechzettel, weil es viel ausführlicher im Bericht des PKGr steht. Aber ich würde es dann gerne vortragen wollen.

Ich habe als letzten Punkt, nachdem ich ausführlich die NSA-Diskussion und die NSA dargestellt habe, mit der Überschrift „Sonderproblem - eigene Erfassung“ vorgelesen - und ich lese vor, mit Ihrer Erlaubnis -:

Im Oktober 2013, ein genaues Datum ist mir nicht erinnerlich, hat mir die Abteilung TA vorgetragen, dass bei einer Prüfung unserer eigenen Erfassung deutlich geworden sei, dass wir Telekommunikationsmerkmale zu Einrichtungen und Personen von Partnern steuern. Dies sei zwar auftragskonform, aber angesichts der öffentlichen Diskussion möglicherweise bedenklich. Auftragskonform bedeutet zum Beispiel „Botschaften von EU-Staaten und/oder NATO-Partnern in Krisengebieten oder in Einsatzgebieten der Bundeswehr“ oder zum Beispiel „nichtdeutsche Firmen von EU-Staaten wegen Proliferation“. Ich habe diesen Umstand Ende Oktober 2013 dem damaligen ChefBK unter Beisein des AL 6 vorgetragen und vorgeschlagen, dies trotz des darauffolgenden Erkenntnisverlustes grundsätzlich einzustellen. Dem hat ChefBK zugestimmt. Eine entsprechende mündliche Weisung habe ich nach meiner Erinnerung



Nur zur dienstlichen Verwendung

entweder noch am gleichen Tag oder einen Tag später weitergegeben.

Das habe ich genau so vorgelesen im Parlamentarischen Kontrollgremium. Und ich glaube, damit habe ich auch meiner Pflicht Genüge getan.

Nina Warken (CDU/CSU): Und da, sagten Sie, gab es keine Nachfragen, wenn ich Sie - -

Zeuge Gerhard Schindler: Gar keine.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Und dann - -

Zeuge Gerhard Schindler: Das hat mich gewundert.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Welches Datum noch mal?)

Nina Warken (CDU/CSU): 6. Mai, meine ich, nicht? Sie sagten: 6. Mai -

Zeuge Gerhard Schindler: 6. Mai.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE):
Wir mussten es erst mal sacken lassen!)

Nina Warken (CDU/CSU): - 2015.

Zeuge Gerhard Schindler: Mhm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müssten wir dann bei der nächsten Fraktion, weil wir jetzt mit der Fragezeit um sind. - Wir kommen jetzt zur zweiten Fragerunde, bei der auch wieder die Fraktion Die Linke anfängt. Und Frau Kollegin Renner beginnt, und der Kollege Hahn lässt noch sacken.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir teilen uns vielleicht die Zeit, wenn wir präzise Antworten und schnelle Antworten bekommen. - Wie darf ich es mir eigentlich erklären, dass so viele Ziele in den USA unter den BND-Selektoren sind?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, über die Inhalte der Selektoren würde ich gerne in nichtöffentlicher Sitzung sprechen. Aber der Umstand, dass ein Land jetzt besonders vertreten ist, das ist mir so nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Aber hätte es nicht Gründe gegeben, dass man vielleicht grundsätzlich davon absieht, Ziele in den USA zu steuern?

Zeuge Gerhard Schindler: Warum?

Martina Renner (DIE LINKE): Dann würde ich Ihnen gerne einen stillen Vorhalt machen dazu aus MAT A BND-1/10c, Ordner 240, Blatt 187, Tagebuchnummer 78/14. Und da würde ich Sie bitten, den Punkt unter 3 b kurz sich anzusehen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er sollte wie MR Philipp Wolff (BK) nehmen Einblick)

Zeuge Gerhard Schindler: Also, erstens: Das Ding ist eingestuft.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja. Deswegen habe ich es ja nicht vorgelesen.

Zeuge Gerhard Schindler: Insofern gehört es dann in die nichtöffentliche Sitzung. Und das hier hat ja mit der Frage der eigenen Steuerung nichts zu tun. Hier wird ja die Regelung aus Bad Aibling versucht darzustellen. Der Obersatz lautet ja: „In dem Memorandum of Agreement aus dem Jahr 2000 ist geregelt“, usw. So. Das heißt also: Hier ist die Regelung von Bad Aibling dargestellt und nicht die Frage, so wie ich Sie verstanden habe, der eigenen Erfassung.

Martina Renner (DIE LINKE): Es geht aber darum, dass man wechselweise die Selektoren prüft, dass die NSA die BND-Selektoren prüft und der BND die NSA-Selektoren.

Zeuge Gerhard Schindler: Das ist das Agreement von Bad Aibling



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Aber dazu hätten ja dann die BND-Selektoren der NSA vorgelegt werden müssen. War Ihnen das bekannt, dass das so ist, dass man die NSA bittet, unsere Selektoren zu prüfen - „unsere“ jetzt mal mit Anführungszeichen?

Zeuge Gerhard Schindler: Wenn der BND - -

Martina Renner (DIE LINKE): Meine sind es nicht.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. - Also, der BND hat der NSA keine Selektoren zur Prüfung vorgelegt.

Martina Renner (DIE LINKE): Das steht da aber.

Zeuge Gerhard Schindler: Das war früher. Wie im Jahr 2002 die gemeinsame Dienststelle in Bad Aibling existierte, wurde auch *gemeinsam* gesteuert. Das bedeutete -

Martina Renner (DIE LINKE): Da hat man das - -

Zeuge Gerhard Schindler: - damals hat man US-Selektoren und BND-Selektoren quasi zusammengemischt, und jeder hat darauf aufgepasst, dass seine Rechte gewahrt werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Gerhard Schindler: Als die Amerikaner sich herausgezogen haben, gab es keine gemeinsame Steuerung.

Martina Renner (DIE LINKE): Grund mehr, die Amerikaner zu beteiligen.

Zeuge Gerhard Schindler: Genau. Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

Zeuge Gerhard Schindler: Darf ich das wieder zuschlagen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, gerne. - Ich wollte noch einmal kurz nachfragen: Diese Verunsicherung bei den Nachrichtensachbearbeitern, die jetzt schon mehrmals hier Thema war, die ist nach der Weisung aufgetreten?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein. Sie war vor der Weisung.

Martina Renner (DIE LINKE): Nach dem Interview der Kanzlerin?

Zeuge Gerhard Schindler: Entschuldigung. Vor der mündlichen Weisung.

Martina Renner (DIE LINKE): Wann? Nach dem Interview der Kanzlerin?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Davor? Nach Snowden?

Zeuge Gerhard Schindler: Seit Snowden gab es eine Verunsicherung im Bundesnachrichtendienst über die Frage: Was ist eigentlich unsere Aufgabe? Wie steuern wir hier korrekt? Wer muss was prüfen? Prüfen wir korrekt? Sind die maschinellen Voraussetzungen überhaupt gegeben? Muss noch eine zusätzliche menschliche Prüfung - - Also, es gab in der Abteilung Technische Aufklärung - und nicht nur dort, sondern auch generell im Bundesnachrichtendienst - eine lebhaftige Diskussion darüber, wie die Aufträge - -

Martina Renner (DIE LINKE): Seit Sommer 2013.

Zeuge Gerhard Schindler: Das kann man so sagen. Und es gab dann immer wieder Push-Effekte, wo man sagen kann: Gerade hat sich das ein bisschen abgeebbt, und dann passiert wieder etwas. - Und insbesondere bei der Frage der eigenen Erfassung - das war ja das ureigenste Mittel der Abteilung TA - gab es da eine große Verunsicherung: Nach dem Schnellschuss erst mal alle Länder, die betroffen sind, raus; und dann schrittweise zurück.

Martina Renner (DIE LINKE): Beim Thema Verunsicherung habe ich mal eine ganz generelle Frage: Wenn man so eng Kooperationen gemeinsam durchführt, Dokumente teilt, Daten austauscht, gibt es dort in den Abkommen unter den Diensten eine Regelung, dass man sich gegenseitig informieren muss, wenn man im eigenen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dienst Spionage feststellt, bei der auch der Partner betroffen ist? Also, wenn jetzt im BND, sagen wir mal, massenhaft Dokumente abhanden kämen, die die NSA betreffen, müssten Sie die NSA informieren?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich glaube nicht, dass es eine schriftliche Vereinbarung zwischen BND und Dienst X oder Dienst Y gibt, nach dem Motto: Wir haben zu unterrichten, wenn was - - Aber das ist einfach unausgesprochene - - oder ungeschriebenes Recht zwischen den Diensten, dass man das selbstverständlich macht.

Martina Renner (DIE LINKE): Würde ich nämlich auch denken.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und hat die NSA im Frühjahr 2013, als sie feststellte, dass über 1 Million Dokumente von ihrem Server verschwunden sind und noch nicht wusste, wer es war, den Bundesnachrichtendienst, möglicherweise den Präsidenten, informiert, dass darunter auch Dokumente waren, die die Zusammenarbeit mit dem BND betrafen?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, wir haben keine Einzeldokumente nach meiner Erinnerung erhalten, sondern sind ja im Übrigen - dann auch den Termin, den ich mit Maaßen dort gemacht habe - auch deshalb dahin gefahren, um zu sagen: Was ist denn jetzt da noch?

Martina Renner (DIE LINKE): Aber wann haben Sie das erste Mal davon gehört, dass bei der NSA ein Leck ist? Das war ja der NSA - -

Zeuge Gerhard Schindler: Das war im Juni 2013.

Martina Renner (DIE LINKE): Im Juni.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, mit der Snowden-Veröffentlichung, also nicht proaktiv durch die NSA, sondern - -

Martina Renner (DIE LINKE): Also durch die Medien, weil der -

Zeuge Gerhard Schindler: Ganz genau.

Martina Renner (DIE LINKE): - NSA war es ja vorher bekannt.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie haben nicht den Partner-BND informiert.

Zeuge Gerhard Schindler: Vorher nicht. Es war aber so, dass am Tag der Snowden-Veröffentlichungen der General Alexander ohnehin bei mir Gast war.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah, das ist ja ein Zufall.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und da hat man die Gelegenheit gleich genutzt.

Zeuge Gerhard Schindler: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Und da hat er gesagt: Sieht schlecht aus.

Zeuge Gerhard Schindler: Das würde ich Ihnen jetzt nicht sagen, was er gesagt hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat er schon darüber gesprochen, dass auch Dokumente betreffend die Kooperation dabei waren?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein. Das war damals - in dem Stadium jedenfalls; so habe ich das verstanden - noch nicht abzusehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatte er irgendwelche Erwartungen formuliert, dass man jetzt, ich sage mal so, vom BND in der einen oder anderen Form darauf reagiert?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein. Das war ja die Erstveröffentlichung. Also, wenn Sie sich noch mal versuchen, mit mir gemeinsam zurückzuerinnern: Da war ja noch nicht mal abzusehen, dass das so ein Hype wird.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): André, Du wolltest noch was fragen?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich versuche es mal noch, wie weit ich komme. - Damit kein falscher Eindruck entsteht, will ich nur noch mal sagen: Sie haben vorhin gesagt: „Wir haben immer das Auftragsprofil der Bundesregierung abgearbeitet“, wenn Sie Selektoren dort eingestellt haben. Ist es nicht zutreffend, dass die Parlamentarische Kontrollkommission - - oder Kontrollgremium zu dem Ergebnis gekommen ist, dass - also von den Untersuchten in der Liste - mindestens ein Drittel weder auftragskonform noch verhältnismäßig war und ein weiteres Drittel - ja, also - grenzwertig? Ist das nicht so? Und wie vereinbart sich das mit Ihrer Aussage: „Immer am Auftragsprofil der Bundesregierung orientiert und abgearbeitet“?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich teile Ihre Auffassung, dass man aus der heutigen Sicht, wenn man sich die eigenen Selektoren anschaut, obwohl es keiner richtig gezählt hat, diese - Bauchgefühl - Ein-Drittel-Theorie vertreten kann. Ein Drittel ist völlig okay auch unter heutigen Gesichtspunkten. Ein weiteres Drittel, da weiß man nicht so: Ja, kann sein, muss nicht sein, und so. Und ein Drittel ist in der Tat unter heutigen Gesichtspunkten kritisch zu betrachten.

Allerdings, der Bezug zum Auftragsprofil wurde damals hergestellt. Also, zu jedem einzelnen Selektor gibt es einen Hinweis, weil sonst die Maschine überhaupt nicht anspringt. Ohne - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, vielfach konstruiert: Man konnte ja da reinschreiben, was man wollte.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Man konnte ja hinter eine Telefonnummer schreiben: „Proliferation“, und dann war es gut, selbst wenn es die Frau vom Staatspräsidenten XY ist.

Zeuge Gerhard Schindler: Dann hätte man wahrscheinlich die Frau reingeschrieben. - Aber der Hinweis zum Auftragsprofil wurde erstellt, und

ich habe keinen Anlass, anzunehmen, dass das in einer ungemäßen Absicht erfolgt ist, beispielsweise um zu hinterlaufen oder zu unterlaufen. Nur, unter heutigen Gesichtspunkten fällt es schwer, diesen Bezug festzustellen, weil eben keine ausreichende Dokumentation vorliegt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten jetzt - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe eine Frage noch -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine Frage noch.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - zu dem Gespräch mit Herrn Pofalla, damit dass nicht - - Sie haben noch nicht gesagt, wie lange das ging. Und in dem Zusammenhang interessiert mich vor allem, ob dabei erörtert worden ist, ob es notwendig ist, die Bundeskanzlerin in Kenntnis zu setzen über diesen Vorgang, da sie ja weiter durch die Straßen lief und sagte: Geht alles gar nicht mit Auspöhlen unter Freunden. - Ist das auch ein Gegenstand des Gespräches gewesen, ob die Bundeskanzlerin informiert werden muss?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, klare Antwort. Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der CDU/CSU in der zweiten Runde. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Was war denn, Herr Schindler, Ihre Kenntnislage zur Gruppenliste zwischen Oktober 2013 und Mai 2015?

Zeuge Gerhard Schindler: Tja. Also, diese Liste ist dann schrittweise erstellt worden. Also sie ist gewachsen, weil sie gab es nicht sofort. Und zwar so, wie man Selektoren aus der aktiven Steuerung herausgenommen hat, hat man sie in die - - Da gibt es jetzt unterschiedliche Begriffe, die auch ein bisschen unterschiedliche Funktionen haben: Damals hatten wir noch den Begriff „Quarantäneliste“ gebraucht. Da ist er in diese Quarantäneliste eingeflossen, dieser Selektor, und ist dann als Schutzfunktion noch mal in das System



Nur zur dienstlichen Verwendung

eingegeven worden, dass also, wenn jetzt noch mal diese Telefonnummer oder diese E-Mail gesteuert werden sollte, sie erst gar nicht hätte gesteuert werden können, weil das als Filter mit zusätzlich zu den anderen Filtern eingebaut worden ist. Und so ist diese Liste schrittweise immer größer geworden, bis sie dann den Umfang erlangt hatte, den Sie ja einsehen konnten.

Nina Warken (CDU/CSU): Und da waren Sie laufend informiert?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, wir hatten Wichtigeres zu tun, als über den Stand - - Also 276 - -

Nina Warken (CDU/CSU): Aber Sie wussten, dass daran gearbeitet wird? Oder wie muss man sich das vorstellen?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich wusste, dass an der Deaktivierung der Selektoren gearbeitet wird. Insbesondere deshalb haben wir ja die Weisungen erstellt. Da hat der Herr Pauland die Initiative ergriffen, damit die Leute, die diese Deaktivierung vornehmen, eine klare Handlungsanleitung hatten.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie haben in Ihrem Eingangsstatement im Mai 2015 mit Bezug auf die NSA-Selektoren in Bad Aibling betont - ich zitiere -:

Steuerung bedeutet, dass nach diesen Selektoren in den Satellitenstrecken gesucht wird. Die Anzahl etwaiger Treffer, also die Erfassung, die reale Erfassung, ist hiervon unabhängig. Steuerung bedeutet nicht zugleich auch Erfassung.

Und später haben Sie gesagt:

Darüber hinaus wurden Treffer stichprobenartig gesichtet. Bei dieser Sichtung wurden keine Auffälligkeiten festgestellt. Dies ist angesichts der geografischen Ausrichtung der Dienststelle

- Bad Aibling -

nachvollziehbar. Durch diese geografische Ausrichtung außerhalb Europas ist eine tatsächliche Erfassung zu einem Selektor mit EU-Bezug eher unwahrscheinlich.

Ich weiß nicht, inwiefern Sie jetzt hier in der öffentlichen Sitzung Aussagen treffen können. Gab es andere Erfassungsstellen, also außer Bad Aibling, auf die Ihre Aussage bezogen war, die auf EU-Staaten ausgerichtet waren?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, das hatte ich ja zu der NSA-Erfassung dargestellt.

Nina Warken (CDU/CSU): Genau.

Zeuge Gerhard Schindler: Und das ist ja die Frage: Wie richten Sie eine Antenne aus? Also wenn Sie beispielsweise Deutschland haben wollen, dann müssen Sie die Antenne gerade stellen, nach oben, und wenn Sie Afghanistan haben wollen, dann müssen Sie sie ganz schräg stellen, damit sie hinten noch nach Afghanistan kommt. So, und das ist die Ausrichtung in die Krisengebiete und - -

Nina Warken (CDU/CSU): In Bad Aibling?

Zeuge Gerhard Schindler: In Bad Aibling. - Und nach meinem Kenntnisstand gibt es keine europäische Ausrichtung, also in Bad Aibling ohnehin nicht, aber auch in den anderen Gebieten nicht, es sei denn, es gibt mal eine Antenne, wo man - - Es gibt ein bestimmtes Verfahren, wo Sie so Gegenstellen haben müssen, und das kann durchaus sein, dass hier in Deutschland mal eine Gegenstelle gemacht worden ist, um bestimmte Signale zu erfassen; das ist aber keine Aufklärung von Europa, sondern das ist ein technischer Vorgang.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wenn man das jetzt zugrunde legt, wie viele Treffer konnten dann mit den fraglichen ab 2013 deaktivierten Selektoren überhaupt erzielt werden?

Zeuge Gerhard Schindler: Relativ wenig. Und so ist es ja auch uns ergangen, als das Parlamentarische Kontrollgremium das untersucht hat und



Nur zur dienstlichen Verwendung

den einen oder anderen Selektor als Prototyp für eine bestimmte Clusterung herausgenommen hat. Man hat dann versucht, Erfassungen zu finden, und das war ja dann auch durchgängiges System, dass kaum Erfassungen stattgefunden haben.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir wissen jetzt aus dem offenen PKGr-Bericht, dass 3 300 Teilnehmer auf der Gruppenliste waren. Können Sie das irgendwie in Relation setzen oder eine ungefähre Angabe machen, wenn es diese Teilnehmer gibt, wie viele Erfassungen es gab?

Zeuge Gerhard Schindler: Das tut mir leid, das weiß ich nicht. Auf jeden Fall wenige.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Oder eine Relation zur übrigen Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, das wäre jetzt total aus dem Bauch heraus. Also, ich kenne da keine Zahlen.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir hatten hier auch schon das Thema Umsetzung der Weisung aus dem Oktober 2013 in den Außenstellen. Haben Sie da Kenntnis von einer unvollständigen oder auch einer unterschiedlichen Umsetzung der Weisung in den jeweiligen Außenstellen?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, das ist unterschiedlich schnell gelaufen. In der Zentrale - so nach meinem Eindruck, ohne dass ich das jetzt analytisch belegen könnte - wurde schneller abgearbeitet als in den Außenstellen. Das wird seinen Grund gehabt haben.

Wichtig war ja - - Oder man muss ja deutlich machen: Die Leute, die deaktivieren, sind genau die, die aber auch Terrorismus, Proliferation, Ukraine, Syrien bearbeiten müssen. Und das ist für mich völlig klar, dass die aktive Bearbeitung der Krisengebiete und der Phänomenbereiche Terrorismus und andere absoluten Vorrang haben vor einer Deaktivierung irgendeiner nichts bringenden E-Mail-Adresse in Europa.

Nina Warken (CDU/CSU): War das jetzt einer der Gründe? Gab es noch weitere Gründe? Welche

Kenntnis haben Sie von vielleicht auch technischen Unterschieden in den Außenstellen oder anderen Gründen, warum es da unterschiedliche - - weil es war ja nicht von Sachbearbeiter zu Sachbearbeiter, sondern auch außenstellenmäßig unterschiedlich.

Zeuge Gerhard Schindler: Außenstellen waren ja in Teilen noch gar nicht angeschlossen an das gemeinsame System. Das, glaube ich, ist heute der Fall; heute sind alle angeschlossen. Aber damals waren sie eben noch nicht alle angeschlossen, so dass sie als Stand-alone-Lösung alleine arbeiten mussten. Und das wird auch einer der Gründe gewesen sein.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie würden Sie denn die Verantwortlichkeiten bei der Umsetzung zwischen dem für die Außenstellen ja zuständigen UAL T1, W. K., und dem für die Prüfung der Selektoren zuständigen UAL T2, also D. B., bewerten?

Zeuge Gerhard Schindler: Die Frage habe ich - -

Nina Warken (CDU/CSU): Also, wir haben ja den W. K., der für die Außenstellen zuständig war als UAL, und wir haben D. B., der für die Selektorenprüfung zuständig war. Wie sind da aus Ihrer Sicht die Verantwortlichkeiten verteilt gewesen bei der Umsetzung dieser Weisung jetzt auch gerade in Bezug auf die Außenstellen? Wo - -

Zeuge Gerhard Schindler: In den Außenstellen wird beides gemacht - noch; aus meiner Sicht nicht gut. Das habe ich versucht eben darzustellen. In den Außenstellen wird gesteuert, also die technische Erfassung bearbeitet. Dafür ist ja grundsätzlich Herr W. K. zuständig. Und es wird leider auch in den Außenstellen inhaltlich gearbeitet an den Selektoren, sowohl was das Einstellen von Selektoren, also die Erkenntnisgewinnung: „Diese E-Mail-Adresse oder diese Telefonnummer wird gesteuert“ - - Das wird inhaltlich in den Außenstellen ebenfalls betrieben - - Als auch, wenn eine Erfassung stattgefunden hat, findet in den Außenstellen dann auch in Teilen eine Auswertung statt - nicht zentral. Und genau diese inhaltliche Bearbeitung in den Außenstellen, die



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist aus meiner Sicht nicht gut; sie müsste zentralisiert werden. Insofern ist für eine Außenstelle Bad Aibling sowohl Herr W. K. zuständig als auch Herr D. B.; also beide sind für die - -

Nina Warken (CDU/CSU): Das kann dann eben auch zu, sage ich mal, Schwierigkeiten bei Umsetzungen, Weisungen usw. auch führen im Zweifel. Oder insgesamt sehen Sie das kritisch, wenn ich Sie richtig verstanden habe.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, aber ich habe - - Also, das Verhältnis zwischen diesen Einheiten usw. ist gut.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, ja - -

Zeuge Gerhard Schindler: Da gibt es jetzt kein Konkurrenzverhältnis, wo man sagen könnte: Ja, genau daran hat es gelegen, weil die sich da gegenseitig bekriegt haben. Also, das ist nicht der Fall; das ist schon in Ordnung. Es geht mir bei meiner Anmerkung, dass es viel besser ist, wenn man das zentralisiert, darum, Eigenleben zu verhindern.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir hatten hier auch schon die Datenschutzbeauftragte des BND, Frau Dr. H. F., als Zeugin. Und die hat uns von einer Steuerungsgruppe „Selektoren“ berichtet, die sie auf Ihren Wunsch, Herr Schindler, hin geleitet hat und die die Prozesse der Überprüfung und Steuerung von NSA-Selektoren untersuchte. Frau H. F. hat eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen und Empfehlungen ja erarbeitet mit der Steuerungsgruppe: zum Beispiel Rechtssicherheit für Mitarbeiter durch eine linke und rechte Grenze, hat sie es genannt, bei der Steuerung, und zum Beispiel einen zentralen Ansprechpartner für Selektoren-Fragestellungen oder Ähnliches. - Wurden diese Empfehlungen von der Steuerungsgruppe oder Frau Dr. F. denn bis zu Ihrem Ausscheiden umgesetzt beim BND?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe ja Frau Dr. F. deshalb eingesetzt, weil ich neben der eigenen Aufarbeitung in der Abteilung Technische Aufklärung eine Art Controllingmechanismus haben wollte, der von außen auf diese Aufarbeitung draufschaut. Und ich habe Frau Dr. F. für eine

sehr kluge und engagierte Juristin mit einem klaren Hang zum Datenschutz identifizieren können. Sie hat ja bei mir im Stab gearbeitet, und ich habe sie deshalb mit der Leitung einer solchen Einheit beauftragt. Sie hat viele Vorschläge gemacht. Es war sehr hilfreich, was sie gemacht hat. Das, was man sofort umsetzen konnte, haben wir sofort umgesetzt. Und das andere, also was längerfristige organisatorische Änderungen betraf, ist mit in den Auftrag an die Unternehmensberatung eingeflossen, die ja ohnehin die gesamte Abteilung - -

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie da Beispiele nennen? Was hat man direkt gemacht? Was hat man später gemacht?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, wir haben - - Sie hatte ja ohnehin schon vorgeschlagen, so Datenschutzseminare in der Abteilung TA zu machen. Und das hat sie dann auch sofort begonnen und hat also mit vielen Sachbearbeitern bestimmte Problemstellungen, die genau die Sachbearbeiter dort betroffen haben, dann durchgesprochen. Und das ist sehr erfolgreich gewesen, weil es auch von den Sachbearbeitern dankbar angenommen worden ist -

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Haben die sich gefreut!)

nach dem Motto: Endlich sagt uns mal einer, wie wir das hier handhaben sollen.

Nina Warken (CDU/CSU): Wurden dann die Empfehlungen auch auf die Steuerung mit den eigenen Selektoren übertragen, oder war das eins?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, es gab jetzt kein Programm „NSA“ und kein Programm „eigene Erfassung“, sondern - - Verzeihen Sie mir die saloppe Bemerkung, aber Datenschutz ist Datenschutz, ob jetzt NSA oder eigene.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - D. B. hat uns hier gesagt, dass zwischenzeitlich ein unabhängiges Qualitätssicherungselement bei der Steuerung von Selektoren eingeführt worden sei, die



Nur zur dienstlichen Verwendung

nun - - Die Selektoren müssten nun mehrere Prüfschritte in einer Überprüfungskette durchlaufen. Waren das dann die Lehren, die Sie nach der Aufarbeitung ab März 2015 aus dem Umgang mit Selektoren zogen?

Zeuge Gerhard Schindler: Genau. Also, wir hatten ja festgestellt bei den Selektoren der NSA, dass die maschinelle Prüfung, nämlich: „Ist es ein Deutscher?“ - da gibt es Kriterien, also „de“ oder 0049 -, dass diese maschinellen Kriterien eben nicht ausreichen. Und seit dem Jahre 2008 hat sich der Bundesnachrichtendienst ja ausschließlich auf die maschinelle Prüfung verlassen. Und deshalb, weil wir diese Lücke erkannt haben, ist händisch, also mit Menschenkraft, eine Gruppe eingesetzt worden, die diese amerikanischen Selektoren noch mal schrittweise auf ihre Qualität hin überprüft hat.

Nina Warken (CDU/CSU): Von wem ging denn die Initiative aus? Oder wer war da beauftragt mit der Erarbeitung eines solchen Qualitätssicherungselements?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, Herr D. B. war beauftragt; das ist ja seine Aufgabe. Und dazu war er auch beauftragt.

Nina Warken (CDU/CSU): Von Ihnen beauftragt? Oder wer hat die Initiative - -

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich würde jetzt einen Fehler machen, zu sagen: „Ich hatte die Idee und habe Herrn D. B. da beauftragt“, sondern das hat sich in diesen Gesprächen ergeben. Also wenn man so zusammensitzt in einer größeren Runde, und sagt: „Mensch, das ist aber da nicht so besonders gut gelaufen. Was kann man dagegen tun?“ - - Und wer da jetzt den Finger gehoben hat und hat gesagt: „Wir machen eine Prüfgruppe“, das weiß ich nicht mehr. Aber das hat sich aus den Gesprächen, die zum Ziel hatten, jede Menge an Maßnahmen zu finden, wie es besser gehen kann, so ergeben.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie noch mal sagen, wie das organisatorisch ausgestaltet war?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, nach meiner Erinnerung - aber ganz genau weiß ich es nicht mehr - hat Herr D. B. aus seinem Bereich dann eben Leute zusammengezogen, die dann in einer Organisation dies überprüft haben. Also, wie die das dann im Einzelnen gemacht haben, weiß ich jetzt nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Die Prüfschritte, die dann vorgesehen waren oder jetzt vorgesehen sind, halten Sie die für ausreichend, um Ihrem Nachfolger künftige Untersuchungsausschüsse zum Thema technische Aufklärung zu ersparen?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, wenn alles das umgesetzt wird, was wir damals erarbeitet haben und auch mit in den Auftrag an die Unternehmensberatung übernommen haben, dann, glaube ich, kann man guten Gewissens sagen, dass das in trockenen Tüchern ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Jetzt haben Sie ja schon ein paar Mal die Unternehmensberatung angesprochen. Und es gibt ja Presseberichte aus dem Mai dieses Jahres, in denen eben berichtet wird, dass Sie als Präsident des BND in Abstimmung mit dem Kanzleramt die Unternehmensberatung Roland Berger damit beauftragt hatten, die Defizite der Abteilung TA zu untersuchen und Vorschläge für ein engmaschiges Kontrollsystem - so heißt es - auszuarbeiten, auch im Hinblick auf Anordnungen. - Welche Ihrer Anordnungen und Weisungen außer den bereits genannten wurden denn bei der Steuerung von Selektoren nicht oder nicht vollständig umgesetzt?

Zeuge Gerhard Schindler: Die Mutter aller Probleme lag ja in der Vereinbarung mit der NSA, die im Grunde genommen im Bundesnachrichtendienst keiner kannte. Wenn dort, also in diese Vereinbarung, bestimmte Bereiche hineingenommen worden sind als gemeinsam aufzuklärendes Ziel und damit natürlich die anderen Bereiche eben nicht als gemeinsam aufzuklärendes Ziel zu definieren sind, dann muss ich das als Bearbeiter wissen. Sonst kann ich ja nicht sagen: „Also, hier machen die Amerikaner aber was falsch“, oder: „Hier ist alles im trockenen Bereich.“



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das bedeutet also: Es gab eine Grundvereinbarung, die entgegen der üblichen Praxis im Bundesnachrichtendienst nicht runtergebrochen worden ist in eine Handlungsanweisung für den einzelnen Bearbeiter, sondern die Bearbeiter kannten diese Vereinbarung in aller Regel gar nicht - so, und das halte ich für verbesserungsfähig -, so dass also außer der Frage „Auftragsprofil - ja oder nein?“ keine weiteren Vorgaben für die Zusammenarbeit mit den Amerikanern, aber auch für die eigene Erfassung - ebenfalls nicht - existierten. Normalerweise gibt es für jeden Kram eine Dienstvorschrift, ausgerechnet für diesen Bereich nicht. So.

Nina Warken (CDU/CSU): Der Kollege hat eine Nachfrage.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Pardon, ich würde nur gern eine Zwischen- oder Nachfrage stellen. Sie haben gesagt: die im Grunde genommen keiner kannte, -

Zeuge Gerhard Schindler: Mhm.

Matern von Marschall (CDU/CSU): - also dieses MoA. Wie soll denn bitte eine Zusammenarbeit entsprechend dem MoA sichergestellt werden, wenn sie keiner kennt?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, ich habe es ja als Fehler bezeichnet.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Also, kann man dann ausschließen, dass vieles entgegen der darin enthaltenen Bestimmungen gelaufen ist?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, aber die Frage: „Was muss ich beachten, wenn hier amerikanische Selektoren hineinkommen?“, war eben nicht geregelt. Und es war eben nicht geregelt auch im Sinne der Grundlinien, die im MoA drin sind. Und im MoA sind ja für europäische Ziele drei Bereiche genannt; ich will sie jetzt nicht nennen.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Mhm, ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Aber das Wissen, dass nur diese drei Bereiche zulässig sind, das war im Bereich der Bearbeiter nach meinem Dafürhalten

so nicht vorhanden, weil sie diese Regelung nicht kannten.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Also, sodass man das vermutlich weiter gefasst hat als die Enge des MoA.

Zeuge Gerhard Schindler: Ganz sicher hat man es weiter gefasst, und vor allen Dingen hat man es weiter gefasst, indem man die händische Prüfung, also die Augenprüfung, im Jahre 2008 umgestellt hat auf eine maschinelle Prüfung. Und die Maschine kann eben nicht prüfen, ob EU-Ziel, zulässig oder nicht zulässig - das ist nicht programmiert gewesen -, sondern die Maschine war nur programmiert im Sinne von: Findet deutsche Staatsbürger, findet deutsche Interessen, findet deutsche Firmen! Die sind dann rausgeschmissen worden; also da wurde blockiert, gefiltert. Aber dasselbe System gab es nicht - unter Beachtung der Vereinbarung mit den Amerikanern von 2002 - in der Maschine programmiert. Das bedeutet: Da ist „EU“ einfach so durchgelaufen. Und das war - das habe ich ja in der letzten Runde hier schon mal dargestellt - eine der Sollbruchstellen für das, was wir heute haben.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Und wie hat sich denn dieses - sagen wir mal vielleicht, in der Nachschau - doch ziemlich erhebliche Defizit überhaupt - - Wie ist das überhaupt erst rausgekommen? Ist Ihnen das klar geworden? Hat das Berger analysiert oder - -

Zeuge Gerhard Schindler: Das ist uns selbst bei der Aufarbeitung, ich will jetzt nicht übertreiben, aber sofort klar geworden, nachdem wir gesagt haben: Okay, was ist da eigentlich? Wieso ist da plötzlich ein Selektor? Der hätte doch eigentlich gar nicht da reingehört. - Und dann haben wir festgestellt: Das hat ja aber gar keiner geprüft, das macht ja nur ein Computer. - Der Computer kann es aber nicht finden, weil er nicht programmiert worden ist. Da haben wir festgestellt: Das geht so nicht.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Mhm, danke.

Nina Warken (CDU/CSU): Es ist ja schon, würde ich mal sagen, ein Novum in der Geschichte des



Nur zur dienstlichen Verwendung

BND, dass man eine externe Unternehmensberatung mit der Aufarbeitung beauftragt oder ihr einen solchen Auftrag vergibt. Wieso war das dann notwendig, wenn Sie jetzt auch schon sagen, Ihnen war schon klar, woran es hakt. Konnte man dann seitens des BND die notwendigen Schlussfolgerungen oder Konsequenzen nicht selber ziehen oder identifizieren aus den Mängeln, die Sie festgestellt hatten, oder wieso war es notwendig?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich bin Ihnen dankbar für die Frage. Aber klar hätten wir das auch selbst machen können. Also das, was mangelhaft war, haben wir identifiziert und hätten es auch selbst abstellen können. Mir war es mit der Beauftragung der Unternehmensberatung auch darum gegangen, einen Dritten, einen neutralen Dritten von außen damit zu beauftragen. Dann, wenn man ins Parlament kommt beispielsweise und sagt: „So und so wollen wir es ändern“, dann hat das aus meiner Sicht eine ganz andere Wertigkeit, wenn ein externer Dritter das mit vorgeschlagen hat, als wie wenn es intern in der eigenen Behörde gemacht worden ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Und worauf haben Sie dann, sage ich mal, das Vertrauen gegründet, dass eine in der freien Wirtschaft tätige Beratungsfirma da auch für spezifische nachrichtendienstliche Fragestellungen die Kompetenzen hat? Das war wahrscheinlich für die Firma auch ein neues Gebiet.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber da haben Sie drauf vertraut?

Zeuge Gerhard Schindler: Na, ich war in meiner beruflichen Zeit lange Zeit der Stabsstellenleiter für den Bereich Verwaltungsmodernisierung und Staatsmodernisierung im Bundesinnenministerium. Ich kenne also Geschäftsprozessoptimierung. Das hat mit Nachrichtendienst - - Also, erst mal haben Sie völlig recht: Das ist ein nachrichtendienstlicher Prozess. Aber diese Prozessoptimierung hat mit dem Inhalt gar nichts zu tun, sondern das ist so verbesserungsfähig gewesen, dieser Geschäftsprozessablauf, da braucht man keine nachrichtendienstlichen Vorkenntnisse zu

haben, sondern - - Ich sage mal, wie wenn Sie eine BAföG-Bescheidbearbeitung optimieren, so können Sie auch die Erfassung von Telefonaten optimieren.

Nina Warken (CDU/CSU): Und hatte Roland Berger dann auch den Auftrag, die Deaktivierung von Selektoren im Sinne des erweiterten Untersuchungsauftrags zu untersuchen?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, da ging es nur um Organisation, nämlich um die Frage: Wie können Geschäftsprozesse in der Abteilung TA so optimiert werden, dass Fehlerqualitäten nicht mehr entstehen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da meldet sich - - Jetzt hat es sich wahrscheinlich erledigt.

MR Philipp Wolff (BK): Ich will auch nur darauf hinweisen, dass Ausführungen dazu ohne Anerkennung einer Rechtspflicht erfolgen, weil wir den ganzen Komplex definitiv für nicht untersuchungsgegenständlich erachten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, danke.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie was zu Ergebnissen sagen, die sich dann bis zu Ihrem Ausscheiden abgezeichnet haben?

Zeuge Gerhard Schindler: Da hat sich noch - - Also jedenfalls bis zu meinem Ausscheiden hat sich noch kein Ergebnis gezeigt. Ich weiß auch nicht - - Jedenfalls der Auftrag war so, dass er - - Jetzt müsste eigentlich ein Ergebnis vorliegen;

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, kein Ergebnis!)

aber naturgemäß kenne ich es nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt habe ich, weil der Herr Kollege von Notz dazwischengeredet hat, Ihre letzte Antwort akustisch nicht ganz verstanden.

Zeuge Gerhard Schindler: Es müsste ein Ergebnis vorliegen, weil es gab klare Fristsetzungen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

bis wann Ergebnisse vorzuliegen haben; aber ich kenne diese eben nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie kennen keine.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das liegt alles außerhalb des Untersuchungszeitraums! Ich weiß gar nicht, warum das abgefragt wird! Also, wir können es auf jeden Fall nicht in den Bericht schreiben zum Schluss!)

- Wie so vieles.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber erst mal die Kollegin Warken - - Wollen wir erst mal die Kollegin Warken zu Ende fragen lassen?

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder vielleicht könnt ihr den Bericht von Roland Berger einfach anheften!)

Nina Warken (CDU/CSU): Zum Beispiel, ja. Das wäre eine Idee, wenn - -

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die können dann auch das ganze Parlament übernehmen!)

- Genau.

(Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nein, das macht XKeyscore!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn dringender Beratungsbedarf besteht, würde ich auch eine Beratungssitzung vorschlagen; aber ich glaube, wir können jetzt mit der Fragerunde an der Stelle weitermachen.

Nina Warken (CDU/CSU): Das glaube ich auch. - Zeugen aus der Abteilung TA, also zum Beispiel W. K., haben uns immer wieder vom Know-how-Gewinn im Bereich Internetaufklärung, der aus der Zusammenarbeit mit der NSA erwachsen ist, berichtet. Und BND-Vizepräsident Müller hat formuliert, man könne sich - ich zitiere -:

die Herausforderungen, vor denen wir im Moment sicherlich stehen, nur in einer Burden-Sharing-Welt vorstellen ...

Und der BND sei

gut beraten ... im Einklang mit den rechtlichen Parametern eng mit interanationalen Partnern zusammenzuarbeiten.

Wie beurteilen Sie denn den Wert der Kooperation mit AND, speziell der aus den Five-Eyes-Staaten, für den BND?

Zeuge Gerhard Schindler: Es gibt verschiedene Gründe, die ganz klar für eine internationale Zusammenarbeit sprechen. Der erste liegt auf der Hand: Kein Dienst auf dieser Welt kann alles aufklären, auch nicht die großen amerikanischen Dienste, auch nicht die großen russischen Dienste oder chinesischen Dienste. Das heißt, man braucht Partner, um sich gegenseitig ergänzen zu können, um die Lagebilder zusammenzulegen, um aus diesen Puzzeln ein Gesamtlagebild zu machen. Deshalb ist internationale Zusammenarbeit im Sinne eines Erkenntnisaustausches unverzichtbar. Und wir Deutschen tun gut daran, dass wir das machen, weil wir sind da eher der kleinere Bruder gegenüber den großen amerikanischen Diensten.

Der zweite Punkt, der dafür spricht, ist, dass man einen Know-how-Austausch hat. Dort, wo man gemeinsam zusammenarbeitet in Operationen oder in bestimmten Feldern, ist es - - Jedenfalls war der BND ja lange Steinbruch für Haushaltsgewinne, also minus Personal, minus Geld. Das heißt, man hatte im Grunde genommen im Bundesnachrichtendienst jahrzehntelang nicht genügend Geld, um überhaupt den eigenen Apparat



Nur zur dienstlichen Verwendung

am Laufen zu halten, was die Technik anbelangte. Insofern war der BND überhaupt gezwungen, mit anderen Partnern zusammenzuarbeiten, um halbwegs technisch Schritt halten zu können. Da muss man den Amerikanern beispielsweise sehr dankbar sein, dass sie dem BND in dieser Phase geholfen haben.

Nina Warken (CDU/CSU): Wenn jetzt die Kooperationen - was ich nachvollziehen kann - ja so wichtig sind, wie kann man denn dann bei solchen Kooperationen gewährleisten, dass es keine Hintertüren gibt und leistungsstarke Dienste, wie zum Beispiel die NSA, deutsche Bürger überwachen?

Zeuge Gerhard Schindler: Im Wege der Kooperation können Sie das vereinbaren. So ist es ja auch für die Kooperation mit der NSA - also, es heißt nicht „Bad-Aibling-Kooperation“ - für Bad Aibling gemacht worden. Es gibt ja da einen ausführlichen Schriftteil, der den Schutz der US-Bürger beinhaltet, und einen ausführlichen Schriftteil, der den Schutz der deutschen Staatsangehörigen beinhaltet, also die G-10-Regelung. So, und das ist da vereinbart worden. Und ich habe auch keine Bedenken und keine Zweifel, dass die Amerikaner sich daran nicht [sic!] gehalten haben - wie auch wir uns daran gehalten haben im Rahmen dieser Kooperation. Ansonsten ist es eine Frage des Geschmacks oder des politischen Geschmacks, ob man ein Land aufklärt oder nicht. Also, außerhalb der NSA-Kooperationen können die Amerikaner selbstverständlich so viel Deutschland aufklären, wie sie wollen, weil es völkerrechtlich ja nicht verboten ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Und die Vereinbarungen, die da getroffen wurden im Rahmen der Kooperation, das halten Sie dann für ausreichend, um den Schutz zu gewährleisten?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay, dann ist, glaube ich, meine Zeit in der Runde um.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Schindler, ich habe erst noch mal eine Verständnisfrage. Habe ich das vorhin richtig verstanden, dass Sie auf Vorhalt des Kollegen von Notz gesagt haben, dieser Termin da am 24. Oktober 2013, das kann nicht ein Termin gewesen sein, wo die BND-Selektoren diskutiert worden sind, weil das erst später war - wo Sie bei Herrn Pofalla gewesen sind im Kanzleramt zweimal an dem Tag -, sondern es müsse da um was anderes gegangen sein, etwa um die NSA-Selektoren?

Zeuge Gerhard Schindler: So in etwa habe ich es gesagt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, kann das jetzt sein?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe es ja auch versucht darzustellen. Also, ich glaube, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: - ich würde mich erinnern, wenn es eine unmittelbare zeitliche Beziehung zum Zitat der Kanzlerin und am selben Tag dann eine Besprechung bei Pofalla - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das betrifft jetzt den 28.?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, am 24. gab es Besprechungen, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: - aber -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mich interessiert jetzt der 24.

Zeuge Gerhard Schindler: - aus meiner Sicht nicht zur BND-eigenen Erfassung, sondern NSA hoch und runter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, NSA-Selektoren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: NSA-Selektoren, Reise nach USA, No-Spy-Abkommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wussten Sie zu diesem Zeitpunkt von einer Problematik mit NSA-Selektoren, und haben Sie darüber mit Herrn Pofalla gesprochen?

Zeuge Gerhard Schindler: Am 24. Oktober?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, aber die NSA - - Sie waren doch selbst im PKGr, das haben wir doch - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, wir reden jetzt nicht über das PKGr. Ich bin ja nicht im Kanzleramt dabei - leider.

Zeuge Gerhard Schindler: Wir hatten doch - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hier geht es um zwei Unterredungen am 24. Oktober 2013.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da waren Sie ja wahrscheinlich nicht im PKGr, sondern im Kanzleramt, nach dem Kalender von Herrn Pofalla.

Zeuge Gerhard Schindler: Mhm.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, und da sagen Sie, da ist über NSA-Selektoren geredet worden?

Zeuge Gerhard Schindler: Ganz sicher über die Frage der Zusammenarbeit mit der NSA.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich will wissen, ob Sie da über NSA-Selektoren geredet haben.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich habe es ja vorhin versucht darzustellen. Ich weiß es nicht

mehr, was konkret besprochen worden ist. Da bitte ich um Verständnis.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Herr Schindler, seit wann wussten Sie denn von einer Problematik der NSA-Selektoren?

Zeuge Gerhard Schindler: Im weitesten Sinne, also nicht die 40 000er-Liste, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern?

Zeuge Gerhard Schindler: - die erst viel später ausgedrückt worden ist, sondern da gab es die erste - - Also, im Juni 2013 bis Oktober 2013, Herr Abgeordneter Ströbele, hatten wir zig Sondersitzungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums zur NSA-Problematik -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da kommen wir gleich drauf.

Zeuge Gerhard Schindler: - zig Sondersitzungen! -, wo von uns, aber auch vom Parlament hoch und runter das Thema von rechts und links erörtert worden ist. Und genau darum ging es, um solche Gespräche bei Herrn Pofalla.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also nicht um Selektoren.

Zeuge Gerhard Schindler: Doch, wenn beispielsweise im *Spiegel* veröffentlicht worden ist: „Die NSA hat 580 Millionen deutsche Staatsbürger [sic!] in einem Monat abgegriffen“, dann haben wir geschaut: Kann das eigentlich sein? Das sind ja Selektoren. Kann das eigentlich sein? Gibt es 580 Millionen? Was meinen die damit? Das ist ja alles die Erfassung der NSA, die da diskutiert worden ist. Allerdings haben wir später klargestellt, dass das gar nicht die NSA war, sondern dass es der BND war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es ging nicht um NSA-Selektoren, die Sie von der NSA übernommen haben und zum Ausspionieren benutzt haben?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Ach, Herr Abgeordneter, jetzt noch mal - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Auspionieren“ habe ich von der Kanzlerin.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder „ausspähen“; kann man auch sagen.

Zeuge Gerhard Schindler: Es ging um die Problematik NSA. Und bei der Problematik NSA ging es auch darum: Wie läuft das Verfahren? Wenn Sie mitkriegen: „Wir steuern in Bad Aibling US-amerikanische Selektoren“, dann fragt man sich natürlich: „Wie läuft das Verfahren?“, und, und, und. Also, ich weiß, worauf Sie hinauswollen. Es ging auch immer mal um Selektoren, aber nicht um die 40 000er-Liste; die ist ja erst viel später ausgedruckt worden. Zum damaligen Zeitpunkt wussten wir gar nicht, dass eine solche 40 000er-Liste in der Maschine existierte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Dann haben Sie gesagt - das ordne ich ja ein und habe das immer mit großem Interesse zur Kenntnis genommen -, dass Sie der große Verfechter einer besseren Kontrolle -

Zeuge Gerhard Schindler: Mhm.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - der Dienste durch das Parlament sind. Dem kann ich ja natürlich nur zustimmen. Und Ihre - ich würde da ein bisschen andere Worte - - „Grottig“ ist vielleicht auch ein in gewisser Weise zutreffender Ausdruck. Und das haben Sie dann damit begründet vorhin, dass das so gewesen sei oder der große Mangel sei - und da stimme ich Ihnen auch zu -, dass Vorgänge von besonderer Bedeutung die Bundesregierung aus sucht, das heißt mit Ihrer Hilfe, also mit Hilfe der Dienste dann das, was sie vorträgt. Und Sie hätten ja manchmal ganz viele gehabt, und dann hätten sie eben die drei ausgesucht, die dann gingen.

Haben Sie denn mal auf irgendeiner Sitzung gesagt: „Ich habe jetzt nicht nur drei, sondern wir

haben zwanzig Vorgänge von besonderer Bedeutung, die würde ich auch noch gerne vortragen. Aber jetzt reicht die Zeit nicht. Können wir nicht ein bisschen länger machen?“, oder: „Können wir nicht nächste Woche noch mal einen Termin machen?“, oder Ähnliches, -

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe das auf meine Kappe genommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - weil Sie ja so interessiert waren an der parlamentarischen Kontrolle?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, genau. - Ich will Ihnen ein anderes Beispiel machen, Herr Abgeordneter. Der Umstand, dass in Bad Aibling XKeyscore als Hard- und Software der Amerikaner eingesetzt wird - - Das ist vor meiner Zeit eingesetzt worden. Aber ich kann mir durchaus vorstellen, dass mein Vorgänger dann vor dem Problem stand: Unterrichte ich jetzt das PKGr über den Einsatz von XKeyscore oder nicht? - Und bei der Vielzahl der Probleme, die er wahrscheinlich zu berichten hatte, ist XKeyscore runtergefallen. Jahre später heißt es: Wie konnte der Bundesnachrichtendienst das Parlament über diese wichtige Frage XKeyscore nie unterrichtet haben?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ganz - - „Eikonol“, „Eikonol“ zum Beispiel. Es geht ja nicht nur um XKeyscore, sondern „Eikonol“.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich hatte aber jetzt das Beispiel XKeyscore genannt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Und - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hängt zusammen.

Zeuge Gerhard Schindler: So. Das bedeutet, im Nachhinein können Sie sagen: Ja, Mensch, hätte ich doch damals mir noch die Zeit genommen und XKeyscore auch noch berichtet! - Aber so hat immer der Dienst den Schwarzen Peter. Und



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich finde, das Parlament soll gefälligst aktiv selbst prüfen. Und dann hat das Parlament auch die Verantwortung dafür, was geprüft wird und was nicht geprüft wird.

(Martina Renner (DIE LINKE): Wer's glaubt!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine, wir waren ja oder sind immer darauf angewiesen, bis heute noch, dass wir von der Bundesregierung die Themen und die Informationen bekommen, denen wir dann weiter nachgehen - es sei denn, es steht im *Spiegel*, weil aus den Diensten heraus oder wie auch immer, aus der Bundesregierung heraus bestimmte Sachen dort berichtet worden ist.

Zeuge Gerhard Schindler: Oder aus den Abgeordnetenbüros heraus.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das können Sie ja nicht wissen, -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - weil bei uns ist es ja nicht berichtet worden; -

Zeuge Gerhard Schindler: Mhm.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sonst hätten wir es ja auf der Tagesordnung gehabt. - Aber dann steht was im *Spiegel*, wo wir irgendwie sagen: Das ist vor zwei Jahren passiert; jetzt müssen wir uns aber schnellstens darum kümmern. - Heißt das nicht, dass uns die wichtigen Sachen vorsätzlich vorenthalten werden?

Zeuge Gerhard Schindler: Ganz sicher nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein? Auch „Eikonal“ nicht?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, für „Eikonal“ kann ich Ihnen jetzt leider keine Auskunft geben, weil es vor meiner Zeit war. Aber ich bin ganz si-

cher auch - und ich spreche da für meine Vorgänger -: Also, dass da mit Wissen und Wollen das Parlament hintergangen worden ist, das ist mit Sicherheit nicht der Fall.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verschwiegen.

Zeuge Gerhard Schindler: Es ist im Nachhinein eine völlig andere Situation, wenn Sie hier und heute entscheiden müssen: „Mensch, unterrichte ich - ja oder nein? Ich habe so viel zu berichten; mache ich mal lieber nur die drei Punkte“, und zwei Jahre später haben sich die Rahmenbedingungen geändert, und dann sagen Sie: Mensch, hätte ich es doch mal früher gemacht!

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Und diese Verantwortung - das ist mein Ziel; also ich habe überhaupt keine Ziele mehr, ich bin ja Pensionär; aber wenn ich Ihnen einen Rat geben darf - ist, dass das Parlament aktiver die Kontrolle übernimmt, indem der Kontrolleur den aktiven Part spielt. Und das ist eine gute Idee mit dem ständigen Bevollmächtigten. Der kann jetzt in die Dienste reinfahren und kann gucken: Was liegt an? - Mit dem kann man mal vorerörtern und kann sagen: Hör mal, ich habe hier 20 Punkte. Was raten Sie mir denn, welche Punkte ich vorschlagen soll? - Ich finde, das ist ein Schritt in die richtige Richtung, und deshalb habe ich die Änderung des parlamentarischen Kontroll- -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müssen wir jetzt in der nächsten Runde weiterdiskutieren. Diese Vorschläge haben wir ja auch schon alle beschlossen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich wollte da ja gar nicht drüber reden; -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ich wollte ja was ganz anderes wissen. Er redet ja dann über Sachen, die ich gar nicht gefragt habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müssen wir dann nach den Fragen der SPD noch mal aufgreifen; denn der Kollege Zimmermann hat auch Fragen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich würde auch gerne noch mal ganz kurz auf den Oktober 2013 eingehen. Sie haben das ja vorhin ausgeführt, wie Sie das dann, die Weisungen in den Dienst reingegeben haben. Sie haben D. B., W. K. telefonisch informiert. Und mich würde einfach noch mal interessieren - und das ist ja jetzt was jenseits von PKGr und jenseits von parlamentarischer Kontrolle, sondern das ist ja die Frage, wie Sie auch Ihren Dienst geführt haben -: Haben Sie sich dann über die Umsetzung - - Wie war dann Ihre Information? Haben Sie sich dann weiter informieren lassen, was eigentlich aus Ihrer Weisung da geworden ist?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, jedenfalls in der ersten Phase ganz klar, weil ich ja ständig mit dem Abteilungsleiter darüber gesprochen habe: Wie können wir das für die einzelnen Bearbeiter so festmachen, dass sie auch ein gutes Gefühl bei der Deaktivierung oder Nichtdeaktivierung von bestimmten Selektoren haben? - Also, da ging es mir schon um die konkrete Umsetzung. Nachdem dann alle - - Also, wir mussten ja leider die Weisung schon mal korrigieren, weil wir mal über das Ziel hinausgeschossen waren. Nachdem aber das Rüstwerk stand, selbst habe ich mich dann nicht mehr unterrichten lassen über - also, ein fiktives Beispiel -: Sind 1 000, sind 2 000 oder sind 3 000 Selektoren gelöscht worden? Das habe ich dann nicht mehr gemacht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Und Sie haben gesagt, Sie mussten das dann noch mal korrigieren, weil es ja dann auch quasi überschießende Wirkungen gab. Ab wann stand denn Ihrer Erinnerung nach quasi die endgültige Weisung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich glaube, irgendwann mal 2014. Also, den genauen Zeitraum weiß ich nicht mehr, aber irgendwann 2014.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Und danach haben Sie das Ganze letztendlich dann so laufen lassen.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, „laufen lassen“ klingt ein bisschen negativ. Ich war mir sicher, dass es schrittweise in der Abteilung TA umgesetzt wird, wobei mich auch nicht erschrocken hat, dass teilweise zwei Jahre dazu gebraucht worden sind, sondern ich habe ja eben versucht, darzustellen: Die aktive Steuerung, die Krisenbearbeitung hat ganz klar Vorrang vor einer Aktenbearbeitung.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ist es dann auch nicht, dass Sie, was weiß ich, Ende 2014, Anfang 2015 irgendwie das Thema noch mal aufgegriffen haben und gesagt haben: „Ich möchte hier noch mal so eine Art Qualitätskontrolle, noch mal einen Sachstandsbericht, wie treffsicher sind wir denn jetzt“? Es könnte ja auch Treffsicherheit nach wie vor in die andere Richtung gewesen sein.

Zeuge Gerhard Schindler: Mhm. Also, über die Frage der Qualität in der Abteilung TA wurde ständig gesprochen. Also, das war jetzt nicht - - Ich habe ja auch versucht, darzustellen: Das hatte nichts mit Snowden zu tun, sondern das war ja schon davor. Das heißt, die Frage: „Wie organisieren wir uns? Wie können wir uns besser aufstellen?“, das war Dauerthema. Und insofern hat das nicht nur unbedingt was mit der eigenen Erfassung zu tun, sondern man muss natürlich auch fragen: Wie arbeiten wir mit anderen zusammen - wir hatten ja nicht nur mit den Amerikanern zusammengearbeitet, sondern mit anderen -, gibt es da Gleichmäßigkeiten und, und, und? Also, das war Dauerthema.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gut, dann würde ich noch mal an meine Kollegin weitergeben.

Susanne Mittag (SPD): Ich habe noch mal eine Frage zum Verfahren. Also, ich hatte mir jetzt notiert: Sie hatten Herrn Pofalla in Kenntnis gesetzt



Nur zur dienstlichen Verwendung

von den Problemen. Da war das Problem mit den Selektoren noch relativ klein. Richtig?

Zeuge Gerhard Schindler: Genau. Also, ich hatte Herrn Pofalla unterrichtet. Aber das Ausmaß - also so wie Sie jetzt in die Gruppenliste hineinschauen konnten -, das war zum damaligen Zeitpunkt noch nicht bekannt.

Susanne Mittag (SPD): Ja, noch nicht klar. - Herr Heiß war dann dabei.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Susanne Mittag (SPD): So, dann hatten Sie erzählt: Es gab ergänzende Berichte, unter anderem ja Quarantäneberichte. Vielleicht waren die ja auch angehängt. Diese ergänzenden Berichte haben dann doch gezeigt: Das Problem ist nicht ganz so klein; es wird so langsam größer. - Sind diese ergänzenden Berichte dann nicht auch ans Kanzleramt gegangen, an Herrn Pofalla, dem Sie ja, sagen wir mal, von einem noch überschaubaren Problem zu dem Zeitpunkt - vom Gefühl her - berichtet haben?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich weiß nicht, wann diese Ber- - Wir hatten dann später einen sogenannten Sachstandsbericht gefasst.

Susanne Mittag (SPD): Was ist „später“?

Zeuge Gerhard Schindler: Das weiß ich nicht. Das wird auf jeden Fall irgendwann dann - -

Susanne Mittag (SPD): Lief das im Wochenrhythmus, im Vierwochenrhythmus? Man kann sich ja mal - -

Zeuge Gerhard Schindler: Ich denke, dass das dann auch irgendwie um den März 2015 gewesen sein muss, nämlich als dann der erste Ausdruck der 40 000er-Liste der NSA gemacht worden ist. Sie hatten ja einen Beschluss gefasst, und dann haben wir am 6. März - - Durch ein neu geschriebenes Programm war der BND in der Lage, die abgelehnten NSA-Selektoren dann aus der Hardware herauszuholen. Und dieser Bericht oder diese 40 000 und das gesamte Verfahren sind ja

dann noch im selben Monat Herrn Bundesminister Altmaier in Pullach dargelegt worden. Und dabei wurde auch die Bedeutung der Quarantäneliste - das war unsere eigene Erfassung - mit dargestellt. Und ich glaube, ab diesem Zeitpunkt gab es regelmäßige Berichte an das Bundeskanzleramt.

Susanne Mittag (SPD): Aber es wird doch einen Bericht gegeben haben zwischen Herbst 13 und Frühjahr 15.

Zeuge Gerhard Schindler: Das glaube ich nicht.

Susanne Mittag (SPD): Dann gibt es ja keine regelmäßigen Berichte. Das war ja dann schon ein neuer Bericht. Also, regelmäßige Berichte sind ja immer, im gesamten Beamtenleben - - die kommen kontinuierlich wieder.

Zeuge Gerhard Schindler: Ach so meinen Sie das. Nein, also dann - -

Susanne Mittag (SPD): Man kann ja nicht eigentlich das Thema fast anderthalb Jahre sozusagen als nicht berichtswürdig betrachten.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, von meiner Seite aus auf jeden Fall.

Susanne Mittag (SPD): Also ist es im Prinzip: Ja, da tut sich was auf. - Aber dann müsste doch Ihr eigenes Interesse auch da sein, zu sagen: Wie entwickelt sich denn das? Das kann ja ganz unglücklich laufen.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich hatte überhaupt - -

Susanne Mittag (SPD): Das Problem war ja noch etwas klein. Das hat sich ja nun sehr vergrößert.

Zeuge Gerhard Schindler: Mhm.

Susanne Mittag (SPD): Das hat ja ganz enorme Ausmaße für irgendwie uns alle. Aber Sie haben doch jahrelange Erfahrung. Und wenn man so was im Kleinen schon sieht, dann muss man doch von der Erfahrung erkennen: Oh, oh, da könnte sich irgendwas entwickeln. - Und dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

kann ich mich doch nicht anderthalb Jahre um dieses Thema gar nicht kümmern.

Zeuge Gerhard Schindler: Doch, die Weisung wurde ja erteilt. Sie wurde umgesetzt. Es gab eine Handlungsanleitung dazu.

Susanne Mittag (SPD): Die Handlungsanleitung meine ich aber nicht.

Zeuge Gerhard Schindler: So, die wurde erarbeitet. Die Bearbeiter deaktivierten. So, und wo ist jetzt das Problem?

Susanne Mittag (SPD): Das Problem ist, dass Sie den neuen Sachstand mit einer Weisung behandeln, aber den bisherigen Sachstand, den haben Sie dann gar nicht behandelt.

Zeuge Gerhard Schindler: Das ist ja Vergangenheitsbewältigung. Wir haben das ja anders zu tun als - -

Susanne Mittag (SPD): Das nützt ja nichts; die Vergangenheit lief ja in der Zeit.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Und die Vergangenheitsbewältigung hatte ein Ausmaß, dass wir hier einen Untersuchungsausschuss haben, dass Sie beruflich vielleicht nicht mehr so da sind, wo Sie vorher waren, dass es eine sehr große öffentliche Diskussion - mit Recht - gibt und dass es sozusagen ein Handeln in einer Behörde gab, was, sagen wir mal, zumindest strittig, um das mal milde auszudrücken, ist.

Das mag zwar Vergangenheitsbewältigung sein; aber die hat ja zur Folge, dass ganz massiv in die Behörde eingegriffen worden ist. Also kann ich doch eigentlich als Dienststellenleiter nicht sagen: „Ich warte einfach und gucke dann auf die Zukunft, um mit dem, was inzwischen alles“, sagen wir mal, „zur Kenntnis gelangen könnte“ - - Das ist doch in Ihrem eigenen Interesse. „Das gucke ich mir erst nach anderthalb Jahren an.“

Da muss doch was zwischen gewesen sein. Da kann doch nicht null Information vom Herbst 13

bis Anfang 15 gewesen sein. Dazwischen gab es doch Berichte, dass Sie auf den neuesten Stand gesetzt worden sind: Das Problem ist nicht mehr klein, das ist mittelgroß, es wird jetzt ganz groß.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, nach meiner Erinnerung gab es keine Berichte dazwischen über die Frage: „Wir haben jetzt ein mittleres Problem, ein großes Problem oder sonst was“, sondern für mich war klar: Wir haben klare Handlungsanleitungen, was deaktiviert wird und was nicht. Und die Frage, was da im Jahre 1998 als Selektor eingestellt worden ist oder was im Jahre 2001 als Selektor eingestellt worden ist, ehrlich gesagt, hat mich überhaupt nicht interessiert, interessiert mich im Übrigen auch heute nicht; weil das ist reine Vergangenheitsbewältigung, und es war auch nicht rechtswidrig. So, das ist das Entscheidende.

Das heißt, wir haben im Grunde genommen einen Bestand systematisch nach hinten aufgearbeitet immer dann, wenn der BND Zeit hatte - nämlich Syrien, Ukraine; Terrorismus hat absoluten Vorrang. Und in dieser Rückwärtsaufarbeitung sind wir bis zum Stande heute angekommen.

Ich teile nicht die Auffassung von Ihnen und von vielen, dass das jetzt ein großer Skandal war oder so was, was da geschehen ist, sondern die Bearbeiter, die damals diese Selektoren eingestellt haben, sind guten Gewissens davon ausgegangen, dass das rechtmäßig ist. Es gab Zeiten, als das Auftragsprofil der Bundesrepublik Deutschland europäische Staaten drin hatte. Und es ist also nicht so, als ob da durchgeknallte BND-Leute einfach mal so das Ding da machen.

Susanne Mittag (SPD): Das sagt auch kein Mensch, dass hier „durchgeknallte BND-Leute“ unterwegs sind, sondern das ist einfach eine Frage: „Wie geht man mit dem Auftragsprofil um?“, und: „Die Mitarbeiter setzen das um.“ Darum geht es auch gar nicht. Es geht eigentlich darum: Wie wird in der Führungsebene mit dem Auftragsprofil umgegangen? Und wir hatten ja schon einige Zeugen hier, die dann auch gesagt haben, es ist ja, sagen wir mal, sehr mangelhaft dargelegt worden, damit die damit überhaupt arbeiten können.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Die Vorwurfshaltung haben wir hier gar nicht, sondern: Wie ist mit diesem Auftragsprofil umgegangen worden? Und so, wie Sie das jetzt sagen, entsteht dann eher der Eindruck, dass, wenn es jetzt, sagen wir mal, nicht so öffentlich geworden wäre, Sie es von sich aus gar nicht als Problem jemals irgendwann sozusagen der Bunderegierung gemeldet hätten oder gesagt hätten: Das wäre ein wichtiges Thema für ein PKGr. Das wäre dann ja immer alles Vergangenheitsbewältigung gewesen. Und jetzt haben Sie es ja geregelt, und dann braucht man es ja auch nicht mehr zu melden, weil es ja anders gehandelt wird. Dann wäre es unter Umständen überhaupt nicht publik geworden, nach der Denke jetzt, wie Sie eben dargelegt haben.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, aber es war doch der Bundesnachrichtendienst, nämlich ich, der im März dem Bundesminister Altmaier dieses Problem dargestellt hat. So, wir haben das dann - -

Susanne Mittag (SPD): Im März wann?

Zeuge Gerhard Schindler: 2015. - Also, wir haben es doch nicht verheimlicht oder sonst irgendwas, sondern als der Bundesminister Altmaier sich das Verfahren angeschaut hat, habe ich Wert darauf gelegt, dass er auch dieses Problem dargestellt bekommt.

Susanne Mittag (SPD): Na ja. Aber am Ende war er ja schon halb Zeuge hier. Ich meine, öffentlich kann man es ja bald gar nicht diskutieren, dass das ein Problem gibt. Das war ja jetzt nicht so richtig schnell.

Zeuge Gerhard Schindler: Die eigene Erfassung ist zum damaligen Zeitpunkt nicht diskutiert worden.

Susanne Mittag (SPD): Dass es in dieser Richtung ein Problem gibt, das war aber schon sehr gut zu erkennen.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, tut mir leid, dass ich Ihnen da jetzt widersprechen möchte. Die eigene Erfassung selbst ist erst später, nämlich - -

Nachdem ich im Mai 2015 im PKGr erstmalig berichtet hatte, hat es natürlich nur ein paar Stunden gedauert, bis es dann an die Presse gekommen ist, und dann ist es so gelaufen.

Susanne Mittag (SPD): Was meinen Sie jetzt genau mit eigener Erfassung?

Zeuge Gerhard Schindler: Die BND-eigene Erfassung.

Susanne Mittag (SPD): Die BND-eigene. Aber wir haben ja vorher, wie gesagt, die NSA-Erfassung schon diskutiert. Da müsste Ihnen ja schon klar gewesen sein: Das könnte auch ein Problem werden. Das ist ja nicht wirklich überraschend.

Gut, da mögen wir unterschiedliche Sichtweisen haben. Aber ich kann eigentlich ein bisschen schwer nachvollziehen, warum Sie sagen: Das ist komplette Vergangenheitsbewältigung, und wenn wir das regeln, dann ist es auch kein Problem mehr, das man melden müsste, das man anmelden müsste; und es ist auch überhaupt nicht problematisch, dass sozusagen anderthalb Jahre dazwischen kein Berichtswesen ist und man niemanden auf den neuesten Stand gebracht hat, weil das ja Vergangenheitsbewältigung ist.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich habe das so gesehen: -

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: - Ich habe mit der Unterrichtung von Pofalla im Oktober 2013 meinen Auftrag erfüllt.

Susanne Mittag (SPD): Das sagten Sie: Melden macht frei. - Ist klar.

Zeuge Gerhard Schindler: Mhm.

Susanne Mittag (SPD): Herzlichen Dank. Weitere Fragen habe ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt in die nächste Fragerunde, bei der wieder die Fraktion Die Linke beginnt. Frau Kollegin Renner.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde gerne noch mal bei dem Gespräch im Bundeskanzleramt bleiben, und zwar am 24. Oktober 2013. Da sitzen Sie von 9.30 bis 10.30 Uhr mit Herrn Fritsche, Herrn Heusgen, Herrn Heiß, Herrn Maaßen und Regierungssprecher Seibert zusammen, dann von 12.45 bis 13.45 Uhr erneut mit Herrn Fritsche, Herrn Heiß und Herrn Maaßen. Und weil der Tag so schön ist, trifft man sich abends noch mal von 18.00 bis 18.30 Uhr mit Herrn Fritsche, Herrn Heiß und Herrn Maaßen. Dreimal an einem Tag: Ist das normal?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe es ja eben schon gesagt: Also, das ist nicht die Regel, aber es ist auch jetzt nicht so völlig außergewöhnlich, dass wir uns mehrfach am Tag mal getroffen haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Und Anlass war?

Zeuge Gerhard Schindler: Es ging immer um die Gesamt-NSA-Problematik.

Martina Renner (DIE LINKE): Das glaube ich eben gerade nicht. Weil, wenn man noch mal in die Zeitleiste guckt, haben wir am 23.10. die Veröffentlichung zur Abhörung des Mobiltelefons der Kanzlerin. Und kann das nicht Anlass gewesen sein, dass man sich zu dieser Problematik am Tag darauf dreimal verständigen musste?

Zeuge Gerhard Schindler: Nach meiner Erinnerung nicht, sondern nach meiner Erinnerung hatten diese Runden zum Ziel, das, was gerade relevant war, im Rahmen der NSA-Diskussion zu erörtern.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber was macht dann der Herr Maaßen dabei?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich glaube, Herr Maaßen war immer dabei, wenn es darum ging, wie wir mit den Amerikanern uns aufstellen im Sinne von: Welche Selektoren macht ihr? Auch kei- - Gibt es - - Dann gab es ja immer diese wüsten Revolverberichte: „Auf der amerikanischen Botschaft ist irgendeine Antenne, die das ganze Regierungsviertel abhört“ und, und, und. Dann

ist ja auch mal demonstrativ der Bundesgrenz- - die Bundespolizei mit einem Hubschrauber drübergeflogen. Also, es war doch ständig relevant die Frage der Tätigkeit der Amerikaner, nicht nur im Zusammenhang mit NSA, sondern generell. Und unter diesem Gesichtspunkt ist Herr Maaßen dann mit hinzugezogen worden, weil er zuständig ist für die Spionageabwehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Und der Regierungssprecher war dabei, weil der auch so interessiert ist an den Helikopterumflügen um die Botschaften?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich kann Ihnen wirklich keine Auskunft, weil ich nicht weiß, darum geben, wer warum eingeladen worden ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ich glaube, es ging um das Kanzlerinnenhandy. An einem Tag drei Sitzungen - ich meine, wir kennen ja das Geschäft - : Irgendwie ist das relativ ungewöhnlich, oder?

Zeuge Gerhard Schindler: Mhm.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, wenn ich mir sonst was hier angucke: -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - Das passiert so nicht. Und ich habe eigentlich nur die Erklärung, dass Herr Maaßen dabei ist, weil es auch um Spionageabwehr geht; dafür ist er nämlich zuständig. Und für die BND-Selektoren ist er halt nicht zuständig, nicht?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, aber -

Martina Renner (DIE LINKE): Das wäre mir neu.

Zeuge Gerhard Schindler: - für die Tätigkeit der Amerikaner.

Martina Renner (DIE LINKE): Oder NSA. Für die NSA-Selektoren ist er auch nicht zuständig. Da hat das BfV überhaupt nie was von gewusst. Also, da waren die im kompletten Nebel, ja?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Sie haben völlig recht, Frau Abgeordnete. Nur, in der öffentlichen Diskussion wurde das ja ein Stück weit jedenfalls verzerrt dargestellt. Die Frage oder der Vorwurf an die NSA, 580 Millionen Daten deutscher Bürger erfasst zu haben, ist sehr wohl eine Frage der Spionageabwehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist richtig.

Zeuge Gerhard Schindler: So, und unter diesem Gesichtspunkt musste man natürlich hin und wieder den Dr. Maaßen dazuziehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber nicht am 24. Oktober.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich weiß es doch nicht, was konkret am 24. Oktober erörtert worden ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber dann finde ich, ist die Aussage: „Da ging es ganz allgemein zur NSA-Problematik“, wahrscheinlich nicht ganz zielführend, also möglicherweise falsch, weil ich glaube, die NSA-Problematik war im Sommer, und im Oktober ging es um das Kanzlerinnenhandy. Und wenn es um das Kanzlerinnenhandy geht, erklärt sich für mich auch die Zusammensetzung der Runden und auch die Intensität an diesem Tag. Und da muss man ja dann danach sich verständigt haben.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, es tut mir leid, dass ich mich nicht mehr konkret erinnern kann. Jedenfalls nach meiner Erinnerung ging es da nicht um das Kanzlerinnenhandy. Aber ich würde da jetzt - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ging es denn überhaupt irgendwann mal um das Kanzlerinnenhandy, oder hat man gesagt: „Shit happens“ oder was? Also - -

Zeuge Gerhard Schindler: Ich glaube, es ging einmal um das Kanzlerinnenhandy; aber da war ich nicht dabei, weil ich da entweder krank war, oder irgendwas war da. Also, ich weiß jedenfalls - - Und in meinem Beisein kann ich mich an

keine Runde erinnern, dass es um das Kanzlerinnenhandy ging.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist eigentlich ziemlich erstaunlich, oder?

Zeuge Gerhard Schindler: Das ist doch eine Frage der Spionageabwehr, ohnehin.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Und da war der BND raus?

Zeuge Gerhard Schindler: Wir spionieren selber.

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte?

(Heiterkeit)

Ja, ja. Das BfV spioniert auch.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist klar. Aber der Vorgang Kanzlerinnenhandy spielte da in den Runden, wo Sie waren, keine Rolle.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, es war jetzt von der - - Verzeihen Sie mir, wenn ich da formal rede: Von der klaren Zuständigkeit innerhalb der Bundesregierung war das kein Fall des BND.

Martina Renner (DIE LINKE): Und bei diesen Runden bei Herrn Pofalla gab es niemals auch eine Besprechung mit der Kanzlerin?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, also mit mir nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, mit Ihnen.

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, mit mir nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Nie?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe schon an Runden teilgenommen, wo auch die Kanzlerin war, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ah, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: - aber in dieser Frage gab es keine einzige.

Martina Renner (DIE LINKE): In den Runden, an denen Sie teilgenommen haben, bei denen auch die Kanzlerin dabei war, ging es irgendwann mal um alles das rund um die Snowden-Veröffentlichungen?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nie?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gar nicht?

Zeuge Gerhard Schindler: Gar nie.

Martina Renner (DIE LINKE): Gar nie?

Zeuge Gerhard Schindler: Mhm.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe die Tagesordnung nicht zu bestimmen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Waren insgesamt ND-Fragen mal Thema in solchen Runden?

Zeuge Gerhard Schindler: Das wäre jetzt außerhalb des Untersuchungsauftrages.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie waren nicht überrascht, dass das Handy der Kanzlerin abgehört wird?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, ich bin ja hier jetzt als Zeuge und nicht als Emotionsgeber oder so.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, aber Überraschung ist ja nun zu messen.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich glaube, ehrlich gesagt, meine Gefühlswelt hat nichts damit zu tun, was jetzt hier Untersuchungsgegenstand ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie Vorbereitungen zu Weisungslagen vor Sommer 2013, die sich mit der Frage „Ziele in der EU, in der NATO“ befassen, dass man schon mal auf diese Problematik gestoßen ist?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich weiß im Nachhinein, dass es solche Arbeiten, angestoßen von Herrn D. B., gab. Die kannte ich aber damals nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Matrix, all das, -

Zeuge Gerhard Schindler: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): - das haben Sie nicht gekannt.

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, ich habe von der Frage „eigene Erfassung“ - also es geht um die eigene Erfassung - und „problematische Selektoren“ in dem Sinne und dann aber auch Regelwerk dazu erst nach Oktober 2015 Kenntnis gehabt.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie selbst sich Meldungen vorlegen lassen?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, klar, ich kenne Meldungen. Ich habe mir auch schon mal welche zeigen lassen, um einfach mal zu sehen: Was ist das?

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Steht auf den Meldungen, welche nachrichtendienstlichen Mittel eingesetzt wurden oder insgesamt, ganz allgemein, wie diese Information generiert wurde?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, eigentlich sollte es nicht draufstehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Weil, das ist ja gerade der Gag, dass man eben das Rohdatum in eine Meldung gießt, und diese Meldung dient dann dem Auswerter als Basis für seinen Bericht oder für seine Analyse. Und nach dem Prinzip



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Kenntnis nur, wenn nötig“ soll der Auswerter gar nicht wissen, welche Telefonnummer oder welche E-Mail-Adresse es jetzt ist. Es gibt aber - das habe ich selbst schon gesehen - manche Meldungen, die das nicht ganz richtig beachten und schreiben: „Aus einem Telefonat wurde bekannt“ oder irgendwie so.

Martina Renner (DIE LINKE): Sind Sie dann mal über eine Meldung gestolpert, wo Sie gesagt haben: „Ich muss da mal nachfragen, wie die zustande gekommen ist“? Weil wir haben uns immer gefragt: Wenn man also zum Beispiel Präsidenten oder EU-Kommissionen oder solche Dinge steuert und das landet dann irgendwo als Meldung, ob da nicht irgendjemand mal gesagt hat: „Wie kommt denn das, dass wir dazu eine Meldung haben, steuern wir die etwa?“

Zeuge Gerhard Schindler: Ich glaube, Sie gehen jetzt davon aus, dass eine solche Meldung gefertigt wird, egal was für ein Gebiet jetzt gerade ist. Meldungen werden aber nur - und auch das Rohmaterial wird dann nur vom Vorauswerter, also noch von der Abteilung TA, noch nicht in der Auswerteabteilung - dann generiert, wenn sie ins Auftragsprofil jetzt reinpassen. Also, wenn, ich sage mal, ein Außenminister eines Landes X, NATO-Partner, EU-Partner, möglicherweise gesteuert gewesen wäre und man hätte ein Gespräch erfasst zu Politik dieses Landes, dann wäre daraus nie eine Meldung entstanden, sondern die Meldung - - Wenn er aber gesprochen hätte zur Frage: „Wie lösen wir den Syrien-Konflikt?“, dann wäre möglicherweise eine Meldung daraus entstanden.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, wir wissen ja nicht erst seit dieser Tage, dass Geheimdienste auch Informationen erheben, um damit Politik zu machen.

Zeuge Gerhard Schindler: Nicht der Bundesnachrichtendienst.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, das ist der einzige, der es nicht tut; alle anderen tun es.

Zeuge Gerhard Schindler: Das weiß ich nicht. Aber wir machen es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, faktisch ist es ja so: Mit Nachrichten wird Politik gemacht. Das ist ja auch das, was viele kritisieren an Geheimdiensten. Das ist auch noch mal in der Rede zum 60. Jahrestag betont worden, dass das eine Problematik ist, dass man natürlich so einen Dienst instrumentell auch nutzen kann im Meinungskampf. Vielleicht ist die Frage dann auch gar nicht entscheidend, ob, ich sage mal, die französische Botschaft, das französische Außenministerium oder die EU-Kommission ins Auftragsprofil passen, weil ich konstruiere, man hätte dort heraus gerade mal mit Mali telefoniert. Vielleicht kann man ja auch ganz andere Ziele verfolgen, die dazu führen, dass man solche Institutionen überwacht: weil man Politik in dem Land beeinflussen will, in der internationalen Konkurrenz auf Wirtschaftsmärkten etc. Ist so was denkbar, dass Geheimdienste auch politischen Interessen folgen?

Zeuge Gerhard Schindler: Für den Bundesnachrichtendienst: nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist der einzige in der Welt, der das nicht tut?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich kann mir gut vorstellen, dass die Schweiz, die Niederlande, die Belgier -

Martina Renner (DIE LINKE): Russland, hört man so gelegentlich.

Zeuge Gerhard Schindler: - genauso denken wie wir.

Martina Renner (DIE LINKE): Die USA. Ich meine, die haben in Lateinamerika noch ganz andere Sachen gemacht.

Zeuge Gerhard Schindler: Die haben ja auch einen anderen Auftrag.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Und der Bundesnachrichtendienst ist da raus?

Zeuge Gerhard Schindler: Der ist da raus, weil er ein klares Auftragsprofil hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Aber irgendwie ist das ja, ich sage mal, für Außenstehende relativ unwahrscheinlich, dass es einen Einzigen gibt, der es anders macht, während alle anderen sich solcher Dinge bedienen.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, Sie haben ein Urmisstrauen; ich habe ein Urvertrauen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Das kann man dann vielleicht so zusammenfassen. Aber dass möglicherweise die Steuerung solcher Institutionen eben ganz anderen Ziele dient als nur den Kernaufgaben, weil man gerne wissen möchte, wie sich zum Beispiel Frankreich im Irakkrieg verhält oder Ähnliches oder weil es auch natürlich gerade im Zusammenhang mit dem Irakkrieg Dissens unter den europäischen Staaten gab, das ist undenkbar?

Zeuge Gerhard Schindler: Für den Bundesnachrichtendienst ist das undenkbar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Jetzt müssten wir aber auf die Uhr gucken - denn die gilt für alle gleich - und zur nächsten Fraktion kommen, zur Fraktion der CDU/CSU.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben in der öffentlichen Sitzung momentan keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann sind wir direkt bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz, glaube ich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Schindler, es ist ja zu Löschnungen von NSA-Selektoren gekommen in Ihrem Haus.

Zeuge Gerhard Schindler: Deaktivierungen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Gerhard Schindler: Deaktivierungen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deaktivierungen. Also, in der Mail steht „Löschen“ und dann sieben Ausrufezeichen.

Zeuge Gerhard Schindler: Fälschlicherweise.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hm?

Zeuge Gerhard Schindler: Das ist ein - - Die Mail gebraucht einen falschen Begriff. Es ist nicht gelöscht worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Mail oder die Person, die diese Mail geschrieben hat, gebraucht einen falschen Begriff.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es war eine Deaktivierung.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war im August 2013.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, also, nach meiner Erinnerung war es ja so, dass Herr D. B. von sich aus die Initiative ergriffen hatte, um zu sagen: „Nun gucken wir uns mal die Selektoren genauer an“, und hatte dann erste Schritte zur Bereinigung durchgeführt. Da gibt es ja diese berühmte 2 000er-Liste und viele andere mehr. Und unter anderem hat er dann, nachdem er beispielsweise anhand dieser 2 000er-Liste gesehen hat: „Da sind aber Selektoren drin, die entsprechen nicht der Vereinbarung, die wir 2002/2004 geschlossen haben“, den Auftrag gegeben: Löschen! - falsch gebraucht, nämlich „deaktivieren“ war eigentlich gemeint. Und so ist das dann runtergebrochen worden. Und seitdem ist ja die Ablehnungsdatei auch, die früher relativ wenig Zulauf hat, weil wenig abgelehnt worden ist, rasant in die Höhe gesprungen. Ich glaube, da gibt es einen Sprung in der 40 000er-Liste von fast 27 000, die allein in dieser Aktion gelöscht - ich benutze jetzt auch schon das falsche Wort -, deaktiviert worden sind.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, aber eben im August 2013.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Im August 2013 begann es schon auf jeden Fall.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wann war der Sprung?

Zeuge Gerhard Schindler: Das weiß ich jetzt leider nicht mehr so genau. Auf jeden Fall war der Sprung veranlasst durch Herrn D. B. und seine Weisung: Wir bereinigen das.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, und das wurde Ihnen berichtet.

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, das wurde mir nicht berichtet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, das haben Sie nur aus den Akten erfahren.

Zeuge Gerhard Schindler: Genau. Wir haben ja - da hatten wir ja schon mehrfach drüber gesprochen - am Schluss Sachstandsberichte gefertigt, wo wir gesagt haben: Okay, wir müssen mal selbst uns sortieren: Was ist wo gelaufen? Wie erklären wir Dritten, was ist XKeyscore? Wie erklären wir Dritten, was ist ein Selektor? - Und deshalb gab es ein - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann haben Sie das erfahren, dass da 40 000 Selektoren gelöscht worden sind?

Zeuge Gerhard Schindler: Im Rahmen dieser Aufarbeitung nach März 2015.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, als Sie, wie Sie eben dem Kollegen Ströbele berichtet haben, diese ganzen Gespräche geführt haben im Bundeskanzleramt über diese NSA-Aktivitäten im August und die NSA-Selektoren, da stellte sich Ihnen gar nicht die Frage, was für Selektoren gesteuert werden.

Zeuge Gerhard Schindler: Das hatten wir ja - - Ich hatte ja schon die Ehre, vorher mal hier gewesen zu sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich erinnere.

Zeuge Gerhard Schindler: Und da hatten wir ja dieses Thema auch länger erörtert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das erinnere ich auch.

Zeuge Gerhard Schindler: Genau. Und insofern verweise ich da gerne auf meine Antworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das würde ich jetzt gerne noch mal hören vor dem Hintergrund, was Sie dem Kollegen Ströbele gerade gesagt haben. Sie haben gesagt, im August 2013 seien die NSA und NSA-Selektoren mehrmals Gegenstand von Gesprächen im Bundeskanzleramt gewesen.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, und Sie sagen: „Was da gesteuert wurde, das war keine Frage“, oder: „Damit beschäftigte ich mich nicht“, oder: „Ich wusste nicht, dass in meinem Haus, dessen Präsident ich war, Tausende von Selektoren in dieser Operation deaktiviert worden sind“?

Zeuge Gerhard Schindler: So war das.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, während Sie sprachen, hatte Herr D. B. schon Zehntausende von Selektoren deaktiviert, und Sie sprachen noch über diese 580 Millionen Daten - ich glaube, es waren nicht Teilnehmer, sondern Daten -, die aus Deutschland irgendwie in die USA abfließen nach Snowden-Unterlagen, *Spiegel*-Geschichte. Aber was gesteuert wurde, das haben Sie nach unten nicht hinterfragt im Jahr 2013?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein. Beim letzten Mal hat mir Herr Abgeordneter Ströbele diese Frage gestellt, und ich habe eben zurückgefragt. Er hat diese Frage auch nicht gestellt. Wir haben im Parlamentarischen Kontrollgremium die Frage hoch und runter diskutiert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Das interessiert mich - - nein, nein, nein. Nicht mit Gremien anfangen, -

Zeuge Gerhard Schindler: Doch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - in denen ich nicht sitze. Wenn Sie da mit anderen Aufarbeitungsbedürfnisse haben, kann ich das emotional nachvollziehen; aber das hilft uns hier heute überhaupt nicht weiter. Deswegen: Mich interessiert nicht, was im PKGr war, sondern mich interessiert, ob bei dieser *Spiegel*-Geschichte, bei der ja die Hütte ein bisschen brannte - „Irgendwie fließen hier Daten ab aus Deutschland, krasse Geschichte. Sind wir das? Ist das unser Kittel, der brennt?“ -, da nie die Frage aufgetaucht ist im Bundeskanzleramt: Was steuern wir denn da in Bad Aibling?

Zeuge Gerhard Schindler: Diese Frage ist nie aufgetaucht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommt Ihnen das heute nicht total merkwürdig vor?

Zeuge Gerhard Schindler: Wir wiederholen jetzt die Diskussion vom letzten Mal. Ich habe beim letzten Mal dargelegt, dass überhaupt kein Anlass bestand, anzunehmen, dass die Amerikaner sich nicht an den Vertrag halten. Das Ganze wurde - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das war falsch.

Zeuge Gerhard Schindler: Das wissen wir heute; aber damals wussten wir es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, Sie hatten ja die Snowden-Unterlagen, und da stand ja, dass Daten abfließen - millionenfach. Und da kann man ja schon mal auf den Gedanken kommen: Ja, was steuern war denn da?

Zeuge Gerhard Schindler: Diese Behauptung, dass Daten abfließen, die ist einfach falsch. Die 580 Millionen sind nie abgeflossen aus Deutschland, sondern das sind die Daten, die wir in Bad

Aibling erfasst haben für die NSA aus Afghanistan, aus Syrien usw.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine These, Herr Schindler.

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, das ist bewiesen. Das ist nicht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Er ist der Zeuge!

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das ist nicht - -

Zeuge Gerhard Schindler: Das ist keine These. Das ist bewiesen. Glauben Sie mir doch! - So, und über solche Sachen haben wir diskutiert, die - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie wussten es damals nicht? Sie wussten nicht, dass Sie diese Daten aus Afghanistan weitergeben?

Zeuge Gerhard Schindler: Das hatten wir etwa eine Woche lang nicht gewusst, weil das Bild, das im *Spiegel* veröffentlicht worden ist, hatte sogenannte Kennungen. Und da waren zwei Kennungen für Deutschland, eine in der Größenordnung - ich mache es mal mit glatten Zahlen - von 500 Millionen, zweite Kennung von 80 Millionen. Und wir haben uns eine Woche lang den Kopf zerbrochen: „Was sind denn das für Kennungen? Was ist das?“, bis wir dann erstens selbst drauf gekommen sind, zweitens die Amerikaner gefragt hatten, auch vorher, und die haben es bestätigt: Das sind die Kennungen für Bad Aibling und für die BND-eigene Erfassung in Afghanistan; da haben wir auch noch mal - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dass in dem Snowden-Dokument steht, dass das eine Steuerung gegen das Land ist, das hat Sie in diesem Zusammenhang nicht irritiert?

Zeuge Gerhard Schindler: Das steht nicht in den Snowden-Papieren, sondern das ist ein Chart - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, das steht da.

Zeuge Gerhard Schindler: Das ist ein Chart, wo die Weltkarte abgebildet ist, bestimmte Zahlen pro Land draufstehen und diese Kennungen da draufstehen. So, und da steht jetzt nicht drauf: Es richtet sich gegen diese Länder. - Man könnte den Eindruck - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das steht in den FAQ dazu, dass es sich gegen diese Länder richtet. Das steht da drin. Wir können nachher in geheimer Sitzung - -

Zeuge Gerhard Schindler: Mhm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - - gucken wir uns auch die Zahlen und die Entwicklung der Zahlen gerne noch mal genau an.

Zeuge Gerhard Schindler: Mhm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trotzdem, Herr Schindler, ich halte es für massiv abwegig, dass Sie nicht thematisiert haben, was für Selektoren gesteuert werden. Das muss doch eine relevante Frage gewesen sein, gerade wenn Sie unmittelbar in dem Zusammenhang diskutieren, was für Selektoren Sie beim Bundesnachrichtendienst steuern. Das Thema Selektoren war ja in aller Munde. Und Sie wussten ja um die Problematik. Und warum hat niemand - - Oder warum gibt man heute nicht zu, dass das Thema war im August 2013?

Zeuge Gerhard Schindler: Es gibt nichts zuzugeben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben doch vorhin gesagt: Die Selektoren waren Thema.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, jetzt noch mal: Es gibt zwei Arten von Selektoren: die 40 000er-Liste, wo wir sagen: Das sind skeptische Selektoren. Die waren kein Thema. Die BND-eigene Erfassung war zu dem Zeitpunkt zwar mal ein Thema gewesen, aber die Inhalte nicht. Das heißt,

wir haben nicht über das gesprochen, was hier Untersuchungsgegenstand ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich jetzt überhaupt nicht. Was heißt, Sie haben nicht über das gesprochen, was Untersuchungsgegenstand ist?

Zeuge Gerhard Schindler: Wenn ich die Frage beispielsweise für Nachbarland X: „Wer wird da konkret gesteuert?“, Nachbarland Y: „Wie wird da konkret gesteuert?“ - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war ja bei den BND-Selektoren Ihr Problem. Bei den NSA-Selektoren hatten Sie ja sozusagen darüber hinausgehende Fragen.

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, hatten wir nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch! Die Kanzlerin wurde ja gesteuert. Und deswegen haben Sie sich ja auch dreimal getroffen am 24., weil Sie sich gefragt haben: Um Gottes willen, steuern wir vielleicht die Telefonnummer der Kanzlerin in Bad Aibling? Da musste man sich dreimal treffen. Es ist ja nicht so, dass Ihnen langweilig ist im Oktober. Dreimal haben Sie sich da getroffen, weil die Hütte brannte. Die Kanzlerin wurde von den Amerikanern gesteuert, und die Frage war: Hat der BND mitgemacht? Und es wäre nett, wenn Sie über diese Gespräche mal berichten würden.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe nach meiner Erinnerung an einem solchen Gespräch nicht teilgenommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach Ihrer Erinnerung. Glauben Sie, Sie könnten so was vergessen? Ein Gespräch im Bundeskanzleramt dreimal an einem Tag, bei dem es darum geht: „Könnte es sein, Herr Präsident“ - so werden Sie ja da gefragt worden sein -, „dass wir in Bad Aibling selbst die Telefonnummer der Kanzlerin steuern?“

Zeuge Gerhard Schindler: Also, diese Frage hat man mir nicht gestellt. Ich weiß aber, beim BND ist das - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War das eine Frage?

Zeuge Gerhard Schindler: Mir hat man sie nicht gestellt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde sie erörtert?

Zeuge Gerhard Schindler: Nicht mit meinem Beisein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber in Ihrer Abwesenheit?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich glaube, dass während einer meiner Abwesenheiten einmal das Kanzlerhandy Thema einer solchen Runde war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wurde gefragt, ob diese Nummer in Bad Aibling gesteuert wird?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich glaube, das hat der BND ohnehin proaktiv ermittelt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu welchem Zeitpunkt denn, bitte schön?

Zeuge Gerhard Schindler: Das weiß ich jetzt nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das ist sehr relevant, Herr Schindler. Zu welchem Zeitpunkt haben Sie überprüft, ob Sie als Bundesnachrichtendienst das Handy der Kanzlerin steuern?

Zeuge Gerhard Schindler: Wir als BND hätten es sowieso nicht gesteuert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für die Amerikaner. Wann wurde das erörtert?

Zeuge Gerhard Schindler: Das weiß ich nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und war das der Fall?

Zeuge Gerhard Schindler: Wie: „Und war das der Fall?“?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat der Bundesnachrichtendienst für die NSA das Handy der Kanzlerin gesteuert?

Zeuge Gerhard Schindler: Natürlich nicht, weil die Maschine ja alles Deutsche rausschmeißt. Und das Handy hat eine deutsche Nummer, und insofern fliegt da alles raus.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da gibt es ja nun wirklich Wege und Möglichkeiten, das zu umgehen. Deswegen: Wissen Sie das sicher? Oder sagen Sie: „Ich vertraue unseren Filtern, und deswegen kann das nicht gewesen sein“?

Zeuge Gerhard Schindler: Wenn der Filter - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie es positiv, Herr Schindler?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, erst mal: Ich bin der Präsident, ich kann die Maschine - - Ich war der Präsident - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber Sie haben Verantwortung dafür, ob die deutsche Bundeskanzlerin vom Bundesnachrichtendienst gesteuert wurde. Deswegen: Wissen Sie es positiv, heute, zum jetzigen Zeitpunkt, dass der BND im Auftrag der NSA die Kanzlerin nicht gesteuert hat? Wissen Sie das positiv? Hundertprozentig?

Zeuge Gerhard Schindler: Hundertprozentig. Wir haben das überprüft, und es ist hundertprozentig so, dass es nicht gesteuert wurde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es war eine Frage, die Ihnen damals gestellt wurde?

Zeuge Gerhard Schindler: Die dem BND damals gestellt wurde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von wem?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Ich sagte doch, ich war möglicherweise krank. Ich weiß nicht, warum ich an einer solchen Besprechung nicht teilgenommen habe; aber ich weiß, dass der BND das untersucht hat und das auch dann in dieser Runde - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt würden wir noch für das Datum dieser Untersuchung sehr dankbar sein.

Zeuge Gerhard Schindler: Das weiß ich nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ungefähr.

Zeuge Gerhard Schindler: Es muss ja wohl im Oktober irgendwann gewesen sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 24.10.2013.

Zeuge Gerhard Schindler: Das weiß ich nicht; aber es wird im Oktober gewesen sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber an diesen drei Terminen haben Sie ja teilgenommen. Da ist das nicht erörtert worden, sagen Sie.

Zeuge Gerhard Schindler: Nach meiner Erinnerung war unter meiner Teilnahme das Handy der Kanzlerin kein Thema. So. Deshalb sage ich noch mal: Es gab eine Besprechung, an der ich aber nicht teilgenommen habe, und ich glaube, dass dort bei dieser Besprechung das Kanzlerhandy Thema war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Glauben Sie.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, weil ich ja nicht dabei war. Ich kann ja nicht sagen: Also, okay, ich weiß es ganz genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer war denn in Ihrer Vertretung dabei? Dann laden wir den noch mal.

Zeuge Gerhard Schindler: Das weiß ich nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer könnte es denn gewesen sein?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe drei Vizepräsidenten; einer wird es gewesen sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer kommt denn in Frage? Wer hat Sie in so einer relevanten Frage vertreten?

Zeuge Gerhard Schindler: Der, der gerade Zeit hatte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten wir das vielleicht klären, wer da gerade Zeit hatte, um diese Frage zu erörtern?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, wie gesagt: Ich glaube, dass das so der Fall ist. Ich würde jetzt keine einhundertprozentige Versicherung geben: Genau so ist es abgelaufen. - Aber ich glaube, mich erinnern zu können, dass es eine Besprechung gab, an der ich nicht teilgenommen habe, weil ich entweder Urlaub hatte oder krank war oder ich weiß nicht mehr - - dass da das Kanzlerinnenhandy Thema war. Aber das ist Glaube, also jetzt kein hundertprozentiges Wissen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Kanzlerinnenhandy-Thema war mit sozusagen der Melodie: Steuern wir das gegebenenfalls selbst in Kooperation mit der NSA?

Zeuge Gerhard Schindler: Das Kanzlerhandy war da Thema, oder soll da Thema gewesen sein. Die Fragestellung im Einzelnen weiß ich nicht; ich war ja nicht dabei.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Jetzt müssten wir aber wirklich wechseln - jetzt haben wir nämlich schon 13 Minuten rum - und kommen zur Fraktion der SPD.

Susanne Mittag (SPD): Wir haben keine weiteren Fragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann sind wir bei der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie über die Kontrollbesuche der Datenschutzbeauftragten informiert gewesen?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, die Frau Dr. F., die ja schon jetzt mehrfach angesprochen worden ist, das war ja dann unsere behördeninterne Datenschutzbeauftragte. Und das hat sie sehr gewissenhaft immer gemacht und hat mich auch immer unterrichtet über die Kontrollbesuche.

Martina Renner (DIE LINKE): Es gab ja dann auch vielfältigen Schriftwechsel zwischen der Datenschutzbeauftragten und dem Leitungsstab. Kannten bzw. kennen Sie diesen Schriftwechsel?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ob ich den gesamten Schriftwechsel kenne, das weiß ich jetzt nicht. Auf jeden Fall sind mir einige Schriftsätze in Erinnerung, sowohl von der Behörde der Datenschutzbeauftragten als auch unsere Antworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Und was ist Ihnen so erinnerlich? Da ging es ja auch um Datenausleitung in die USA -

Zeuge Gerhard Schindler: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): - und XKeyscore usw.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich kann mich daran erinnern, dass die Datenschutzbeauftragte, also die Behörde, eine Reihe von Punkten beanstandet hatte und wir versucht hatten, darzulegen, warum aus unserer Sicht diese Beanstandung nicht zutrifft.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie in der Phase schon darüber nachgedacht, dass man an einigen Stellen auch Konsequenzen ziehen muss aus den aufgeworfenen Sachverhalten?

Zeuge Gerhard Schindler: Eine der Konsequenzen war, dass ich die Datenschutzbeauftragte persönlich angeschrieben habe und habe gebeten, dass diese Kontrollbesuche jährlich stattfinden; denn das war der erste Kontrollbesuch nach über zehn Jahren nach meiner Erinnerung.

Martina Renner (DIE LINKE): Und diese sonstigen Problematiken, fehlende Dateianordnung usw. - -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, natürlich. Da, wo etwas fehlt, das muss dann nachgeholt werden. Und in einem Fall ging das recht schnell; in dem anderen Fall weiß ich jetzt nicht mehr, wie die Abarbeitung war oder ist. Auf jeden Fall: Selbstverständlich, da, wo eine Dateianordnung fehlt, ist sie nachzuholen.

Martina Renner (DIE LINKE): Es gab ja auch durchaus Beschwerden der Datenschutzbeauftragten: Zutrittsrechte, Nichtvorlage von Unterlagen, insbesondere NSA-Selektorenproblematik in dem Zusammenhang. Waren Sie bei den Entscheidungen, ebendiese Dinge zu verweigern, beteiligt? Oder wer hat das entschieden?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, genau kann ich mich da nicht mehr dran erinnern, ob ich im Vorfeld oder danach unterrichtet worden bin. Ich weiß, dass wir dieses Problem hatten, und ich habe es für richtig befunden, dass kein Einblick in die NSA-Selektoren gewährt worden ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie den Sachstandsbericht der Datenschutzbeauftragten?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich kenne nur den - also aus meiner aktiven Zeit noch - Entwurf, der ja dann leider verteilt worden ist, obwohl eben der Bericht noch nicht fertig war.

Martina Renner (DIE LINKE): Verteilt an das Parlament?

Zeuge Gerhard Schindler: Genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Sind Ihnen unter den von der Datenschutzbeauftragten gemachten Sachverhalten, die sie ja dann auch in Ihrer



Nur zur dienstlichen Verwendung

rechtliche Bewertung in, ich meine, jetzt 12 Fällen auch als Rechtsverstöße gewertet hat, solche erinnerlich, wo Sie sagen: „Dort trage ich auch Verantwortung“?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich trage da für alles die Verantwortung. Also wenn es da Rechtsverstöße gegeben haben sollte, dann wäre ich es gewesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Vor dem Hintergrund, dass dort ja die NSA-Selektoren, die Zusammenarbeit in Bad Aibling, die Datenbanken eine Rolle spielen, hätte es nicht doch eine aktivere Unterrichtung der zuständigen Rechts-, Dienst- und Fachaufsicht im Bundeskanzleramt geben müssen? Oder wären vielleicht Dinge vermeidbar gewesen, wenn man das Bundeskanzleramt informiert hätte in den zurückliegenden Jahren?

Zeuge Gerhard Schindler: Also das ist jetzt sehr hypothetisch.

Martina Renner (DIE LINKE): Oder ist es so, dass es unerheblich ist, ob ich das der Abteilung 6 sage, weil dort sowieso Leute sitzen, die vormals im BND waren und die Arbeit des BND kritiklos sehen?

Zeuge Gerhard Schindler: Also ich hatte nicht das Gefühl, dass die Abteilung 6 kritiklos war.

Martina Renner (DIE LINKE): Welche Kritik hat sie denn mal formuliert? Also uns ist da nichts bisher aufgefallen. Wir wären jetzt auch mal interessiert an irgendeiner Kritik. Also, da gibt es nur zwei Varianten: „Ich wusste es nicht“, oder: „Es wusste das Nachbarreferat.“ Mehr haben wir noch nicht erfahren hier.

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich kann Ihnen jetzt leider auch keinen konkreten Fall nennen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir kennen auch keinen.

Zeuge Gerhard Schindler: Aber glauben Sie mir, das war nicht so, dass da immer Friede, Freude, Eierkuchen war.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber dann würden wir gerne mal wissen, was war denn mal ein Dissens mit Herrn Heiß?

Zeuge Gerhard Schindler: Wahrscheinlich waren das Themen außerhalb des Untersuchungsreichs.

Martina Renner (DIE LINKE): Bestimmt.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber wir haben ja nun einen Untersuchungsbereich, der sich über viele Jahre erstreckt und auch einen wesentlichen Kernbereich der Arbeit des BND umfasst, nämlich die Kooperation mit den Five Eyes. In dem Bereich gab es keinen Dissens?

Zeuge Gerhard Schindler: In der grundsätzlichen Ausrichtung, dass internationale Zusammenarbeit unverzichtbar ist und dass wir beide die internationale Zusammenarbeit fördern wollen, nämlich BND und Bundeskanzleramt, da gab es nun wirklich keinerlei Dissens, sondern da haben wir sehr eng zusammengearbeitet.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat das Bundeskanzleramt vielleicht seine Zuständigkeit als Dienst-, Rechts- und Fachaufsicht nicht wahrgenommen? Wir hatten ja vorhin harsche Worte gegen das PKGr, und da frage ich mich: Muss man nicht ähnlich harsch mit dem Bundeskanzleramt von Ihrer Seite jetzt ins Gericht gehen?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich hatte keine harschen Worte gegen das PKGr, sondern gegen das System. Das hat nichts mit den Mitgliedern des PKGr zu tun.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann reden wir vom System Bundeskanzleramt: Drehtüreffekt, ein und dieselben Leute, die zirkulieren über Jahre irgendwie zwischen Bundeskanzleramt, BMI, BND, BfV hin und her. Man ist eine eingeschworene Kohorte, und keiner wird dem anderen auch nur ein Haar krümmen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Also ich hatte nicht den Eindruck, dass das so ist, wie Sie es schildern, sondern aus meiner Sicht gab es ganz klar auch Fragestellungen, Berichtspflichten, die wir hatten, und, und, und. Daher ist das - -

Martina Renner (DIE LINKE): Aber dann sagen Sie doch mal eine Kritik, einen Dissens mit dem Bundeskanzleramt, wo die mal gesagt haben: So geht es nicht. Das wird abgestellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn es denn dann untersuchungsgegenständlich ist.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, klar, natürlich. Ich meine jetzt nicht Markus R. oder so Geschichten da, sondern - -

Zeuge Gerhard Schindler: Also, mir fällt jetzt auf Anhieb für den Untersuchungsbereich kein solches Beispiel ein, was nicht heißt, dass es nicht der Fall war.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber ist das dann eine funktionierende Aufsicht, die nie Kritik hat?

Zeuge Gerhard Schindler: Sie hatte doch Kritik.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber an irgendwelchen anderen Sachen. Ja, was weiß ich, an zu hohen Spesenrechnungen vom Oktoberfest.

Zeuge Gerhard Schindler: Diese Kritik ist mir nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Die ist mir aber bekannt. Es soll zu teuer geworden sein zuletzt, die Beköstigung und Versorgung der befreundeten Dienste im Zelt. - Aber dass man jetzt sagt grundsätzlich, es gab quasi strukturelle Gründe, die dazu führten, dass das Bundeskanzleramt diese Problematiken „Eigenerfassung, NSA-Selektoren“ nicht sehen konnte - - sehen Sie nicht? Also, dass sie zum Beispiel nicht vollständig informiert waren, dass sie nicht gefragt haben, dass sie es nicht wissen wollten - - Es gibt keinen Grund für - man muss ja auch sagen - - das Versagen dieser Aufsicht? Zufall?

Zeuge Gerhard Schindler: Also ich sehe da keinen Grund.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Ich habe erst mal in öffentlicher Sitzung keine weiteren Fragen mehr. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion der CDU/CSU. Da habe ich nur, glaube ich, eine Nachfrage noch mal eben auf das, was Sie auf die Fragen des Kollegen von Notz gesagt haben bezüglich dieser Zahlen, die im Raum damals standen, und die Frage: Auf was für Daten bezieht sich das? Sind alle Deutschen quasi abgehört worden?

Können Sie das noch mal präzisieren, weil irgendwie hatte ich seit Monaten hier den Eindruck, dass das ganz anders gespiegelt wird, und Sie haben das eben relativ klar gesagt. Was ist denn da herausgefunden worden, nachdem man sich diese Vorwürfe aus den Medien einmal angeguckt hat? Worum ging es in dieser großen Zahl von Daten, die da im Raum stand? Und das ist ja die These, die immer wieder geäußert wird: Mit Hilfe des BND spionieren die Amerikaner mit der NSA massenhaft deutsche Bürger aus. Und dann kommt diese gigantische Zahl von 500 Millionen Daten, Datensätzen, was auch immer. Was ist denn da jetzt wirklich dran? Also, ich glaube dem Zeugen, weil er als Zeuge ja auch die Wahrheit sagen muss, und ich glaube nicht, dass der Zeuge hier mal eben so lügt.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, also, es ist falsch, diese Aussage. Im *Spiegel* ist es ja so veröffentlicht worden - ich wiederhole mich noch mal gerne -: Dies sind Daten deutscher Grundrechtsträger. - Der *Spiegel* hat, glaube ich, Monate später das noch mal klargestellt, dass es falsch war, allerdings nur in einem Nebensatz; aber ist okay. Wir haben dann geprüft: Mensch, wie kommen die auf die Idee, dass das deutsche Daten sind, also Daten deutscher Staatsbürger? Und es war die Weltkarte mit verschiedenen Kennungen; ich glaube, SIGAD war die Abkürzung. Diese verschiedenen Kennungen waren verschiedenen Ländern zugeordnet - ich kann mich noch an



Nur zur dienstlichen Verwendung

Spanien und Italien erinnern -, und da waren immer bestimmte Zahlen, sodass man in der Tat als Unbedarfter auf den ersten Blick sagen könnte: Das sind Daten aus diesen Ländern. Das konnte aber aus unserer Sicht nicht sein; denn wir konnten uns überhaupt nicht erklären: Wie kommt die NSA an 580 Millionen Daten deutscher Staatsbürger? Und haben deshalb selbst überprüft und haben aber auch die Amerikaner gefragt. Wir haben allerdings auch unsere Partner gefragt, also, wir haben auch die Spanier gefragt, wir haben die Italiener gefragt, weil die ja vor demselben Problem standen.

Und nachdem wir das alles abgeklärt haben, war klar, ist klar und bleibt klar: Die größere Zahl von 500 Millionen ist Bad Aibling. Nämlich alles das, was wir dort mit den NSA-Selektoren für die Amerikaner erfasst haben, fließt ja in die USA, wird dort gemessen anhand Metadaten, und das waren zu dem Monat, der gerade dieses Chart beinhaltet, etwa 500 Millionen.

Und die zweite Kennung war unsere eigene Erfassung in Afghanistan, nicht die, die wir von - - Wir erfassen Afghanistan auch von Bad Aibling aus; aber wir haben in Afghanistan auch noch mal eigene Erfassungsstellen vor Ort im Land. Und das, was dort erfasst worden ist - nämlich 80 Millionen in diesem Monat -, fließt auch über Bad Aibling an die Amerikaner, ist aber ein zweiter Topf. So. Und das zusammen sind die 580 Millionen, die eben keine Daten deutscher Staatsbürger sind, sondern Ausländer, Metadaten von Ausländern.

Das allerdings herauszubekommen und dann aber auch dagegenzuhalten, weil ja jeder Zweite in der Diskussion immer gesagt hat: „Der BND, der ist Unterstützer für den Bruch des Grundrechtes“, das hat eine Heidenarbeit erfordert. Und da gab es aber rundherum jede Menge dann Theorien, also: Das geschieht von der amerikanischen Botschaft; das geschieht über dies oder jenes. - Die SPD hat damals 140 Fragen gestellt als parlamentarische Frage; bei den Grünen waren es 46 oder so was. Das heißt, das musste alles beantwortet werden, und das hat uns damals relativ lahmgelegt. Aber wichtig ist, dass es keine deutschen Staatsbürger waren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist ja schon mal eine Erkenntnis auch des Untersuchungsausschusses dann möglicherweise nach doch Monaten. - Wissen Sie, wo diese Zahl herkam: 500 Millionen?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Die Amerikaner zählten, wir zählten nicht. Beim BND gab es also neben dem fehlenden Qualitätsmanagement auch keine Statistik, weil es hat einfach niemanden interessiert: Sind es jetzt eine Million? Sind es zehn Millionen? Oder eine Milliarde? - Das lief halt durch die Maschine durch. So, deshalb - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist natürlich auch nicht so gut.

Zeuge Gerhard Schindler: Nein. Deshalb haben wir auf Betreiben des PKGr, und zwar des Abgeordneten der Linken, dessen Namen mir jetzt leider nicht mehr einfällt - - Der hat beantragt, das zu zählen, und das ist dann beschlossen worden, und wir haben dann gezählt. Wir haben auch rückwärts gezählt und konnten grob - das muss ich zugeben, nicht auf den letzten Einer genau - diese Zahlen 500 Millionen und 80 Millionen bestätigen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich sage mal, das ist wahrscheinlich auch etwas, was wir hinterher anmerken werden. Also wenn man schon dementsprechende Dinge macht und ja dann - nicht da, aber in Deutschland - vielleicht sogar aufgrund von G-10-Anordnungen oder was auch immer in Grundrechtsträgerrechte eingreift, dann sollte man das auch dementsprechend dokumentieren, nachhalten können und hinterher auch, ich sage mal, nachweisen können, dass es rechtmäßig war. Ich glaube, da ist sicherlich noch Verbesserungsbedarf von dem her, was Sie gerade sagen. Okay.

Aber ich frage noch mal: Wissen Sie, woher denn diese Zahl überhaupt in den Raum gekommen ist? Die Amerikaner haben es ja nicht mit ihren Nachrichtendiensten der Presse gegeben, diese Zahl. Wo kommt das her?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, Snowden war ja länger Wachmann bei der NSA als operativ tätig.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Er war fünf Monate Wachmann und, wenn man es großzügig rechnet, mal gerade drei Monate in der - - Er sollte Massendatenauswertung machen. Das ist er ja irgendwann im März 2013 geworden und musste dafür, damit er das überhaupt ausüben kann, eine Schulung machen. Und schon bei dieser Schulung hat er die Schul-Charts abgegriffen. Und das waren im Übrigen auch die ersten Charts, die veröffentlicht worden sind. Und ein Schulungs-Chart war genau dieses, nämlich von einem Monat. Da hat irgendein Bearbeiter gesagt: Nehmen wir mal den Monat X. - So. Zack. Da hat er das gezeigt, damit die Neuen wissen: Okay, das sind unsere Quellen, da kommen die Metadaten her. Von Deutschland 580 Millionen - aber eben nicht von Deutschland, sondern vom BND - und von den Italienern - auch aus Afghanistan übrigens - soundso viele Millionen und, und, und. Und diese Schulungs-Charts hat er gestohlen und hat sie dann veröffentlicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meinen Sie, Snowden wusste, was er da überhaupt mitnimmt?

Zeuge Gerhard Schindler: Aus meiner Sicht wusste er - - Also, ganz dumm war er natürlich nicht, aber in vielen Punkten war er einfach nicht lange genug in der Materie der Metadatenauswertung, um jetzt konkret zu wissen: Wer steckt hinter den SIGADs? Nämlich SIGAD sowieso und SIGAD sowieso. Ich glaube, das war eine Fehleinschätzung von ihm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ich könnte mir vorstellen, dass der Kollege Ströbele jetzt sicherlich nachhaken möchte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, bei dieser Frage gar nicht. Ich bin bei der vorherigen Frage des Kollegen von Notz. Mich interessiert jetzt - Sie sind ja schon gefragt worden, wann Sie von dem Ausspruch der Kanzlerin erfahren haben; das haben Sie schon gesagt -: Wann haben Sie zum ersten Mal davon gehört, dass das Handy der Kanzlerin abgehört worden ist?

Zeuge Gerhard Schindler: Nach meiner Erinnerung über die Presse.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Über die Presse?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen bekannt - wenn Sie nicht selber das entgegengenommen haben, vielleicht jemand anders -, dass beim Bundesnachrichtendienst und auch beim Verfassungsschutz vom Kanzleramt vor der Veröffentlichung nachgefragt worden ist?

Zeuge Gerhard Schindler: Im Nachhinein - ich sagte ja: Da war irgendein Zeitraum, den ich nicht mehr genau auf die Reihe kriege, wo ich entweder krank oder im Urlaub oder weiß der Teufel wo war, auf Dienstreise - weiß ich, dass es wohl eine Anfrage des entsprechenden Journalisten gegeben hat, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Kanzleramt?

Zeuge Gerhard Schindler: - indem er eine Kopie dieses dann später von der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*, glaube ich, veröffentlichten Rasters gegeben hat, und das sollte vom BND und vom BfV auf Authentizität oder so was geprüft werden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Damit war ich aber nicht befasst.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wann das war, wissen Sie das?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, damit war ich nicht befasst.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, die Veröffentlichung war - ich erinnere mich deshalb, weil ich damit befasst wurde noch in der Nacht vor der Veröffentlichung - am



Nur zur dienstlichen Verwendung

23. Am 24. waren ja Ihre drei Treffen mit den Kollegen. Und deshalb interessiert mich - diese Anfrage muss ja ein, zwei Tage vorher gewesen sein vom 23. aus gesehen -: Wissen Sie denn, ob das dann geprüft worden ist von Ihrer Behörde bzw. vom Verfassungsschutz und was dabei rausgekommen ist?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, ich glaube, dass der Bundesnachrichtendienst eine Stellungnahme abgegeben hat, in der er sich - ich weiß jetzt nicht mehr genau, wie er sich ausdrückt - - Auf jeden Fall: „Das kann plausibel sein“, so in etwa. Also, der BND hat ja auch keine Kenntnis davon, wie jetzt konkret welcher Nachrichtendienst steuert. Also, das schien plausibel, aber zu behaupten: „Das ist genau so, weil wir wissen, wie die Amerikaner das aufzeichnen“, das konnte der BND so nicht abgegeben haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wissen Sie, was der Verfassungsschutz gesagt hat dazu?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie nicht. - Haben Sie denn danach noch mal gehört, in den Tagen danach oder in den Wochen danach, aus dem Kanzleramt, ob man denn jetzt davon ausgehen sollte, dass es so ist oder dass es nicht so ist? War das vielleicht auch Teil der drei Besprechungen am 24.?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich kann nur noch mal sagen: Ich weiß es nicht genau, was - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Schindler, das war doch - ich will es nicht sagen - eine Deutschland bewegende, vielleicht Europa, vielleicht sogar weltbewegende Frage zwischen auch den beiden Staaten Deutschland und den USA. Und da interessiert das doch dringend: Stimmt es, oder stimmt es nicht? Und Sie haben ja jetzt gesagt: Erste Durchsicht sei plausibel, aber muss nicht stimmen.

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, „muss nicht stimmen“, hat der BND nicht gesagt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, sage ich jetzt so; aber: Kann nicht sagen, dass es stimmt. - Jetzt interessiert doch weiter: Wird es irgendwie verifiziert? Haben Sie zu irgendeinem Zeitpunkt direkt danach, nach der Veröffentlichung oder später, irgendwelche Anhaltspunkte dafür erfahren, dass es stimmt?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nie?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe nur das erfahren, was jeder erfahren hat. Also wenn Obama sagte: „Zukünftig machen wir das nicht mehr“, dann kann man daraus schließen: Also vorher ist es gemacht worden, oder so. Aber ansonsten - - Es gab da jetzt keine Bestätigung der amerikanischen Dienste: „Mensch, Jungs, tut uns leid“, oder sonst irgendwas.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber es gibt ja auch andere. Also, es soll ja ein Gespräch der Kanzlerin gegeben haben mit Obama darüber. Sind Sie darüber informiert worden, was da - -

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ob dadurch, dass in - - oder in dem Gespräch das bewahrheitet wurde oder bestätigt wurde?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe keine Kenntnis vom Inhalt dieses Gespräches.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gar nichts? Nie irgendwas mitgeteilt worden?

Zeuge Gerhard Schindler: Genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War das denn mal Gegenstand Ihrer Gespräche mit Ihren US-Freunden oder Partnern? Also, Sie haben ja mit den höchsten auch Geheimdienstleuten da verkehrt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, das war schon Gegenstand. Also, wir haben das angesprochen. Ich glaube, das war sogar auf der Reise, die ich mit Maaßen gemacht habe. Ja, es ist angesprochen worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und? Haben die gesagt: „Ist doch alles Quatsch“, oder haben die gesagt: „Macht ihr doch auch so“?

Zeuge Gerhard Schindler: Es gab jedenfalls keine Antwort, die eindeutig Ja oder Nein war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber, Herr Schindler, ob nun Ihre oberste Chefin oder unser aller oberste Chefin abgehört worden ist - - Und jetzt kommen Sie dahin zu denen, die das tun sollen, da interessiert einen doch dringend, was die dazu sagen. Was haben die denn gesagt? Haben die gesagt: „Das stimmt nicht, das ist eine absolute Lüge“, und: „Das Papier ist gefälscht“?

Zeuge Gerhard Schindler: Die haben gesagt: Lasst uns ein No-Spy-Abkommen machen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben die gesagt?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und mit dem Zusatz: „Dann passiert das nicht mehr“?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, ich weiß jetzt nicht mehr, wie das da im Einzelnen gelaufen ist, aber auf jeden Fall - - Es war jetzt - - Also, zu glauben, dass irgendein Nachrichtendienst etwas bestätigt, und zu glauben, dass die amerikanischen Dienste jetzt bestätigen würden: „Okay, Tagesordnungspunkt eins, Handy der Kanzlerin: Ja-wohl, das stimmt, wir haben die Kanzlerin abgehört“, das ist unreal. Sondern - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man gibt das zu verstehen vielleicht.

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, noch nicht mal zu verstehen, also jedenfalls ich habe es dann nicht verstanden, sondern es wurde darüber von uns nachgefragt: Stimmt es, dass? Wir wollten ja auch wissen, ob es möglicherweise, wenn es denn stimmt, auch andere noch gibt. Hätte ja jetzt eine Serie von Veröffentlichungen geben können: „Heute Handy Kanzlerin, morgen Ihr Handy“, oder was weiß ich

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meins kommt erst.

Zeuge Gerhard Schindler: Und deshalb wollten wir wissen: Was wissen die Amerikaner? Und darauf haben wir - ich weiß jetzt nicht mehr, wie das im Einzelnen war - auf jeden Fall keine Antwort erhalten, die Ja oder Nein eindeutig gewesen wäre, sondern das war dann mehr so: Lasst uns gemeinsam in die Zukunft schauen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also ich habe das vorhin nicht ohne Grund vorgehalten. Als ich das in den USA angesprochen habe, da wurde gesagt: „Das machen doch alle“, oder: „Das macht ihr doch auch oder eure Dienste“, was ja gar nicht so lebensfremd ist, wie wir inzwischen wissen.

Zeuge Gerhard Schindler: Das haben aber bestimmt Parlamentarier Ihnen gesagt und nicht Vertreter der Nachrichtendienste.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, auch Leute von Diensten, ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Echt? Das kann ich nicht glauben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Gerhard Schindler: Das kann ich nicht glauben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass die gesagt haben: „Ihr macht das auch, eure Dienste machen das auch“?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja. Warum nicht? Das sagen die nicht? Kein Parlamentarier.

Zeuge Gerhard Schindler: Ein Parlamentarier sagt das in den USA; aber ein Angehöriger der Dienste, das kann ich mir nicht vorstellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir dann auch noch mal wechseln. - Ich glaube, die SPD hat derzeit keine Fragen mehr in - - Ach so, weil es eben gesagt worden ist. Gut. Dann kommen wir zur Fraktion der SPD.

Christian Flisek (SPD): Nein, wir haben noch Fragen, Herr Vorsitzender. - Thema noch mal No-Spy-Abkommen. Herr Schindler, Sie waren ja schon zweimal unser Gast, und da hatten Sie in eine Vernehmung gesagt: Der Begriff „No Spy“ - das wissen Sie noch ganz sicher - kam von den Amerikanern. Dabei bleiben Sie auch, oder?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, also ich kannte den Begriff vorher nicht, also No Spy Agreement, und da dachte ich: Boah, das ist ja eine gute Idee.

Christian Flisek (SPD): Ja, es wäre auch eine prima Idee. - Ich meine, jetzt sind Sie ja wirklich ein Profi in dem Bereich, was geheimdienstliche Gepflogenheiten betrifft, was sozusagen auch Kooperationen, internationales Nachrichtendienstgeschäft betrifft. Ich unterstelle das jetzt mal, dass es dieses Angebot gab. Wenn es zu einem solchen Abkommen jemals gekommen wäre, das wäre ja doch, denke ich mal, ziemlich einzigartig, oder?

Zeuge Gerhard Schindler: Also für den BND auf jeden Fall, -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: - weil wir kein anderes No-Spy-Abkommen zum damaligen Zeitpunkt hatten. Und ich fand es aber auch deshalb schon gut, weil wir die Idee hatten, mit diesem No-Spy-Abkommen der USA können wir auf unsere europäischen Partner zugehen und sagen: Lasst uns doch mal einen gemeinsamen EU-Verbund bilden, nach dem Motto: Keiner

klärt den anderen auf. Siehe hier, mit den Amerikanern geht es ja. - Also, das wäre schon vielversprechend auch für die Gestaltung der Zukunft gewesen.

Christian Flisek (SPD): Weil man davon ausgeht, dass - - Wie gesagt, für den BND wäre das einzigartig gewesen. Und Ihnen ist sicherlich auch in Ihrer Zeit - zumindest auch nicht dem Hörensagen nach - irgendwie nicht ein anderes No-Spy-Abkommen untergekommen, das andere Länder miteinander geschlossen hätten. Oder kennen Sie irgendeins?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, kenne ich nicht. Also, kannte ich zum damaligen Zeitpunkt nicht und heute mit anderen Ländern auch nicht. Also, der BND hat inzwischen seine - - ist schon weiter fortgeschritten.

Christian Flisek (SPD): Was ist der BND?

Zeuge Gerhard Schindler: Beim BND ist die Entwicklung weiter fortgeschritten. Das ist jetzt nicht mehr so völlig abwegig, dass es ein No-Spy-Abkommen gäbe. Nicht mit den Amerikanern.

Christian Flisek (SPD): Ich vermute, alles außerhalb unseres Untersuchungsgegenstandes.

Zeuge Gerhard Schindler: Genau.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Mit Bayern!)

Christian Flisek (SPD): Mit Bayern, ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, der BND heißt ja „Bayerischer Nachrichtendienst“, insofern wäre es ja ein Selbstgeschäft gewesen.

Christian Flisek (SPD): Schauen wir mal, wie lange noch.

Zeuge Gerhard Schindler: Die Amerikaner sind deshalb auch drauf gekommen, weil sie sagten: Es gab schon mal ein anderes Land, das wollte das mit uns damals machen, aber wir Amerikaner haben abgelehnt. Aber jetzt, wo wir diese Situa-



Nur zur dienstlichen Verwendung

tion haben, so wie sie ist, könnten wir uns vorstellen, mit euch aber eins zu machen. - Das heißt, das muss schon mal irgendwie international Versuche gegeben haben, so was zu machen; aber ich kann Ihnen leider nicht sagen, mit welchem Land das ist.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Jetzt aber trotzdem noch mal - unterstellt, das hat alles Hand und Fuß -: Wenn die Bundesrepublik Deutschland oder auch zwei Dienste, ein US-Dienst und ein deutscher Dienst, ein solches No-Spy-Abkommen abschließen würden und es würde an die Öffentlichkeit kommen, dass es so was gibt, da wüssten doch die Amerikaner mit Sicherheit, dass sie da am nächsten Tag ziemlich viele Anrufe hätten - oder die NSA oder was weiß ich, der Geheimdienstkoordinator drüben - von Ländern, Diensten aus anderen befreundeten Partnerländern, die gesagt hätten: Das wollen wir aber auch. - Das wäre doch naheliegend, oder? Oder was würden Sie denken als BND-Chef, wenn jetzt - was weiß ich - die Franzosen sagen würden: „Wir haben mit den Amerikanern ein No-Spy-Abkommen abgeschlossen“?

Zeuge Gerhard Schindler: Dann würde ich genauso handeln, wie Sie das gesagt haben.

Christian Flisek (SPD): Würden Sie bei nächster Gelegenheit - -

Zeuge Gerhard Schindler: Ich würde bei den Amerikanern anrufen und sagen: Passt mal auf, was ihr mit den Franzosen macht, das könnt ihr aber auch schön mit uns machen.

Christian Flisek (SPD): Nach allem, was ich hier gelernt habe von eingestuft und nicht eingestuft und wie man Sachverhalte und Dinge behandelt, wundert mich ehrlich gesagt, wie man dann über dieses Thema, ohne dass man überhaupt einen Erfolg erzielt, ohne dass man offensichtlich überhaupt in konkrete Verhandlungsphasen eingetreten ist - - sich anlässlich - das waren nicht Sie im Übrigen - einer Pressekonferenz nach dem PKGr hinstellt und sagt: „Das machen wir jetzt gerade“, und zwar vor allen laufenden Kameras, vor allen anwesenden Journalisten. Nach allem, was ich gelernt habe, wäre das - gesetzt den Fall, es gäbe

Verhandlungen - der sofortige Todesstoß für ebendiese Verhandlungen, weil wenn man tatsächlich verhandeln würde, dann würde man das so vertraulich und eng machen - also aus meiner Sicht wäre das die allerhöchste Geheimhaltungsstufe „Need to know“ -, wie es nur irgendwie geht, weil sobald da irgendetwas drüber rausdringt an irgendjemand anders, das Ding tot ist, bevor es überhaupt läuft.

Wenn Sie sagen, das hat so eine hohe Wertigkeit, es war einmalig für den BND, wie erklären Sie sich dann, dass Herr Pofalla genau das, was ich gerade beschrieben habe - - nämlich nach einer PKGr-Konferenz vor die Presse tritt und sagt: „Im Übrigen wollte ich Ihnen noch mitteilen, wir verhandeln jetzt gerade mit den Amerikanern ein No-Spy-Abkommen“?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, es hat eine hohe Wertigkeit. Und weil es diese hohe Wertigkeit hat, glaube ich, hat der Bundesminister damals entschieden, wegen der politischen Bedeutung das auch darzulegen.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie das als hilfreich empfunden für die Verhandlungen, die Sie geführt haben?

Zeuge Gerhard Schindler: Also die Amerikaner - das kann ich klar sagen - haben in keiner Weise irgendwann mal gesagt: Die No-Spy-Verhandlungen sind deshalb jetzt auf Eis gelegt, weil ihr damals in die Presse - - oder sonst irgendwas gemacht habt.

Christian Flisek (SPD): Die haben das von Anfang an für absurd empfunden.

Zeuge Gerhard Schindler: Die NSA nicht, sondern das Weiße Haus. Da bin ich ziemlich sicher, dass die NSA - - Also, unter General Alexander hätten wir das Ding gewuppt als BND-und-NSA-Agreement. Aber sobald das Weiße Haus ins Spiel kam und auch das Kanzleramt, dann war das Ding tot.

Christian Flisek (SPD): Geht so was, No-Spy-Abkommen abschließen ohne Beteiligung der jeweiligen Regierungsadministration?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, nein, also beteiligen müssen Sie. Das hätten wir auf jeden Fall gemacht. Also, nehmen wir mal an, das Kanzleramt wäre in keiner Weise unterrichtet gewesen, dann wäre ich zum Kanzleramt gegangen und hätte gesagt: Hallo, hier, wir haben die Chance, ein No-Spy-Abkommen zu machen. - Bei dieser Frage, wo ich sagte: „Weißes Haus und Kanzleramt“, da ging es gar nicht um die Unterrichtung dieser beiden Institutionen, sondern es war dann geplant, ein Abkommen auf dieser Ebene zu schließen. Und das war - -

Christian Flisek (SPD): Auf welcher Ebene? NSA-BND?

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, nein, ein Abkommen Weißes Haus und Kanzleramt. Also, man hat es den Diensten entnommen. Man hat gesagt: Nein, ihr seid zu doof dafür, das machen wir jetzt mal.

Christian Flisek (SPD): So ist das passiert?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Christian Flisek (SPD): Also, es ist auf die höhere Ebene gegangen?

Zeuge Gerhard Schindler: Genau.

Christian Flisek (SPD): Und die haben das dann nicht „gewuppt“, wie Sie das gerade gesagt haben?

Zeuge Gerhard Schindler: Weil genau diese politischen Inkompatibilitäten entstanden sind, die Sie zu Recht - -

Christian Flisek (SPD): Und wenn das sozusagen auf Ihrer Ebene geblieben wäre, BND-NSA, dann haben Sie gesagt: „Das hätten wir gewuppt“?

Zeuge Gerhard Schindler: Das wäre mein Gefühl gewesen, dass das erreichbar gewesen wäre.

Christian Flisek (SPD): Was wäre der Inhalt eines solchen No-Spy-Abkommens zwischen NSA und BND gewesen? Was muss ich mir da vorstellen,

wenn das so gelaufen wäre, wie Sie sich das gewünscht hätten?

Zeuge Gerhard Schindler: Wir hatten ja den ersten Entwurf gemacht. Also, wir hatten ja mit General Alexander darüber gesprochen: Was schreiben wir da rein? - Sie haben völlig recht. Wir haben gesagt, wir machen zwei Teile. Einmal schreiben wir den Teil rein: Schutz unserer beiden Staaten und Nationen, was darf der andere jeweils nicht. Und der zweite Teil hätte dann eine gemeinsame Zusammenarbeit, im Grunde genommen eine Fortschreibung des Agreements von 2002, 2004 - - Aber nicht mehr auf Bad Aibling bezogen, sondern Leitlinien einer grundsätzlichen weiteren Zusammenarbeit.

Christian Flisek (SPD): Und in dem ersten Teil „Was darf der jeweils andere Staat nicht?“, was für eine Bindungswirkung, Reichweite hätte das denn gehabt, wenn da die Unterschrift der NSA und von Herrn Schindler gestanden hätte am Ende?

Zeuge Gerhard Schindler: Jedenfalls für die beiden Dienste.

Christian Flisek (SPD): Für die beiden Dienste?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Christian Flisek (SPD): Weil Sie gerade „Länder“ gesagt haben.

Zeuge Gerhard Schindler: Entschuldigung, dann habe ich mich ein bisschen - - Also, die beiden Dienste haben sich dann zum Stellvertreter des Landes gemacht. Also, wir haben ja dann gesagt: Wir möchten nicht, dass Deutschland oder dass in Deutschland - - also NSA - -

Christian Flisek (SPD): Also, Sie hätten dann für die Bundesrepublik Deutschland unterschrieben, und das No-Spy-Abkommen hätte dann eine Reichweite gehabt: Die USA verpflichten sich, bestimmte Dinge in Bezug auf Deutschland nicht zu tun.

Zeuge Gerhard Schindler: Die NSA verpflichtet sich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Hätte das Sinn gemacht?

Zeuge Gerhard Schindler: Es wäre ein erster Schritt gewesen. Mit so einem Abkommen hätte man durchaus an die CIA gehen können und, und, und. Also, ich war sehr engagiert in dieser Sache, habe auch selbst mitformuliert, weil ich einfach so begeistert war von der Idee, so ein Ding da hinzukriegen. Und wir haben dann auch ganz konkret in den USA verhandelt, wo dann beispielsweise im Grunde genommen schon Detailregelungen erörtert worden sind, und zwar auf der Ebene General Alexander und ich, so nach dem Motto: Was passiert aber, wenn eine Operation läuft, und die läuft nach Deutschland rein, und die geht so schnell, dass es jetzt aber fatal wäre - - Nehmen wir mal an, die NSA müsste jetzt abschalten, weil sie eben ganz klar auf deutschem Gebiet keine Operation durchführen kann. Und dann haben wir versucht, das so zu formulieren, so eine Art Eilbefugnis, die man dann hinkriegt, damit diese Operation dann nicht abgeschaltet werden muss. Ich will mit diesem Beispiel zeigen, wie sehr konkret und detailliert wir eigentlich schon das auf der Diensteebene besprochen haben.

Christian Flisek (SPD): Was halten Sie jemandem entgegen, der glaubt, das ist alles erfunden? Was sagen Sie dem? Wie beweisen Sie, dass es das doch gab?

Zeuge Gerhard Schindler: Na ja, mit Aktenbeweis kann man schon machen - - Ich gehe mal davon aus - - Ich weiß jetzt nicht, was Sie da gesehen haben, aber diese Entwürfe usw. zu dem No-Spy-Abkommen, die gibt es ja. Da gibt es auch Besprechungsvermerke. Im Übrigen hat dann auch die Abteilung TA mit der US-amerikanischen Vertretung hier in Bad Aibling gesprochen. Die haben schon mal Vorerkundigungen gemacht: Wie weit können sich die Amerikaner diesen Text vorstellen? Wie weit können wir Deutschen uns diesen Text vorstellen? Also, das kann man ja an den Akten sehen, dass da tatsächlich Aktion war.

Christian Flisek (SPD): Okay. Die weiteren Fragen dazu, die werde ich Ihnen dann in eingestufte Sitzung stellen. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur nächsten Fragerunde und zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe in öffentlicher Sitzung erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann gucke ich mal zur Union. - Auch keine. Dann sind wir bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Schindler, noch mal zu der Handynummer der Kanzlerin. War das eigentlich merkwürdig, das mit der amerikanischen Seite überhaupt zu besprechen? Also, ich meine, der BND hat ja nun selbst unter diesem Gesichtspunkt „Abhören unter Freunden geht gar nicht“ schwierige Selektoren gesteuert, -

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, also - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - also auch - ich sage jetzt einfach mal - US-Selektoren. So. Und da fährt man jetzt in die USA, oder man redet mit denen und sagt: Du, aber das mit der Merkel, das ist ein Riesenproblem. - Und sagen die dann - - Also, was sagen die denn dann?

Zeuge Gerhard Schindler: Wenn ich es wüsste, könnte ich es nur in eingestufte Sitzung sagen; aber ich kann mich nicht mehr an die konkreten Antworten erinnern. Fest steht eins: Die haben aus meiner Sicht sehr cool und sehr geschickt geantwortet, so dass ich kein eindeutiges Ja oder Nein aus dieser Antwort in Erinnerung habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wie war denn Ihr Handlungsauftrag selbst? Also, wie haben Sie das denn empfunden, das überhaupt erörtern zu müssen mit der amerikanischen Seite, wenn Sie selbst amerikanische Politiker steuern?

Zeuge Gerhard Schindler: Das kann man gedanklich trennen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut. Dann ist man klar im Vorteil.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt. Na gut. - Ich wollte jetzt noch mal - ohne dem hier leider in öffentlicher Sitzung final auf den Grund gehen zu können - dieser schönen 500-Millionen-Story hinterhersuchen. Und Sie haben ja hier gesagt, das waren dann zwei Erfassungsstellen, und eine davon war Bad Aibling.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das war das, was man mit den Amerikanern zusammen gemacht hat, Bad Aibling. Wie viele Selektoren wurden denn da gesteuert?

Zeuge Gerhard Schindler: Zum damaligen Zeitpunkt?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ungefähr.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich glaube, die Zahl ist auch eingestuft.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Glaube ich nicht.

Zeuge Gerhard Schindler: Doch, glaube ich schon.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist ein zweistelliger Millionenbetrag; das kann man, glaube ich, sagen.

Zeuge Gerhard Schindler: Der NSA-gesteuerten Selektoren?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern?

Zeuge Gerhard Schindler: Aus meiner Sicht ein einstelliger.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Zahl ist eingestuft, sowohl die eine als auch die andere. Wir haben sie ja in den Dokumenten - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sowohl die einstellige als auch die zweistellige ist eingestuft?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, beide Zahlen. Wie hoch die stellig sind, kann ich mich gar nicht mehr dran erinnern; aber ich weiß, dass wir die eingesehen haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt müsste ich den Artikel raussuchen und Ihnen so eine Zahl vorhalten. Na, gut, okay. Also, es ist eine hohe Zahl. - Und jetzt: Wie viel Prozent, ob es nun 7, 7 000 oder 7 Millionen oder 70 Millionen Selektoren waren - - Wie viel Prozent konnte der Bundesnachrichtendienst davon lesen, das heißt überhaupt verstehen, das heißt überhaupt filtern? Können Sie da eine Prozentangabe machen?

Zeuge Gerhard Schindler: Von den Selektoren?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Es gab einen Teil, den der Bundesnachrichtendienst nicht lesen konnte; aber das war ein kleiner Teil.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie mal, wie viel prozentual.

Zeuge Gerhard Schindler: Jede Zahl, die ich sage, ist falsch. Also, ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ungefähr, plus/minus drei Prozent.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Gerhard Schindler: Keine Ahnung. Müsstent Sie andere Zeugen fragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wissen Sie, Herr Schindler, Ihre Gewissheit, dass man die Nummer der Kanzlerin nicht gesteuert hat, die hängt ja auch damit zusammen, ob man überhaupt lesen konnte, was man steuerte.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja. Sie können keine Handynummer - - Diese nichtlesbaren Steuerungen der Amerikaner sind dann für spezielle Maschinen, für Server, für irgendwelche Router oder so was, aber nicht - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Der Router des Bundeskanzleramts zum Beispiel.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja, aber nicht das Handy der Kanzlerin.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wie viel Prozent der Selektoren sind das ungefähr?

Zeuge Gerhard Schindler: Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist aber doch eine relevante Frage. - Jetzt haben Sie gesagt, es gab diesen tollen Filter, der die deutschen Sachen auf jeden Fall rausfiltert hat.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da könnte ich Ihnen jetzt auch einen stillen Vorhalt machen - machen wir nachher in nichtöffentlicher Sitzung -, da steht das irgendwie ganz anders. Aber jetzt sagen wir mal: Diese Filter funktionieren bei den Sachen, die man lesen kann. Es ist doch eine relevante Frage für Ihre Aussage hier: Wie viel konnte man denn überhaupt lesen?

Zeuge Gerhard Schindler: Noch mal: Ich habe das so verstanden - und da vertraue ich den Technikern des Bundesnachrichtendienstes -,

dass man mit diesen nichtlesbaren, also für den BND nichtlesbaren, Selektoren eben etwas anderes erfasst als Handys, Router - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das mag ja sein. Trotzdem ist das ja eine relevante Frage, auch bei der Beantwortung der Frage: Waren hier deutsche Grundrechtsträgerinnen und Grundrechtsträger betroffen?

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Denn die Amerikaner - - Sie sagen ja jetzt - - Also, das Problem war ja, glaube ich: Die Amerikaner streuen auf der ganzen Welt ihre Selektoren in diese Maschinerie ein.

Zeuge Gerhard Schindler: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Das ist überall gleich.

Zeuge Gerhard Schindler: Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die werden nicht gesagt haben: „Oh Gott, dieses Paket geht nach“ - wahrscheinlich können die das technisch gar nicht - „Bad Aibling, das ist ja Deutschland, da nehmen wir jetzt mal die Kanzlerin raus“, sondern - das war ja das Problem, glaube ich - die werden da automatisiert eingespült, und das müssen dann die Filter erfassen. Jetzt geht es aber nur um die Handynummer. Das Bundeskanzleramt ist aber ganz offensichtlich Aufklärungsziel. Und da ist es doch schon eine relevante Frage, ob eben die „verhashten“ Selektoren, wo es um, sagen wir mal, Messenger-Dienste geht, die eben alle keine Landeskennung haben, die vielleicht auch gar nicht eindeutig zuordenbar sind - - wenn es um alles, was in diesem Social-Media-Bereich läuft, wo man eben keine eindeutige deutsche Zuordnung machen kann - - Wie viel Prozent der vielen, vielen Selektoren, die der BND für die NSA in Bad Aibling steuert, sind unlesbar? Das ist doch eine relevante Frage. Und wenn Sie die nicht beantworten können, was ich respektiere und glaube - - aber dann kann man natürlich auch nicht die Aussage machen: Also, da wurden



Nur zur dienstlichen Verwendung

keine deutschen Grundrechtsträger erfasst. - Dann wissen Sie es halt nicht genau. Oder können Sie das irgendwie anders noch mal darstellen oder mir zumindest eine Prozentzahl nennen, wie viele Selektoren der Amerikaner konnte man denn lesen?

Zeuge Gerhard Schindler: Also, die weit, weit überwiegende Anzahl der amerikanischen Selektoren - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie mal eine Prozentzahl.

Zeuge Gerhard Schindler: Ich würde mal sagen, also 95 Prozent aus meinem Bauch heraus; aber bitte nageln Sie mich nicht - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 95 Prozent?

Zeuge Gerhard Schindler: Mindestens. Eher mehr. - Aus diesen lesbaren Selektoren gibt es keine Anhaltspunkte dafür - - Es gibt schon mal, dass die Maschine einen „de“ rausgeschmissen hat. Da haben die Amerikaner nicht aufgepasst, sondern hatten da einen Selektor drin, der mit einer deutschen Mailadresse versehen war. Aber man kann aus meiner Sicht sehr gut erkennen bei einer Analyse der Selektoren, dass die Amerikaner sich sehr klar bemüht haben, Deutsche aus diesem Paket herauszunehmen. Ob sie da, wenn sie mit Brasilien gearbeitet haben oder wem auch immer, Deutsche rausgenommen haben, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber da ist ja auch nichts Schändliches aus Ihrer Sicht dran, weil Ausländer darf man ja überwachen, wie man will.

Zeuge Gerhard Schindler: Genau so.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Gerhard Schindler: Deshalb kann man eben sagen: Wir haben keinen Anhaltspunkt dafür, dass eine systematische Ausspähung Deutscher mit diesem Paket gemacht worden ist.

Wenn da mal zufällig ein Deutscher dabei ist: kein Problem. Im Abkommen von Bad Aibling ist klar geregelt - man hat ja auch damals schon - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das kannten ja die Mitarbeiter nicht. Das haben Sie ja vorhin gesagt. Dieses Abkommen kannten ja die - -

Zeuge Gerhard Schindler: Nein, für die Amerikaner. Die Amerikaner sind dann verpflichtet, diesen Deutschen zu löschen. Und ich habe null Probleme und auch keine Schwierigkeiten, anzunehmen, dass die Amerikaner sich an dieses Abkommen, was die Deutschen anbelangt, halten. Es gibt keinen Ansatz dafür, für eine massenweise Aufklärung deutscher Staatsbürger. Es gibt keinen Ansatzpunkt, dass der BND da irgendwie mitgeholfen hat. Dass die Amerikaner in bestimmten Umständen irgendwas aufklären, das ist ihr gutes Recht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da können auch Deutsche betroffen sein. Die Erfahrung hat der Bundesnachrichtendienst ja nun wirklich über viele Jahre gesammelt.

Zeuge Gerhard Schindler: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich da weitermache. - Herr Schindler, noch zwei Fragen. Die erste ist im Anschluss an diese Diskussion über No-Spy-Abkommen. Ich habe das jetzt nicht hier, weil ich nicht wusste, dass das hier noch mal Thema ist. Ich habe das so in Erinnerung aus den Akten, dass über No-Spy-Abkommen gesprochen worden ist, also auf Ebene der Dienste, aber dass von der amerikanischen Seite immer gesagt worden ist, und zwar von Anfang an: Das können wir nicht alleine entscheiden, sondern das muss an andere Stelle, also Weißes Haus oder wer da zuständig ist, entschieden werden oder muss das gemacht werden. - Ist da meine Erinnerung richtig? Wurde Ihnen das auch so gesagt: „Alleine, wir können



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann vielleicht alleine unterschreiben, aber alleine können wir das nicht machen, sondern das muss vom Weißen Haus abgedeckt werden“?

Zeuge Gerhard Schindler: Das haben beide Seiten gesagt. Wir haben gesagt: Ohne Kanzleramt läuft das nicht bei uns. Und die haben gesagt: Ohne Weißes Haus läuft das nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also das war immer unter dem Vorbehalt? Weil es gibt ja eine sehr andere Darstellung, wenn man die Unterlagen aus dem Weißen Haus liest, die es darüber gibt. Da ist ja die Rede davon, dass überhaupt nie ein No-Spy-Abkommen ernsthaft in der Diskussion war.

Zeuge Gerhard Schindler: Das mag auf der Ebene des Weißen Hauses so gewesen sein, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das versuche ich jetzt aufzuklären, genau.

Zeuge Gerhard Schindler: - aber ich bin eigentlich der festen Überzeugung, dass die NSA uns damals nicht hinters Licht geführt hat, sondern das war - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, sie haben ja auch immer gesagt: „Vorbehaltlich der Genehmigung durch das Weiße Haus“, wenn ich das mal so ausdrücken darf. Das ist die eine Frage. - Und die zweite, die geht noch mal ein bisschen an das Grundsätzliche. Wir waren ja im Sommer 2013, ab Juni, auch mit zahlreichen Sondersitzungen PKGr, aber auch sonst in der Auseinandersetzung darüber: Was ist an den Snowden-Dokumenten richtig, was falsch? Was wussten Sie? Was ist Tempora? Was ist Prism? Was ist XKeyscore? - Und in dieser Diskussion, an der Sie ja auch beteiligt waren - Informationen und Nachfragen und Beantwortung von Fragen, auch schriftliche Beantwortung von Fragen -, wurde ja immer gesagt: Wir wissen davon eigentlich gar nichts. Wir wissen auch gar nicht, was Tempora ist und Prism.

Und jetzt habe ich dann in diesem Ausschuss - ich sage es mal allgemein - und der Arbeit in diesem Ausschuss - - dass Sie in der gleichen Zeit -

und Sie haben das ja vorhin auch gesagt - an einem Projekt beteiligt waren oder darüber geredet und verhandelt haben, wo genau auch so was mit einem anderen Staat verhandelt wurde. Haben Sie da nicht ein bisschen ein schlechtes Gefühl gehabt, dass Sie sich vielleicht anschließend an eine PKGr-Sondersitzung ins Flugzeug setzen und irgendwo hinfliegen und dann darüber reden, dass man genau das, was hier großes Thema ist, was nicht sein soll, wo große Aufregung drüber - - da wieder in die Wege leiten? Auch wenn das nicht realisiert worden ist.

Zeuge Gerhard Schindler: Das hatte ich nicht. Mir ging es darum - und das hat mich von dem ersten Tag bis zum letzten Tag geprägt -, bestmöglich den Auftrag des Bundesnachrichtendienstes zu erfüllen. Und das, was rechtlich möglich ist - und das Projekt, was Sie ansprechen, wäre rechtlich möglich gewesen - und zum Vorteil für Deutschland, zum Vorteil für die Sicherheit Deutschlands gewesen wäre, das hätte ich gemacht, ohne irgendein Stück Gewissensbisse.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich gucke jetzt mal auf die Uhr, weil wir gleich in die namentliche Abstimmung müssen. Sind bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lassen Sie mich die Frage noch zu Ende stellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - die Fragen so, dass wir vielleicht die so präzisieren können, dass wir es schaffen, mit dem öffentlichen Teil vor der namentlichen Abstimmung fertig zu sein? Darum geht es mir. - Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ging es da nicht auch um das Ausspähen von Datenströmen - sage ich mal ganz allgemein -, weltweiten oder über den Atlantik?

Zeuge Gerhard Schindler: Das Ausspähen von Datenströmen ist ja per se nicht verboten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das war doch der Gegenstand der Auseinandersetzung über das NSA-Ausspähen



Nur zur dienstlichen Verwendung

gemeinsam mit dem BND, ja oder nein und Hinweise darauf.

Zeuge Gerhard Schindler: Das wäre ja jetzt fatal gewesen, Herr Abgeordneter Ströbele, wenn man aus der NSA-Diskussion den Schluss gezogen hätte: Sorry, wir machen jetzt keine Operationen mehr. Kann jetzt alles irgendwie vermintes Gelände sein oder dies oder jenes. - Sondern ich habe versucht, dem Dienst das Stück Sicherheit zu geben und zu sagen: Wir machen unbeirrt unseren Weg weiter, und wir brauchen internationale Zusammenarbeit. Und das, was rechtlich verboten ist, machen wir selbstverständlich nicht; aber was rechtlich erlaubt ist, das machen wir.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der letzte Punkt zu der Frage: Als Sie das dann eingestellt haben, dieses Projekt, was nicht realisiert worden ist, spielte das überhaupt keine Rolle, die Auseinandersetzung über die Praktiken der NSA und des BND, die den ganzen Sommer gelaufen ist?

Zeuge Gerhard Schindler: Ich habe ja - - Diese Frage wurde mir ja schon eben gestellt - ich weiß jetzt nicht mehr von wem -, wo ich gesagt habe: Natürlich kann ich nicht ausschließen, dass im Hinterkopf bei den Beteiligten und möglicherweise auch bei mir eine besondere Sensibilität dann entstanden ist - beim Vorsitzenden, Herrn Professor Sensburg. Das weiß ich nicht, ob die Sensibilität jetzt ausschlaggebend war. Richtig ist, dass wir uns über bestimmte Austauschprobleme unterhalten haben und dass das nicht zum Vorteil des Bundesnachrichtendienstes gewesen wäre. Und deshalb ist es zu diesem Projekt nicht gekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, jetzt muss ich die Sitzung unterbrechen, weil eine namentliche Abstimmung kommt. Ich gucke aber mal zu den Fraktionen. Gibt es noch Fragen im öffentlichen Teil? Muss ich jetzt wissen, sonst würde ich einen Beschluss vorschlagen. - Wenn ich nichts höre, dann schließe ich daraus, es gibt keine Fragen mehr, die im öffentlichen Teil gestellt werden wollen. Dann würde ich folgenden Beschluss vorschlagen:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Schindler am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß §14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer das genauso sieht, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen, Enthaltungen sehe ich keine. - Damit ziehen wir jetzt unmittelbar in den Raum für Nichtöffentlich und Geheim um. Herr Schindler, wir würden uns da gleich nach der namentlichen Abstimmung wiedersehen und mit der Befragung in nichtöffentlicher, gegebenenfalls direkt geheimer Sitzung weitermachen.

Die Sitzung ist damit unterbrochen für die Öffentlichkeit und die Vertreter der Presse. Bei denen darf ich mich ganz herzlich bedanken. Wir sind jetzt am Ende des öffentlichen Teils. Es kommt ganz am Ende noch mal eine öffentliche Vernehmung des dritten Zeugen. Das wird aber eine Zeit lang auf sich warten lassen, weil wir erst alle Zeugen jetzt nichtöffentlich vernehmen.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 15.40 Uhr -
Folgt Sitzungsteil
Zeugenvernehmung, Streng
Geheim)